



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie

---

# Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

---

*Monatsbericht Mai 2015*



## Impressum

### Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft  
und Energie (BMWi)  
Öffentlichkeitsarbeit  
11019 Berlin  
www.bmwi.de

### Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft  
und Energie (BMWi)  
Redaktionsteam „Schlaglichter der  
Wirtschaftspolitik“

### Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

### Redaktionsschluss:

4. Mai 2015

### Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

### Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), Bundesregierung/  
Bergmann (S. 2), Susanne Eriksson (S. 5), Shutterstock (S. 6),  
Bildagentur Zoonar GmbH – Shutterstock (S. 7),  
Gunnar Pippel – Shutterstock (S. 8), Jürgen Gebhardt/  
GIW-Kommission (S. 9), Jürgen Gebhardt/GIW-Kommission  
(S. 9), Jürgen Gebhardt/GIW-Kommission (S. 10), kasto –  
Fotolia (S. 12), IR Stone – Shutterstock (S. 14), Melpomene –  
Shutterstock (S. 17), MACIEJ NOSKOWSKI – iStockphoto  
(S. 21), endostock – Fotolia (S. 22), brainsheed – Photocase  
(S. 23), Mlenny – iStockphoto (S. 24), WDG Photo – Shutterstock  
(S. 25), Susanne Eriksson (S. 27), bikeriderlondon – Shutterstock  
(S. 28), vladimirnenezic – Fotolia (S. 29), Oliver Hausen –  
Fotolia (S. 30), Alexander Raths – Shutterstock (S. 31),  
06photo – Shutterstock (S. 31), racorn – Shutterstock (S. 32),  
Wilm Ihlenfeld – Fotolia (S. 33), beugdesign – Fotolia (S. 33),  
sebra – Fotolia (S. 34), eyetronic – Fotolia (S. 43), 360b –  
Shutterstock (S. 45), C-PROMO.de – Photocase (S. 46),  
Sergei Butorin – Shutterstock (S. 47), Arthimedes –  
Shutterstock (S. 48), STILLFX – Shutterstock (S. 49),  
Deutscher Pavillon Expo Milano 2015/B. Handke (S. 50),  
Deutscher Pavillon Expo Milano 2015/B. Handke (S. 51)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des  
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.  
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum  
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung  
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen  
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder  
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und  
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für  
seine familienfreundliche Personalpolitik  
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von  
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der  
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



**Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:**  
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de  
www.bmwi.de

**Zentraler Bestellservice:**  
Telefon: 030 182722721  
Bestellfax: 030 18102722721

# Inhalt

Editorial .....	2
<b>I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen .....</b>	<b>4</b>
Auf einen Blick .....	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage .....	15
Frühjahrsprojektion 2015 der Bundesregierung: Deutsche Wirtschaft im Aufschwung .....	17
Stärkung von Investitionen in Deutschland .....	25
Online-Befragung zeigt großen kommunalen Investitionsbedarf .....	34
Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Fokus .....	43
Das Nationale Reformprogramm 2015 .....	48
Expo Milano 2015 .....	50
<b>II. Wirtschaftliche Lage .....</b>	<b>53</b>
Internationale Wirtschaftsentwicklung .....	54
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland .....	56
<b>III. Übersichten und Grafiken .....</b>	<b>69</b>
1. Gesamtwirtschaft .....	70
2. Produzierendes Gewerbe .....	78
3. Privater Konsum .....	86
4. Außenwirtschaft .....	88
5. Arbeitsmarkt .....	90
6. Preise .....	92
7. Monetäre Entwicklung .....	96
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse .....	98
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben .....	100

# Editorial



## Liebe Leserinnen und Leser!

In diesem Frühjahr befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer sehr guten Verfassung. Die gesamtwirtschaftliche Aktivität dürfte im ersten Quartal merklich zugelegt haben. Im Jahresdurchschnitt 2015 und 2016 wird unsere Wirtschaftsleistung jeweils um real 1,8 Prozent wachsen. Wie auch der Beitrag zur Frühjahrsprojektion in dieser Ausgabe des Monatsberichts zeigt, wird die binnenwirtschaftliche Dynamik dabei insbesondere von der steigenden Beschäftigung getragen.

Trotz dieser guten wirtschaftlichen Entwicklung müssen wir aber anerkennen, dass die Investitionen sich nach wie vor eher zögerlich entwickeln. Dabei ist gerade dieses Thema von herausragender Bedeutung: Es geht bei Investitionen nicht nur um unsere zukünftige Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch ganz konkret darum, die Qualität der Infrastruktur für die Menschen in unserem Land zu sichern.

Die von mir eingerichtete unabhängige Expertenkommission zum Thema „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ hat am 21. April im Rahmen einer internationalen Konferenz im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ihre Handlungsoptionen präsentiert. Ein Blick in den Bericht zeigt: Die Expertise und Zusammensetzung der Expertenkommission ermöglichte nicht nur eine ausgewogene Diskussion dieser Fragestellung in der Kommission, sondern führte auch zu einer beachtlichen Tiefe und Breite an Lösungsvorschlägen. Und auch wenn nicht sämtliche Vorschläge von allen Kommissionsmitgliedern geteilt wurden, bestand in vielen wichtigen Punkten Einigkeit. Beides zeigt der Beitrag zu den Handlungsempfehlungen der Expertenkommission in dieser Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“.

Nach Auffassung der Expertenkommission liegt ein Schlüssel für mehr Zukunftsinvestitionen – im öffentlichen und privaten Bereich – in der Steigerung der kommunalen Investitionstätigkeit. Dass bei vielen Kommunen insbesondere in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur und Bildung großer Handlungsbedarf besteht, zeigt auch eine aktuelle Befragung von über 1.000 kommunalen Finanzverantwortlichen in ganz Deutschland, die wir kürzlich im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie durchgeführt haben. Die Kommunalumfrage, deren Ergebnisse in einem weiteren Beitrag dieses Monatsberichts dargestellt werden, hat aber auch gezeigt: Nicht alle Investitionsbremsen können mit mehr Geld gelöst werden. Vielmehr lassen die Antworten der befragten kommunalen Finanzverantwortlichen auf Unterstützungsbedarf in verschiedenen Phasen der Planung und Durchführung von Projekten schließen. Jetzt werden wir prüfen, inwiefern der konkrete Vorschlag der Expertenkommission zur Einrichtung einer Infrastrukturgesellschaft für Kommunen bzw. mehrerer solcher Gesellschaften hier einen echten Mehrwert bieten kann.

Für den Bereich der Bundesfernstraßen regt die Expertenkommission an, die Möglichkeiten und Grenzen der Einrichtung einer öffentlichen Verkehrsinfrastrukturgesellschaft zu prüfen. Ich denke, eine solche Institution kann durchaus Vorteile haben. Allerdings darf es in keinem Fall zu einer Privatisierung der Bundesfernstraßen kommen. Deren öffentliche Kontrolle steht nicht zur Disposition.

Der Bericht der Expertenkommission lässt übrigens offen, ob künftig mehr oder weniger Infrastrukturvorhaben auf dem Wege von so genannten Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) realisiert werden sollen. Die Entscheidung für das Beschaffungsmodell sollte vielmehr immer von der Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit im konkreten Einzelfall abhängig gemacht werden. Hier stimme ich der Expertenkommission ausdrücklich zu.

Neben diesen und weiteren Vorschlägen zur Stärkung der öffentlichen Investitionen plädiert die Expertenkommission auch für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen. Rund 90 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Investitionen werden von Privaten erbracht. Unser Fokus sollte dabei darauf gerichtet sein, junge innovative Unternehmen zu unterstützen. Die Expertenkommission begrüßt zwar die gut ausgebaute öffentliche Förderstruktur, sieht aber weiterhin Investitionshemmnisse und schlägt Maßnahmen zum Abbau unnötiger Bürokratie und zur Förderung der Wagniskapitalfinanzierung vor.

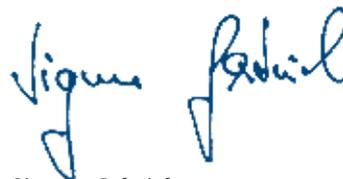
Ich teile auch die Einschätzung der Kommission, dass wir – gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – noch mehr in Qualifikation und Ausbildung der Bürgerinnen und Bürger, eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, und in die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte investieren müssen. Auch bei der Notwendigkeit von Investitionen in den Ausbau der Breitbandnetze sind wir uns einig.

Insgesamt weist der Kommissionsbericht große Schnittmengen zu den auch von uns identifizierten Handlungsfeldern und den Prioritäten auf. Das erstaunt mich nicht, denn schließlich beginnen wir bei dem Thema Stärkung von Investitionen nicht bei null. Es wird nun darum gehen, das Momentum der bereits auf den Weg gebrachten Maßnahmen zur Stärkung von öffentlichen Investitionen und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen zu nutzen und diese gezielt durch ausgewählte Vorschläge der Expertenkommission zu ergänzen.

Ich bin zuversichtlich, dass wir den Trend zu einer schwachen Investitionstätigkeit in dieser Legislaturperiode durchbrechen können. Ich jedenfalls werde weiterhin alles daran setzen, dass in den kommenden Jahren spürbar mehr in Deutschland investiert wird.

Neben den Beiträgen zur Frühjahrsprojektion 2015, zum Bericht der Expertenkommission und der Befragung von kommunalen Finanzverantwortlichen behandeln die weiteren Schwerpunktartikel dieses Monatsberichts den deutschen Leistungsbilanzüberschuss, das Nationale Reformprogramm 2015 sowie die Expo 2015 in Mailand.

Bei der Lektüre wünsche ich Ihnen, wie immer, viel Freude und neue Erkenntnisse!



Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

# I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

# Auf einen Blick

## Investitionskongress „Handlungsoptionen für höhere Investitionen in Deutschland und Europa“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie



Podiumsdiskussion mit den Bundesministern Wolfgang Schäuble und Sigmar Gabriel, Moderatorin Katja Dofel, EU-Kommissarin Kristalina Georgieva, Heino von Meyer (OECD) und dem Vorsitzenden der Expertenkommission, Prof. Marcel Fratzscher (v.l.n.r.)

Die Investitionsdynamik hat sich in den vergangenen Jahren sowohl in Deutschland als auch in Europa in vielen Bereichen nur verhalten entwickelt. Die Bundesregierung hat deshalb deutlich gemacht, dass die Belebung der privaten und öffentlichen Investitionen in Deutschland einen Schwerpunkt dieser Legislaturperiode bildet. Erste Maßnahmen hat die Bundesregierung bereits auf den Weg gebracht (s. dazu auch den Beitrag „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ in dieser Ausgabe des Monatsberichts).

Um weitere wirtschaftspolitische Ansätze zur Belebung der Investitionen in Deutschland zu entwickeln, berief Bundesminister Sigmar Gabriel im Sommer 2014 eine Expertenkommission. Unter Leitung von Prof. Marcel Fratzscher sollte sie Handlungsoptionen erarbeiten, die geeignet sind, eine nachhaltige Investitionsdynamik in Gang zu setzen. Im Fokus der Beratungen der Expertenkommission standen dabei nicht nur öffentliche Investitionen. Auch Anreize zur Erhöhung privater Investitionen wurden analysiert.

Die Ergebnisse der Expertenkommission wurden am 21. April auf dem Kongress „Handlungsoptionen für höhere Investitionen in Deutschland und Europa“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie vorgestellt. Circa 350 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft folgten der Einladung von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel.

In mehreren Diskussionsrunden wurden die Empfehlungen der Expertenkommission unter die Lupe genommen. So sprachen Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble gemeinsam mit der EU-Kommissarin für Haushalt und Personal, Kristalina Georgieva, dem Leiter des OECD Berlin Centre, Heino von Meyer, und Prof. Marcel Fratzscher darüber, welche Anreize die Politik für mehr Investitionen setzen kann. Es wurde deutlich, dass sowohl die Digitalisierung der Wirtschaft als auch eine zielgerichtete, transparente Energiepolitik ganz oben auf der Agenda stehen.

EU-Kommissarin Georgieva brachte zum Ausdruck, dass die Europäische Union den Investitionsrückstand aktiv angehen will. Bundeswirtschaftsminister Gabriel und Bundesfinanzminister Dr. Schäuble betonten, dass auch Deutschland mögliche finanzpolitische Spielräume künftig für mehr Investitionen nutzen werde. In den Diskussionen wurde zudem deutlich, dass Fachkräftesicherung, Entbürokratisierung und ein freier Zugang zu Märkten wesentliche Faktoren sind, die das Investitionsklima mitbestimmen.

Insgesamt zeigte der Investitionskongress, dass jetzt die richtige Zeit ist, um in die Zukunft zu investieren – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

Kontakt: Nadine Herzum und Patrick Miles  
Referat: Finanzpolitik und konjunkturpolitische  
Koordination



## Modernisierungspartnerschaft Frankreich–Deutschland

**Frankreich und Deutschland konkretisieren ihre Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Digitales mit gemeinsamen Projekten**

**Mit einer Gemeinsamen Energieerklärung und einer Erklärung über die wirtschaftliche Integration definierte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel gemeinsam mit der französischen Energieministerin Ségolène Royal und dem französischen Wirtschaftsminister Emmanuel Macron anlässlich des 17. Deutsch-Französischen Ministerrates im März 2015 konkrete Schritte zur Koordinierung der energie- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in beiden Ländern.**

Frankreich und Deutschland stehen gemeinsam vor der doppelten Herausforderung der Dekarbonisierung und der Digitalisierung der Wirtschaft. Zugleich wollen die Regierungen beider Staaten das Niveau der öffentlichen und privaten Investitionen erhöhen. Trotz unterschiedlicher wirtschaftlicher und struktureller Ausgangslagen gibt es somit wichtige Gemeinsamkeiten in der wirtschafts- und energiepolitischen Agenda. Die jüngst unterzeichneten Gemeinsamen Erklärungen setzen hier an und zielen darauf ab, die Koordinierung zwischen den beiden Volkswirtschaften weiter voranzutreiben.

## Dekarbonisierung und Digitalisierung als zentrale Herausforderungen

Die Gemeinsame Energieerklärung, die auch von Bundesumweltministerin Hendricks unterzeichnet wurde, definiert die Dekarbonisierung der Wirtschaft vor dem Hintergrund des Klimawandels und mit Blick auf die im Dezember 2015 anstehende Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Paris als oberste Priorität. Sie nimmt dabei Bezug auf den vom Europäischen Rat definierten Energie- und Klimarahmen 2030 und betont die Notwendigkeit eines funktionierenden Emissionshandelssystems, für das sich Frankreich und Deutschland ebenso einsetzen wie für ein verlässliches Governance-System für den Energie- und Klimarahmen.

Zugleich wird die Bedeutung eines funktionierenden Energiebinnenmarktes und der Energieeffizienz für die Gewährleistung von Energieversorgungssicherheit und für eine nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung betont. Vor diesem Hintergrund begrüßen Deutschland und Frankreich auch den Vorschlag einer Energieunion und betonen den Beitrag, den die regionale Zusammenarbeit dabei leisten kann. So soll durch Kooperation von Staaten mit aneinandergrenzenden Stromnetzen („elektrische Nachbarn“) die Integration der Energiemärkte „von unten nach oben“ realisiert werden. Aufbauend auf dem bestehenden Austausch zwischen 13 „elektrischen Nachbarn“, an dem Deutschland und Frankreich bereits mitwirken, werden eine gemeinsame Methodik bei der Beur-

teilung der regionalen Versorgungssicherheit, verstärkte Zusammenarbeit bei der technischen Marktintegration, die Flexibilisierung des Strommarktes auf der Angebots- und Nachfrageseite sowie die Erleichterung des grenzüberschreitenden Stromhandels angestrebt.

Eine verstärkte Zusammenarbeit wurde auch bei der weiteren Entwicklung der erneuerbaren Energien vereinbart, zu der u. a. die beiden Agenturen dena und ADEME beitragen sollen. Eine Reihe von gemeinsamen Projekten, insbesondere im grenznahen Raum, soll dabei die Möglichkeiten der Kooperation illustrieren.

Während bei der Energiepolitik bestehende Strukturen hin zu mehr Nachhaltigkeit entwickelt werden sollen, bietet die Digitalisierung die Chance, die Entwicklung neuer Strukturen gemeinsam zu gestalten. Besonders deutlich ist dies bei der Entwicklung des Cloud-Computing und der zunehmenden Bedeutung der elektronischen Kommunikation in Produktionsprozessen (in Deutschland „Industrie 4.0“, in Frankreich „Industrie der Zukunft“). Auch die Analyse großer Datenmengen („Big Data“) wirft noch Fragen auf, die gemeinsam beantwortet werden können. In diesen Bereichen werden wesentliche Standards aktuell noch definiert und somit auch technologische Vorfestlegungen geschaffen. Deutschland und Frankreich haben in der Erklärung zur wirtschaftlichen Integration deshalb angekündigt, ein gemeinsames Verständnis sicherer Cloud-Anwendungen zu entwickeln. Ziel ist es, im Laufe dieses Jahres gemeinsame Standards für die Kennzeichnung solcher Anwendungen zu etablieren. Außerdem wird eine Zusammenarbeit zwischen den deutschen und französischen Kompetenzzentren für Big-Data-Technologien angestrebt.

Auch im Bereich der eingebetteten Technologien, der vernetzten Geräte und der digitalen Sicherheit werden Kooperationen angestrebt, wobei die Verbindung von entsprechenden Forschungsclustern („Interclustering“) eine wichtige Rolle spielen wird. Für diesen Herbst ist eine gemeinsame Konferenz zur digitalen Wirtschaft geplant, die im Bereich von Start-up-Unternehmen, Industrie 4.0 sowie bei Big Data wichtige Impulse setzen wird.

#### Liste gemeinsamer Investitionsprojekte

Um neben der politischen Kooperation auch konkrete Projekte und Investitionen voranzubringen, haben die Wirtschafts- und Energieministerien beider Staaten neun Investitionsprojekte auf den Feldern Intelligente Netze, Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Entwicklung von



Schlüsseltechnologien (key enabling technologies), e-Mobilität und Wagniskapital identifiziert, die einen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit beider Länder und der EU insgesamt leisten sollen. Die bilateralen Investitionsprojekte sollen nun auf Fachebene und unter Einbeziehung der Beteiligten (also u. a. von Bundesländern, Regionen, Unternehmen und Zivilgesellschaft) weiter konkretisiert und vorangetrieben sowie auf europäischer Ebene eingebracht werden. Von welchen Trägern und in welchem Rahmen dann die einzelnen Projekte umgesetzt werden, wird von Fall zu Fall zu entscheiden sein. Sofern möglich, wird eine Förderung durch den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) angestrebt, der ab Sommer 2015 seine Tätigkeit aufnehmen soll. Über die Förderung der Projekte entscheidet letztlich die Europäische Investitionsbank.

#### Bewährung des deutsch-französischen Motors

Der Auftakt für die Arbeiten zur deutsch-französischen Projektliste fiel bereits beim Deutsch-Französischen Wirtschaftsrat im Dezember 2014. Hier hatten sich die Minister Gabriel und Macron bereits für eine stärkere deutsch-französische Zusammenarbeit in Bereichen von gemeinsamem Interesse ausgesprochen. Sowohl die Investitionsprojekte als auch die Zusammenarbeit an politischen Vorhaben zeigen, dass Deutschland und Frankreich gemeinsam nach wie vor wichtige Impulse für gesamteuropäische Entwicklungen geben können. Hierauf hatten schon die beiden Professoren Henrik Enderlein und Jean Pisani-Ferry in ihrem gemeinsamen Bericht an die beiden Wirtschaftsminister Ende November hingewiesen.

Kontakt: Sebastian Gröning-von Thüna  
Referat: Beziehungen zu EU-Mitgliedstaaten  
(außer Skandinavien, Bulgarien und Rumänien)

## Parlamentarisches Frühstück der Exportinitiativen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz am 21. Mai 2015 in Berlin

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz gewinnen angesichts des weltweit steigenden Energieverbrauchs einerseits und der globalen klimapolitischen Herausforderungen andererseits zunehmend an Bedeutung. Deutsche Unternehmen verfügen in diesen Technologiebereichen über international führendes Know-how. Um sie auf dem Weg in neue Märkte zu unterstützen, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken und einen Beitrag zum Erreichen der globalen Klimaschutzziele zu leisten, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) die Exportinitiativen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz ins Leben gerufen.

Am 21. Mai 2015 lädt das BMWi von 8.00 bis 9.30 Uhr zu einem Parlamentarischem Frühstück in die Räumlichkeiten der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft e.V. am Friedrich-Ebert-Platz 2, 10117 Berlin, ein, um Mitglieder des Deutschen Bundestags über die Angebote und Erfolge der Exportinitiativen zu informieren. Unternehmensvertreter werden von ihren Erfahrungen aus der Praxis berichten und einen Einblick geben, wie die Exportinitiativen ihnen den erfolgreichen Einstieg in Auslandsmärkte ermöglicht haben. Schirmherr der Veranstaltung ist Prof. Dr. Heinz Riesenhuber, MdB und Bundesminister a.D.

Die Exportinitiativen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz unterstützen deutsche Firmen – vor allem kleine und mittlere Unternehmen – bei der Erschließung neuer Auslandsmärkte. Die Angebote decken dabei alle Exportphasen ab: Sie umfassen Informationen und Beratung zu Auslandsmärkten sowie die Unterstützung bei der Geschäfts- und Kontaktabbauung und beim Auslandsmarketing. Parallel dazu adressieren die Initiativen im Ausland Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung, um das Marktpotenzial für deutsche Technologien und deutsches Know-how zu erhöhen.



Weitere Informationen zu den Angeboten der Exportinitiativen finden Sie auf den Websites



[www.export-erneuerbare.de](http://www.export-erneuerbare.de)



[www.encyclopedia-from-germany.info](http://www.encyclopedia-from-germany.info)

Kontakt: Kerstin Maaß  
Referat: Neue Energietechnologien – Exportinitiative  
Erneuerbare Energien

## Geodaten als Innovationstreiber für die Wirtschaft

Auf dem GeoBusinessCONGRESS am 15. April 2015 diskutierten Unternehmer und Experten über die wirtschaftlichen Chancen staatlicher Geodaten



# GeoBusiness

## GIW-Kommission

Rund 180 Teilnehmer kamen am 15. April 2015 zum GeoBusinessCONGRESS im Konferenzzentrum des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zusammen, um sich über die Potenziale staatlicher Geodaten auszutauschen. Geodaten sind in den unterschiedlichsten Branchen einsetzbar; entsprechend bunt gemischt war der Teilnehmerkreis, der sich unter anderem aus Unternehmern und Experten aus den Bereichen Werbung, Kultur, Tourismus und Energie zusammensetzte.

Frau Brigitte Zypries, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, eröffnete den Kongress. Zypries betonte die Bedeutung staatlicher Geodaten für die wirtschaftliche Entwicklung: „Geodaten, die der Wirtschaft einfach, schnell und sicher zur Verfügung gestellt werden, bieten vielfältige Anwendungsgebiete für neue Geschäftsmodelle und sind ein wichtiger Innovationstreiber für die deutsche Wirtschaft.“



Brigitte Zypries, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, eröffnete den GeoBusinessCONGRESS

Auf dem Kongress zeigten Expertinnen und Experten praxisnahe Anwendungsgebiete von Geodaten auf und vermittelten den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, wie sie diese auch für ihr Unternehmen gewinnbringend nutzen können. Der Kongress sprach mit seinem Programm auch Zielgruppen an, die bisher kaum Berührungspunkte mit dem Thema Geodaten hatten. Die vielen teilnehmenden Start-up-Unternehmen zeigten, dass ein vielseitiges Interesse an einem „Business mit Geodaten“ besteht.

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurden zwei Workshops geboten. Der erste Workshop richtete sich vor allem an diejenigen Unternehmer und Interessierten, die sich bisher kaum mit dem Thema Geodaten beschäftigt hatten. Dort ging es vor allem um Fragen wie: Was sind staatliche Geodaten? Was macht ihren Mehrwert aus? Wie finde ich sie? Und wie kann sie ein Unternehmen zum Beispiel für cleveres Online-Marketing einsetzen?

Im zweiten Workshop konnten Teilnehmer, die schon Erfahrungen mit Geodaten hatten, ihren Kenntnisstand vertiefen und neue Impulse für ihre Arbeit erhalten. So stellten Firmenvertreter Programme vor, die Start-ups zu speziellen Konditionen mit Software und Daten unterstützen, sowie IT-Anwendungen zur praktischen Analyse und Visualisierung von Geodaten. Auch Daten und Datendienstleistungen, die vor allem im B2B-Bereich genutzt werden, wurden präsentiert.



Andreas Mann (r.) diskutierte den Mehrwert von staatlichen Geodaten für die Wirtschaft mit Detlef Wuttke (wuttko geogroup), Dr. Andreas Goerdeler (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie), Dr. Georg Thiel (Bundesministerium des Innern) und Dorothea Utz (Bundesverband Deutscher Startups e.V.) (v.l.)

Gleichzeitig stellten junge Unternehmerinnen und Unternehmer ihre Geschäftsmodelle vor. Sie zeigten, wie Geodaten als Grundlage eines innovativen Entwicklungsverfahrens für Infrastrukturanlagen, für ein Webportal für Kletterer und Wanderer oder für die optimale Planung auf landwirtschaftlichen Betrieben genutzt werden können oder wie Freizeit und Urlaub auch ohne Auto ganz einfach zu organisieren sind. In der Sonderausgabe der „Standpunkte“ zum GeoBusinessCONGRESS berichten diese (Start-up-) Unternehmen mehr über ihre Geschäftsmodelle. Die Sonderausgabe können Sie über folgenden Link abrufen:



[http://bit.ly/Standpunkte\\_GeoBusinessCONGRESS](http://bit.ly/Standpunkte_GeoBusinessCONGRESS)

Beim abschließenden Resümee waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig, dass Geodaten als Innovationstreiber für die Wirtschaft von zentraler Bedeutung sind. Damit staatliche Geodaten von der Wirtschaft aber intensiver genutzt werden können, müssen die handelnden Akteure in Politik, Wirtschaft und Verwaltung noch besser zusammenarbeiten und die Chancen des „Business mit Geodaten“ noch intensiver vermarktet werden. Nur so kann der viel beschworene Geodatenschatz endlich gehoben werden.

## Effizienter dank Mobile Business: Initiativen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie stellen Praxisbeispiele für kleine und mittlere Unternehmen auf der Mobikon vor

Experten des Förderschwerpunkts „Mittelstand-Digital – IKT-Anwendungen in der Wirtschaft“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie präsentieren im Rahmen einer Kongressveranstaltung auf der Mobikon am 11. und 12. Mai 2015 in Frankfurt am Main neue Impulse und Vorreiterlösungen als Katalysator für Mobile Business im Mittelstand.

Mittelstand-  
Digital




Volles Plenum beim GeoBusinessCONGRESS  
© Jürgen Gebhardt/GIW-Kommission

Den Kongress richtete das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gemeinsam mit der Kommission für Geoinformationswirtschaft (GIW-Kommission) aus.

Weiterführende Informationen finden Sie auf der folgenden Website:



[www.geobusiness.org](http://www.geobusiness.org)

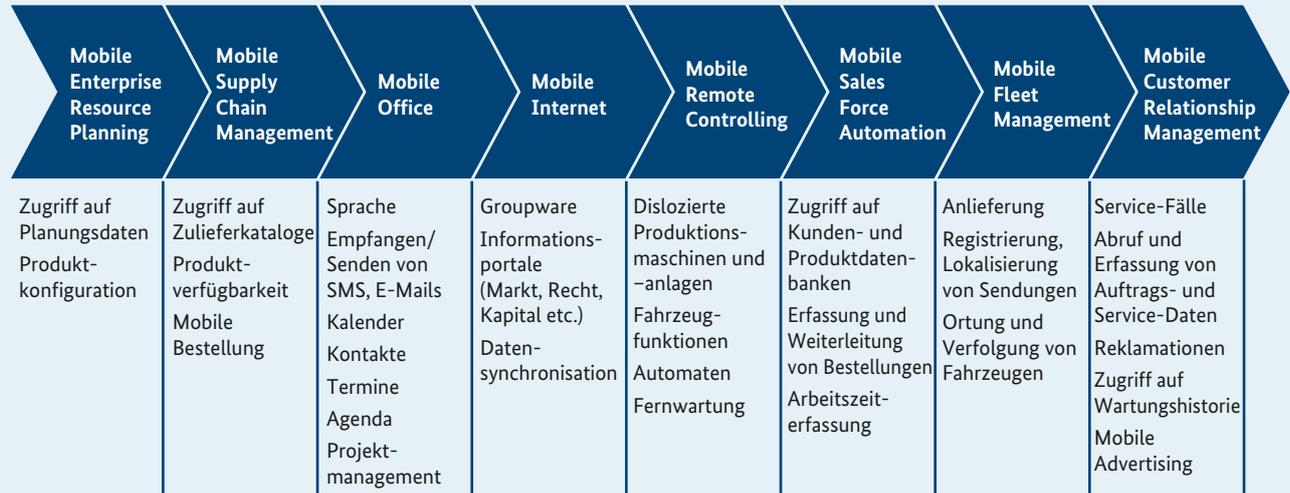
Kontakt: Uta Böhner  
Referat: Mittelstand Digital  
und Lars Behrens, stellv. Geschäftsführer der Geschäftsstelle der Kommission für Geoinformationswirtschaft

## Die Zukunft arbeitet mobil – Prozessinnovationen durch Mobile Business-Solutions

Mobile Technologien erlauben es heute, geschäftliche Prozesse ortsunabhängig anzustoßen und zu steuern. Unternehmen profitieren von diesen erweiterten Aktionsmöglichkeiten sowohl ihrer Mitarbeiter als auch ihrer Kunden durch direktere Wege, kürzere Reaktionszeiten, individuellere Dienstleistungen und größere Kundennähe.

Was langfristig bereits als stabiler Trend vorgezeichnet scheint, stellt viele Akteure aktuell jedoch vor große Herausforderungen. Voraussetzung für die so genannte Mobilisierung, die Umstellung auf eine mobile bzw. ortsunabhängige Steuerung von Geschäftsprozessen, ist eine konsequente Digitalisierung aller Stufen der Geschäftsprozesse in den Unternehmen. Hierbei gilt es insbesondere,

**Abbildung 1: Prozessinnovationen durch Mobile Business-Solutions**



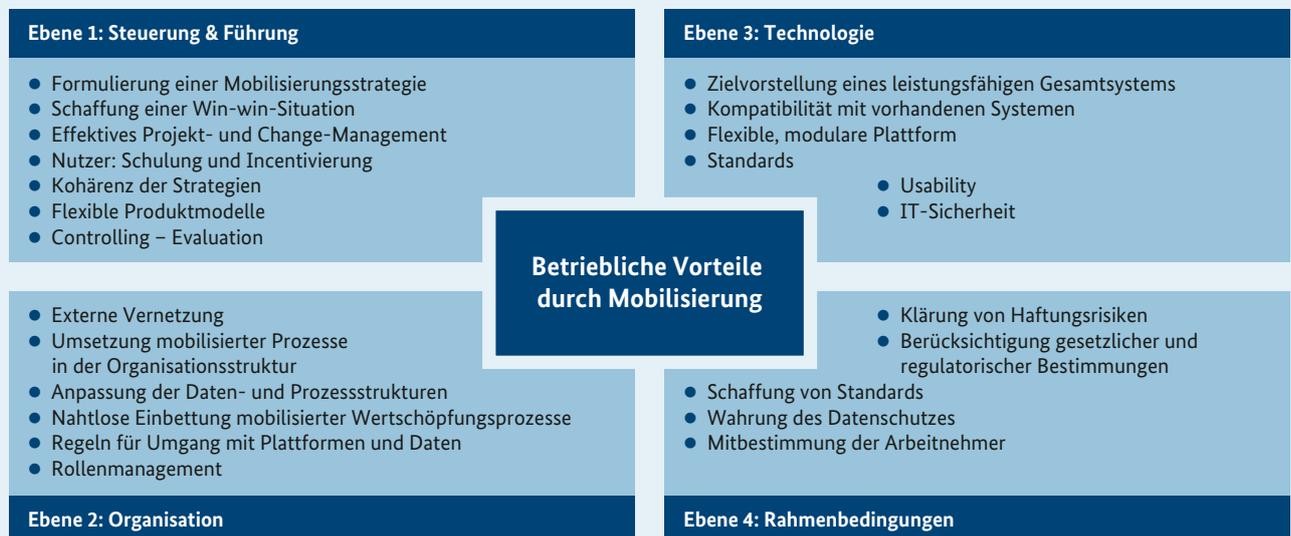
Quelle: WIKConsult

die betrieblichen Anforderungen an eine möglichst hohe Informations- und Datensicherheit mit den Bedürfnissen der Mitarbeiter, Geschäftspartner und Kunden nach Flexibilität und nutzerfreundlichem Zugang zu vereinen. Die Gestaltung und Einbettung standardisierter Schnittstellen (eBusiness-Standards) sowie die Anwendung nutzerorientierter Software (Usability) bilden zentrale Voraussetzungen für deren reibungslosen und bequemen Einsatz.

**Erfolgsfaktoren der Mobilisierung von Unternehmensprozessen**

Die systematische Einbindung mobiler Lösungen in alle Stufen der Wertschöpfungskette, von der Logistik bis zur Kundenbetreuung, eröffnet auch für kleine und mittlere Unternehmen enorme Einsparmöglichkeiten. Effizienzvorteile können umso nachhaltiger ausgeschöpft werden, je strategisch durchdachter und kohärenter Mobilisierungsstrategien angelegt sind und je mehr sie durch aktives Change-Management begleitet werden.

**Abbildung 2: Unternehmensprozesse – Erfolgsfaktoren der Mobilisierung**



Quelle: WIKConsult



### Kongressmesse Mittelstand-Digital auf der Mobikon

Wie der Umbau zum Mobile Enterprise auch bei kleinen und mittleren Unternehmen erfolgreich gelingen kann, zeigen die Projekte des BMWi-Förderschwerpunkts „Mittelstand-Digital“ im Rahmen der Mobikon am 11. und 12. Mai 2015 in Frankfurt am Main mit einer umfangreichen Ausstellung und einem zweitägigen Forenprogramm.

#### Montag, 11. Mai 2015

Mobile Internet & Apps	10:00 – 12:00 Uhr
Mobile Commerce & Payment	12:00 – 14:00 Uhr
Internet of Things & Industry 4.0	15:00 – 17:00 Uhr
Mobile Security & Smart Data	17:00 – 18:30 Uhr

#### Dienstag, 12. Mai 2015

Mobile Marketing & Advertising	09:30 – 11:00 Uhr
Usability & User Experience	11:00 – 13:00 Uhr
Networking & Recruiting	13:00 – 15:00 Uhr
Mobile Enterprise & Solutions	15:00 – 16:30 Uhr

Das detaillierte Programm sowie weitere Informationen zur Mittelstand-Digital-Kongressmesse 2015 finden Sie auf der folgenden Website:



[http://bit.ly/Mittelstand-Digital-Kongressmesse\\_2015](http://bit.ly/Mittelstand-Digital-Kongressmesse_2015)

Kontakt: Uta Böhner  
Referat: Mittelstand Digital  
und Dr. Franz Büllingen  
Leiter der Begleitforschung, WIK Consult GmbH

## Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

<b>Mai 2015</b>	
05. – 07.05.	Steuerschätzung in Saarbrücken
07.05.	Handelsministerrat in Brüssel
07.05.	Auftragseingang in der Industrie (März)
08.05.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (März)
11./12.05.	Eurogruppe/ECOFIN in Brüssel
13.05.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
28./29.05.	Wettbewerbsfähigkeitsrat in Brüssel
<b>Juni 2015</b>	
Anfang Juni	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
05.06.	Auftragseingang in der Industrie (April)
08.06.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (April)
08.06.	Energierat in Luxemburg
09./10.06.	Informelles Treffen der für Kohäsionspolitik und regionale Entwicklung zuständigen Minister in Riga
11.06.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
12.06.	Telekommunikationsrat in Luxemburg
18./19.06.	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
25./26.06.	Europäischer Rat in Brüssel
<b>Juli 2015</b>	
Anfang Juli	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
06.07.	Auftragseingang in der Industrie (Mai)
07.07.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Mai)
10.07.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
13./14.07.	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
20./21.07.	Informeller Wettbewerbsfähigkeitsrat in Luxemburg
Anfang August	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

### In eigener Sache: die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:  
<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:  
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>

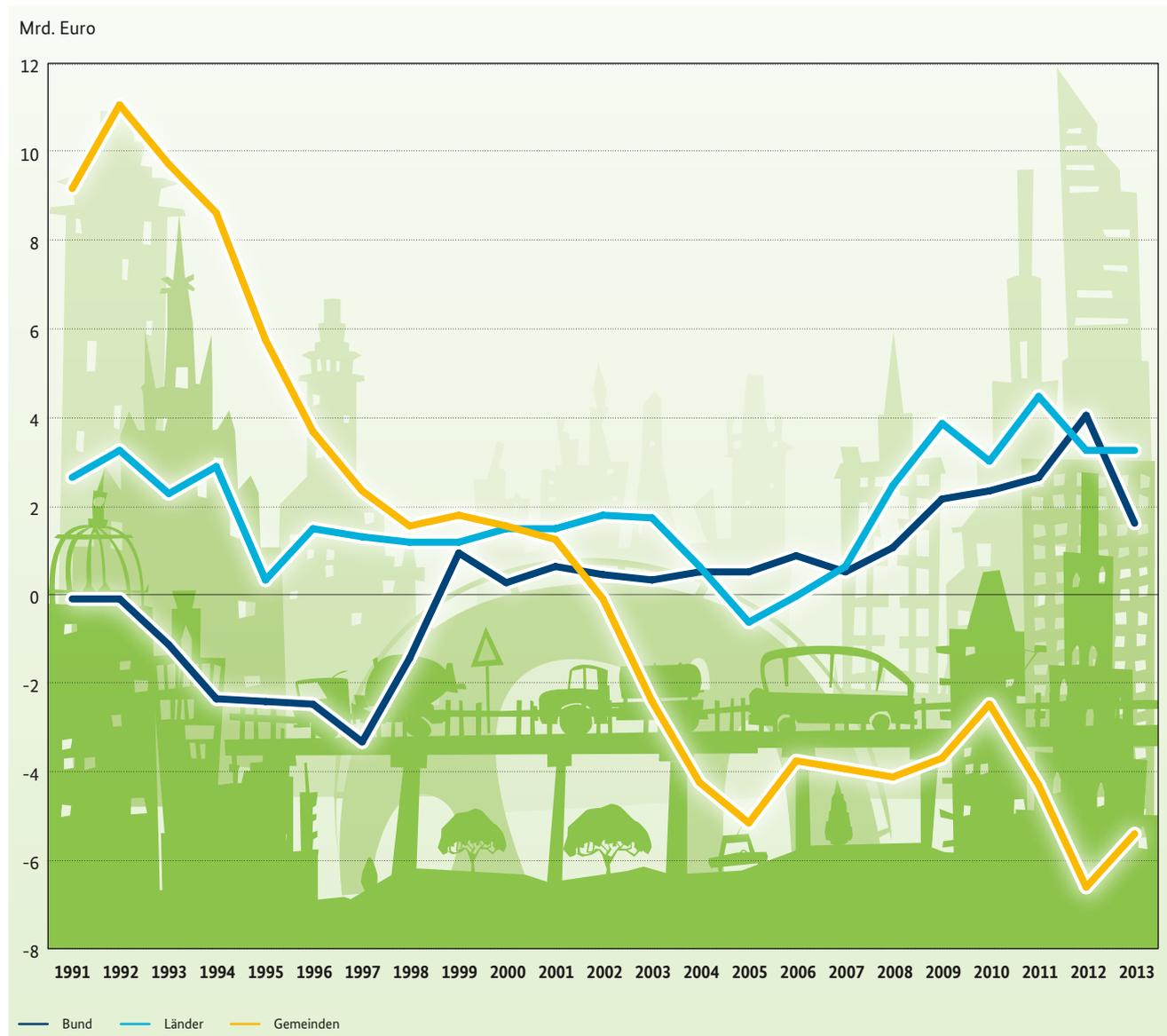


## Grafik des Monats

### Die kommunalen Investitionen ...

... haben sich seit Beginn des Jahrtausends äußerst schwach entwickelt. Seit dem Jahr 2002 waren die Nettoanlageinvestitionen jedes Jahr negativ. Mit anderen Worten: Die kommunalen Investitionen haben nicht ausgereicht, um den Verschleiß (Abschreibungen) des Anlagevermögens (z. B. der Infrastruktur) auszugleichen. Rechnerisch reduzierte sich somit das Nettoanlagevermögen der Städte und Gemeinden zwischen 2002 und 2013 um mehr als 46 Milliarden Euro. Die Nettoanlageinvestitionen des Bundes waren dagegen seit 1999 durchweg positiv und stiegen zwischen 2000 und 2012 in der Tendenz. Das um Abschreibungen bereinigte Anlagevermögen ist somit stetig gestiegen. Die Nettoanlageinvestitionen der Länder waren im Betrachtungszeitraum mit Ausnahme des Jahres 2005 ebenfalls durchweg positiv. Seit 2006 folgen sie einem Aufwärtstrend.

### Nettoanlageinvestitionen nach Gebietskörperschaften



Quelle: Statistisches Bundesamt, Nettoanlageinvestitionen sind alle Bruttoanlageinvestitionen (Ausrüstungen, Bauten und Sonstige Anlagen) abzüglich Abschreibungen

# Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Er wird von einer kräftigen Binnennachfrage getragen. Zusätzlichen Schub geben der niedrige Ölpreis und die Euroabwertung.
- ▶ Die Industrieindikatoren sind in der Tendenz weiter aufwärtsgerichtet.
- ▶ Exporte und Importe nahmen im Februar zu. Die Exporterwartungen der Unternehmen haben sich weiter aufgehellt.
- ▶ Die Frühjahrsbelegung am Arbeitsmarkt fällt überdurchschnittlich stark aus.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Frühjahr im Aufschwung.<sup>1</sup> Das Bruttoinlandsprodukt hatte bereits im vierten Quartal des letzten Jahres kräftig um 0,7% zugenommen.<sup>2</sup> Spürbare Einkommenszuwächse und eine solide Entwicklung am Arbeitsmarkt stärken die Binnennachfrage. Sie bleibt in einem schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld die wichtigste Triebfeder der Konjunktur. Zudem dürften die aufgrund der Euroabwertung verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit und der anhaltend niedrige Ölpreis die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich stimulieren. Die Stimmung in den Unternehmen hat sich im vergangenen halben Jahr merklich verbessert. Die Anschaffungsneigung der privaten Verbraucher ist ungebrochen hoch. Das hohe Wachstumstempo am Ende des letzten Jahres wird allerdings im ersten Vierteljahr voraussichtlich nicht erreicht. Darauf deuten unter anderem die schwächeren Auftragseingänge und die Produktionsergebnisse im Januar und Februar hin. Insgesamt sprechen die Konjunkturindikatoren jedoch dafür, dass sich der Aufschwung in einem moderaten Tempo fortsetzen wird. Zudem bleiben mit der Schuldenkrise in Griechenland, dem ungelösten Russland-Ukraine-Konflikt sowie der angespannten Situation im Nahen Osten zahlreiche Risiken für die deutsche Konjunktur bestehen. Die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute hat angesichts des aktuellen Konjunkturbildes ihre Prognose vom Herbst kräftig angehoben

und rechnet nun mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukt von +2,1% im Jahr 2015 und +1,8% im Jahr 2016.<sup>3</sup>

Die konjunkturelle Belegung der Weltwirtschaft setzt sich zu Beginn des Jahres in gemäßigttem Tempo fort. Im Januar 2015 lag die preisbereinigte Weltindustrieproduktion lediglich 2,5% über dem Vorjahresniveau. In den Schwellenländern konnte die Wirtschaftstätigkeit nicht die gewohnten Wachstumsraten erreichen. Insbesondere in Russland ist aufgrund des weiterhin niedrigen Ölpreises und der anhaltenden Sanktionen keine Besserung der konjunkturellen Lage in Sicht. In den Industriestaaten kommen positive Impulse von der starken Konjunktur in den Vereinigten Staaten. Unter dem Einfluss des schwachen Euro und des niedrigen Ölpreises hält auch die leichte konjunkturelle Belegung der Eurozone weiter an. Der IWF erwartet in seiner aktuellen Prognose vom April unverändert ein Wachstum der Weltwirtschaft von 3,5% für das Jahr 2015.

Der deutsche Außenhandel entwickelte sich im Februar nach einem leichten Rückgang im Vormonat wieder positiv. Die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen nahmen nach der Zahlungsbilanzstatistik saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen um 1,9% gegenüber dem Vormonat zu. Ein Teil dieses Anstiegs dürfte auf Preiseffekte zurückzuführen sein. Die nominalen Einfuhren erhöhten sich deutlich um 2,2%. Im Dreimonatsvergleich entwickelten sich die Auslandsumsätze positiv, die Auslandsbestellungen fielen jedoch etwas schwächer aus. Eher negative Impulse kamen hierbei aus den Ländern des Euroraums, wohingegen sich die Aufträge aus dem übrigen Ausland leicht positiv entwickelten. Die Exporterwartungen der Unternehmen für die kommenden Monate haben sich weiter aufgehellt. Dies dürfte nicht zuletzt auch auf die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber wichtigen Handelspartnern im Zuge der Abwertung des Euro zurückzuführen sein.

In der Industrie hat sich das Wachstumstempo nach dem starken Schlussquartal 2014 etwas abgeschwächt. Nachdem Brückentage die Produktion im Januar gedämpft hatten, gab es im Februar einen Anstieg um 0,5%. In der Tendenz bleibt die Industrieproduktion aufwärtsgerichtet, wobei wesentliche Impulse zuletzt von den Vorleistungsgüterproduzenten kamen. Die Industrieumsätze fielen im Februar

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. April 2015 vorlagen.

2 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

3 Die Bundesregierung stellte ihre Frühjahrsprojektion am 22. April und damit nach Redaktionsschluss dieses Beitrags vor. Zur Frühjahrsprojektion der Bundesregierung s. S. 17 – 24 im Teil I dieses Monatsberichts und online: <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunktur-und-Statistiken/projektionen>

weniger stark aus als im Vormonat, entwickeln sich aber im Trend ebenfalls positiv. Dies gilt sowohl für das Inlands- als auch für das Auslandsgeschäft. Dagegen sind die Auftragseingänge nach dem kräftigen Dezemberergebnis sehr verhalten ins neue Jahr gestartet. Während die Inlandsnachfrage im Februar unverändert blieb, gingen die Auslandsbestellungen erneut zurück. Die einschlägigen Stimmungsindikatoren, wie das ifo Geschäftsklima, haben sich jedoch weiter aufgehellt. Im Baugewerbe konnte das hohe Produktionsniveau des Vormonats im Februar nicht gehalten werden: Es gab einen Rückprall um 3,1%. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe stiegen im Januar allerdings kräftig um 9,8% an, wobei die Bestellungen von öffentlichen und gewerblichen Auftraggebern kamen. Das Geschäftsklima in der Baubranche war trotz guter Rahmenbedingungen rückläufig, die Einschätzungen der Unternehmen liegen aber weiterhin über dem langfristigen Durchschnitt.

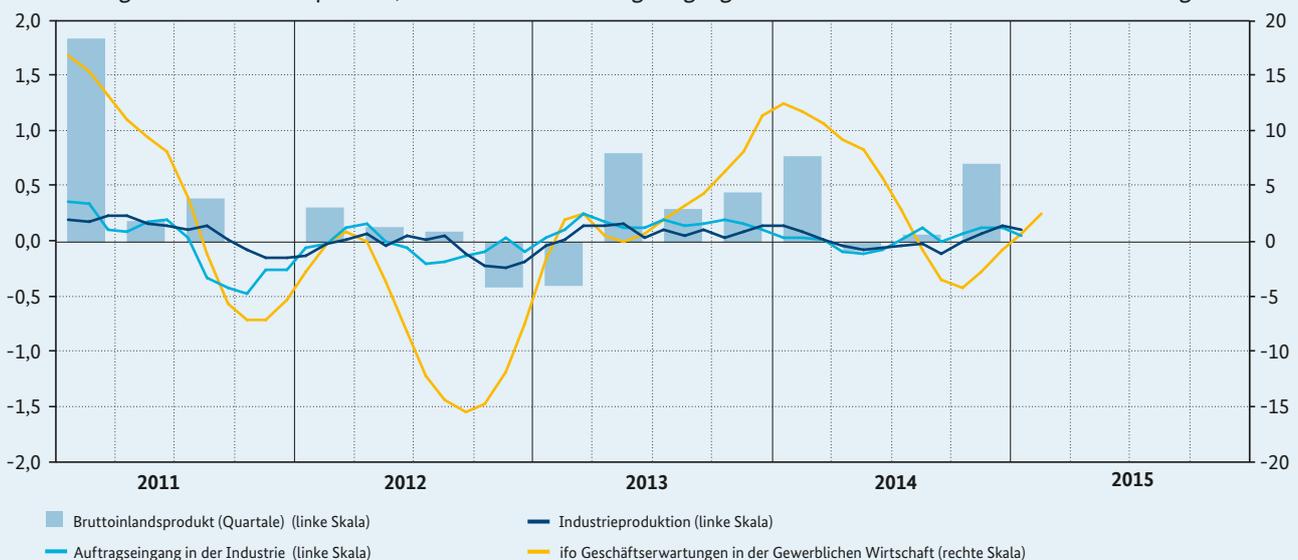
Der private Konsum bleibt die wichtigste Kraft hinter der aktuellen konjunkturellen Entwicklung. Im vierten Quartal 2014 stiegen die privaten Konsumausgaben um 0,8% und trugen damit maßgeblich zum kräftigen BIP-Wachstum bei. Nach der außerordentlich positiven Entwicklung der

letzten Monate fielen die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) im Februar zwar etwas schwächer aus, doch die Kaufneigung der Verbraucher bleibt angesichts der günstigen Situation am Arbeitsmarkt und der positiven Einkommensperspektiven weiterhin hoch. Die niedrigen Ölpreise sorgen trotz der Abwertung des Euro für eine insgesamt moderate Preisniveauentwicklung.

Der Arbeitsmarkt befindet sich weiter im Aufwind. Angesichts der anziehenden Konjunktur und verstärkt durch den milden Winter fiel die Frühjahrsbelebung überdurchschnittlich stark aus. Die Zahl der Arbeitslosen ging im März um 85.000 Personen zurück (saisonbereinigt: -15.000 Personen) und fiel damit wieder unter die 3-Millionengrenze. Die Beschäftigung stieg im Februar saisonbereinigt um weitere 28.000 Personen. Vor allem die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entwickelte sich zuletzt sehr dynamisch und konnte im Januar saisonbereinigt um 76.000 Personen zulegen. Im Gegenzug ging die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten (Minijobs) im Januar kräftig zurück. Insgesamt signalisieren Frühindikatoren eine Fortsetzung der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt.

### Konjunktur auf einen Blick\*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



\* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

# Frühjahrsprojektion 2015 der Bundesregierung: Deutsche Wirtschaft im Aufschwung

Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, hat am 22. April 2015 die Frühjahrsprojektion der Öffentlichkeit vorgestellt. Die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Frühjahrsprojektion bilden die Grundlage für die Steuerschätzung vom 5. bis 7. Mai 2015 in Saarbrücken. Als gemeinsamer Orientierungsrahmen dienen sie der Aufstellung der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen. Die Schätzung des Produktionspotenzials und die Mittelfristprojektion liefern die gesamtwirtschaftlichen Grundlagen für die Berechnung der Schuldenregel.



Nach einem überraschend positiven vierten Quartal ist die deutsche Wirtschaft solide in das Jahr 2015 gestartet. Die gesamtwirtschaftliche Aktivität dürfte im ersten Quartal merklich zugelegt haben, wenn auch weniger dynamisch als im Jahresendquartal 2014 (+0,7 Prozent). Darauf deuten realwirtschaftliche Konjunkturindikatoren, wie zum Beispiel die Produktion in der Industrie und die Umsätze im Einzelhandel, hin. Die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe ist leicht aufwärtsgerichtet. Die Einzelhandelsumsätze sprechen für eine kräftige Expansion des privaten Konsums auch zu Jahresbeginn 2015. Zudem haben sich die Stimmungsindikatoren spürbar aufgehellt.

Insgesamt befindet sich die deutsche Wirtschaft im Aufschwung: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird nach Einschätzung der Bundesregierung im Jahresdurchschnitt 2015 und 2016 jeweils um real 1,8 Prozent zunehmen (Details zur Frühjahrsprojektion s. Tabelle 1 und 2 sowie Abbildung 1). Die zentrale Auftriebskraft für die binnen-

wirtschaftliche Dynamik bleibt die gute Verfassung des Arbeitsmarkts. Die Beschäftigung steuert erneut mit +300.000 Erwerbstätigen für 2015 und +130.000 für 2016 auf einen neuen Rekordwert von jahresdurchschnittlich über 43 Millionen Personen zu. Zusätzlicher Schub für die Konjunktur kommt vom niedrigen Ölpreis. Er erhöht die Kaufkraft der privaten Haushalte und stärkt die Unternehmensgewinne. Der niedrige Wechselkurs des Euro unterstützt die deutschen Exporteure.

Gegenüber der Jahresprojektion vom Januar ist das BIP in der Frühjahrsprojektion nach oben korrigiert worden. Dies ist insbesondere auf die höhere Ausgangsbasis aufgrund der zwischenzeitlichen Datenrevisionen des Statistischen Bundesamts und die im Vergleich zur Januarprojektion deutlich niedrigere technische Annahme zum Wechselkurs des Euro zurückzuführen. Im Verlauf, d. h. von Schlussquartal zu Schlussquartal, wächst die deutsche Wirtschaft in den Jahren 2015 und 2016 mit 1,6 Prozent beziehungs-

weise 1,7 Prozent (s. Tabelle 1). Auch kalenderbereinigt liegt die Wachstumsrate im Jahr 2016 geringfügig höher als 2015.

Die Projektion der Bundesregierung kommt in weiten Teilen zu sehr ähnlichen Ergebnissen wie die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute vom 9. April 2015. Aktuelle Indikatoren, wie Auftragseingänge, Industrie- und Bauproduktion, Außen- und Einzelhandel, lassen im ersten Vierteljahr allerdings ein etwas niedrigeres Wirtschaftswachstum als nach der Einschätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten. Insgesamt wird sich aus Sicht der Bundesregierung der Wachstumsbeitrag des Außenhandels im gesamten Prognosezeitraum etwas zurückhaltender und der private Konsum im Jahr 2015

etwas weniger stark entwickeln als von den Instituten unterstellt. Die Bundesregierung geht wie die Wirtschaftsforschungsinstitute davon aus, dass der private Konsum „von steigenden Löhnen und Leistungsausweitungen bei der Rente angeregt“ wird (S. 35 der Gemeinschaftsdiagnose). Die Projektion der Bundesregierung für das reale Wirtschaftswachstum in Deutschland befindet sich im von den Wirtschaftsforschungsinstituten für das Jahr 2015 errechneten 68-Prozent-Prognoseintervall von 1,4 bis 2,8 Prozent. Die Entwicklung der zentralen für die Steuerschätzung relevanten Eckwerte wird von der Bundesregierung zwar als positiv, aber insbesondere für das laufende Jahr nicht ganz so optimistisch wie von den Wirtschaftsforschungsinstituten eingeschätzt.

**Tabelle 1: Details zur Projektion des Bruttoinlandsprodukts**

	2013	2014	2015	2016
	in Prozent bzw. Prozentpunkten			
<b>Jahresdurchschnittliche BIP-Rate</b>	<b>0,1</b>	<b>1,6</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>
Statistischer Überhang am Ende des Jahres <sup>1</sup>	0,7	0,5	0,6	0,6
Jahresverlaufsrate <sup>2</sup>	1,1	1,5	1,6	1,7
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, arbeitstäglich bereinigt	0,2	1,6	1,6	1,7
Kalendereffekt <sup>3</sup>	-0,1	0,0	0,2	0,1
<b>Wachstumsbeiträge<sup>4</sup></b>				
Bruttoinlandsprodukt (Zuwachs) = (1)+(2)+(3)+(4)	0,1	1,6	1,8	1,8
<b>(1) Privater Konsum</b>	<b>0,5</b>	<b>0,7</b>	<b>1,1</b>	<b>0,8</b>
<b>(2) Staatskonsum</b>	<b>0,1</b>	<b>0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>0,2</b>
<b>(3) Bruttoinvestitionen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,3</b>	<b>0,5</b>	<b>0,6</b>
(3a) Vorratsveränderungen	0,2	-0,4	0,0	0,0
(3b) Bruttoanlageinvestitionen	-0,1	0,7	0,4	0,6
Bauinvestitionen	0,0	0,4	0,2	0,3
Ausrüstungen	-0,2	0,3	0,2	0,3
<b>Inlandsnachfrage = (1)+(2)+(3)</b>	<b>0,6</b>	<b>1,2</b>	<b>1,9</b>	<b>1,6</b>
Export von Waren und Dienstleistungen	0,7	1,8	2,2	2,1
Import von Waren und Dienstleistungen	-1,3	-1,3	-2,2	-2,0
<b>(4) Außenbeitrag</b>	<b>-0,5</b>	<b>0,4</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,1</b>

1 Saison- und kalenderbereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres.

2 Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt.

3 In Prozent des BIP.

4 Abweichungen in den Summen durch Rundungen möglich.

Tabelle 2: Eckwerte der Frühjahrsprojektion 2015

	2013	2014	Frühjahrs- projektion 2015	Frühjahrs- projektion 2016
<b>Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland<sup>1</sup></b>				
Veränderung gegenüber Vorjahr in %, soweit nicht anders angegeben				
<b>Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)</b>				
<b>BIP (preisbereinigt)</b>	<b>0,1</b>	<b>1,6</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>
Erwerbstätige (im Inland)	0,6	0,9	0,7	0,3
BIP je Erwerbstätigen	-0,5	0,7	1,1	1,5
BIP je Erwerbstätigenstunde	0,4	0,1	0,9	1,3
nachrichtlich:				
Erwerbslosenquote in % (ESVG-Konzept) <sup>2</sup>	4,9	4,7	4,5	4,5
Arbeitslosenquote in % (Abgrenzung der BA) <sup>2</sup>	6,9	6,7	6,4	6,3
<b>Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen (nominal)</b>				
Konsumausgaben				
Private Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck	2,1	2,1	2,6	2,9
Staat	3,8	3,7	5,0	3,4
Bruttoanlageinvestitionen	0,8	4,5	3,7	4,6
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Mrd. Euro)	-22,3	-32,8	-32,2	-34,1
Inlandsnachfrage	2,2	2,6	3,4	3,4
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	163,3	189,4	209,1	214,4
Außenbeitrag (in % des BIP) <sup>7</sup>	5,8	6,5	6,9	6,9
<b>Bruttoinlandsprodukt (nominal)</b>	<b>2,2</b>	<b>3,4</b>	<b>3,8</b>	<b>3,3</b>
<b>Verwendung des BIP preisbereinigt (real)</b>				
Konsumausgaben				
Private Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck	0,8	1,2	2,0	1,6
Staat	0,7	1,1	1,5	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	-0,6	3,4	2,2	3,1
Ausrüstungen	-2,4	4,3	2,8	4,3
Bauten	-0,1	3,6	2,1	2,8
Sonstige Anlagen	1,3	1,2	1,3	1,5
Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen (Impuls) <sup>3</sup>	0,2	-0,4	0,0	0,0
Inlandsnachfrage	0,7	1,3	2,0	1,8
Exporte	1,6	3,9	4,7	4,5
Importe	3,1	3,4	5,7	5,1
Außenbeitrag (Impuls) <sup>3</sup>	-0,5	0,4	-0,1	0,1
<b>Bruttoinlandsprodukt (real)</b>	<b>0,1</b>	<b>1,6</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>
<b>Preisentwicklung (2010 = 100)</b>				
Konsumausgaben der privaten Haushalte <sup>4</sup>	1,2	0,9	0,5	1,4
Inlandsnachfrage	1,6	1,3	1,3	1,6
Bruttoinlandsprodukt <sup>5</sup>	2,1	1,7	2,0	1,5
<b>Verteilung des Bruttonationaleinkommens (BNE)</b>				
(Inländerkonzept)				
Arbeitnehmerentgelte	2,8	3,7	3,8	2,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	0,9	3,0	5,4	4,6
Volkseinkommen	2,2	3,5	4,3	3,4
Bruttonationaleinkommen	2,1	3,1	3,9	3,2
nachrichtlich (Inländerkonzept):				
Arbeitnehmer	0,9	1,1	0,9	0,3
Bruttolöhne und -gehälter	3,0	3,8	4,0	3,0
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	2,1	2,7	3,1	2,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1,8	2,4	2,7	2,8
Sparquote in % <sup>6</sup>	9,1	9,4	9,4	9,4

1 Bis 2014 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Februar 2015.

2 Bezogen auf alle Erwerbspersonen.

3 Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP).

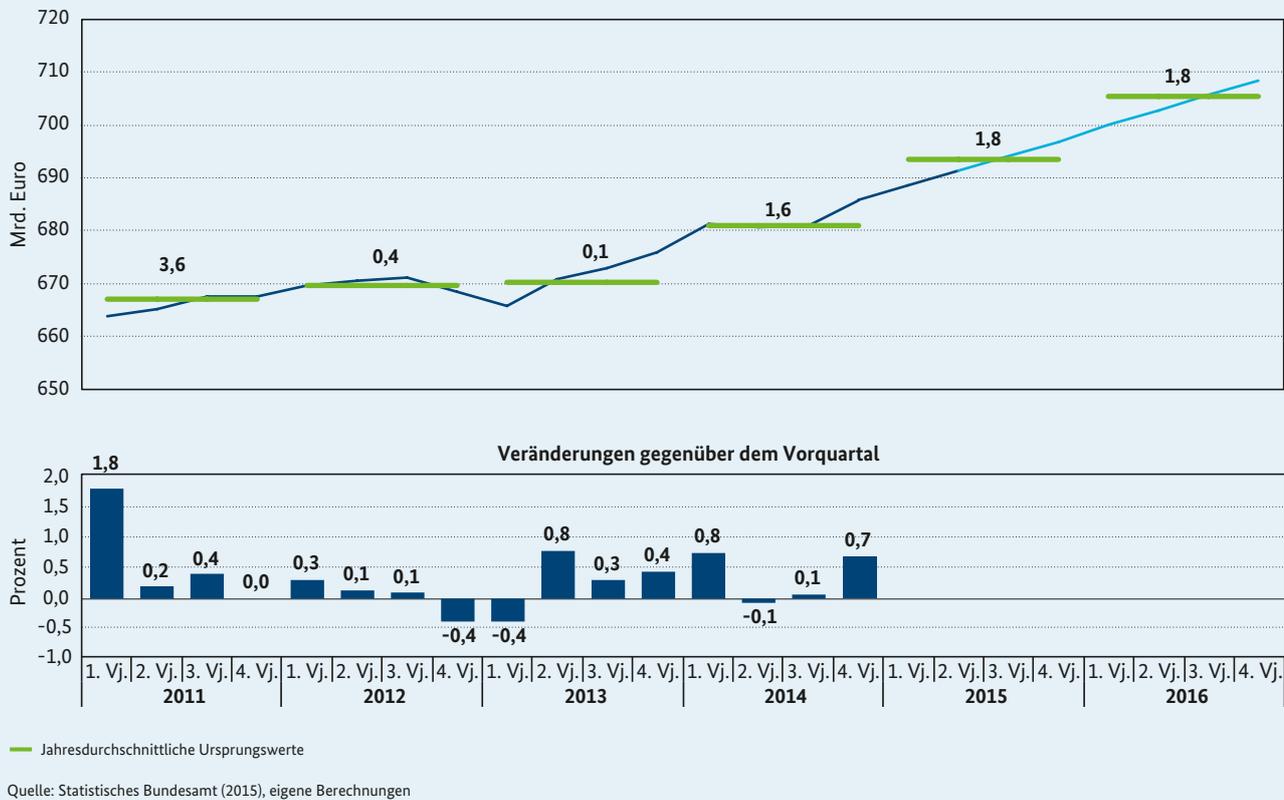
4 Verbraucherpreisindex; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2013: 1,5%; 2014: 0,9%; 2015: 0,5%; 2016: 1,4%.

5 Lohnstückkosten je Arbeitnehmer; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2013: 2,4%; 2014: 1,8%; 2015: 1,8%; 2016: 1,1%.

6 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte einschl. betrieblicher Versorgungsansprüche.

7 Saldo der Leistungsbilanz: 2013: +6,5%; 2014: +7,6%; 2015: +8,1%; 2016: +7,8%.

Abbildung 1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland (Frühjahrsprojektion 2015)



## Weltwirtschaft nimmt langsam etwas Fahrt auf

Im laufenden Jahr festigt sich die Erholung der Weltwirtschaft. In den Vereinigten Staaten setzt sich der Aufschwung beschleunigt fort. In den Schwellenländern ist die Entwicklung uneinheitlich: Für China wurden die Wachstumserwartungen beispielsweise vom Internationalen Währungsfonds jüngst weiter zurückgenommen. Das Wachstum in den übrigen Ländern Südasiens nimmt im Projektionszeitraum zu. Im Euroraum wurden die Erwartungen zuletzt leicht nach oben revidiert. Er dürfte nunmehr seinen Weg aus der Krise finden. Solide Zuwächse der wirtschaftlichen Aktivität werden für das Vereinigte Königreich und Polen erwartet. Das Welt-BIP dürfte, in Anlehnung an Einschätzungen internationaler Organisationen, in diesem Jahr um etwa 3 ½ Prozent und im kommenden Jahr leicht beschleunigt um 3 ¾ Prozent steigen. Der Welthandel wird im Projektionszeitraum ebenfalls an Dynamik zulegen und 2015 um rund 3 ¾ Prozent und 2016 um rund 4 ½ Prozent zunehmen.

Als technische Annahmen werden der Ölpreis und die Wechselkurse im Projektionszeitraum mit ihren jeweiligen

Durchschnitten der letzten sechs Wochen vor der Projektionserstellung als konstant angenommen. Für den Ölpreis der Sorte Brent ergeben sich so rund 56 US-Dollar je Fass im Jahr 2015 und 57 US-Dollar im Jahr 2016. Für den Wechselkurs errechnen sich so 1,09 US-Dollar je Euro für das Jahr 2015 und 1,08 US-Dollar je Euro für das Jahr 2016. Ebenfalls wird von der technischen Annahme ausgegangen, dass der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte der Europäischen Zentralbank bis zum Ende des Projektionszeitraums konstant bei 0,05 Prozent bleibt. Gegenüber der Jahresprojektion wurde die technische Annahme zum Wechselkurs deutlich gesenkt (Jahresprojektion: 1,22 US-Dollar je Euro in 2015). Durch den schwächeren Wechselkurs liegt der Ölpreis in Euro gerechnet weiterhin kräftig unter dem Vorjahresniveau, allerdings fällt der Rückgang nicht mehr ganz so deutlich aus wie noch im Januar unterstellt.

Sofern im internationalen Umfeld keine gravierenden und unvorhersehbaren Störungen auftreten, werden die deutschen Exporte wieder stärker anziehen. Die gestiegene preisliche Wettbewerbsfähigkeit infolge des gesunkenen Wechselkurses stimuliert die deutschen Ausfuhren. Zwar



reagieren die Exporte grundsätzlich weniger elastisch auf Preisveränderung als auf das Wachstum der globalen Absatzmärkte. Dennoch führt die kräftige Abwertung des Euro zu einem spürbaren Stimulus für die Ausfuhren in diesem und im kommenden Jahr. Die Zuwachsrate der Exporte konnte daher im Vergleich zur Jahresprojektion nach oben korrigiert werden. Zunehmende deutsche Exporte und die kräftig anziehende inländische Nachfrage regen zugleich auch die deutschen Einfuhren an. Aufgrund des breit angelegten Aufschwungs werden die Importe in beiden Jahren (mit +5,7 Prozent im Jahr 2015 und +5,1 Prozent im Jahr 2016) stärker zunehmen als die Exporte (mit +4,7 Prozent im Jahr 2015 und +4,5 Prozent im Jahr 2016). Es ergibt sich ein leicht negativer Wachstumsbeitrag der Nettoexporte (Export abzüglich Import) von -0,1 Prozentpunkten in diesem Jahr und ein geringer positiver Beitrag von +0,1 Prozentpunkten im nächsten Jahr. Insbesondere im ersten Quartal 2015 dürfte nach den vorliegenden Außenhandelszahlen der Wachstumsbeitrag des Außenhandels spürbar negativ gewesen sein.

Der in nominalen Größen gemessene Leistungsbilanzüberschuss wird sich dieses Jahr vor allem infolge der niedrigeren Rohölpreise merklich ausweiten. Für sich genommen führen niedrigere Rohölpreisnotierungen bei einer identischen Mengennachfrage zu niedrigeren nominalen Importen, was definitionsgemäß den Leistungsbilanzüberschuss erhöht (auf etwa 8,1 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). Unter den Annahmen der Früh-

jahrsprojektion mindert sich die Rohölrechnung im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um etwa 16 Milliarden Euro. Im weiteren Projektionszeitraum wird sich der Leistungsbilanzüberschuss wegen des ausklingenden Effekts der rückläufigen Rohölpreise wieder leicht zurückbilden.

### Inlandsnachfrage treibt Wachstum

Konsum und Investitionen sind deutlich aufwärtsgerichtet. Die steigende Beschäftigung treibt weiterhin die binnenwirtschaftliche Dynamik. Seit dem Jahr 2003 ist die Erwerbstätigkeit stetig gestiegen und erreicht dieses Jahr den neunten Beschäftigungsrekord in Folge. Die robuste Entwicklung am Arbeitsmarkt und steigende Einkommen stimulieren zusammen mit dem günstigen finanziellen Umfeld (z. B. niedrige Hypothekenzinsen) die Ausgaben für Konsum und die Wohnungsbauinvestitionen der privaten Haushalte.

Das Geschäftsklima in den Unternehmen hat sich nach einem merklichen Rückgang im vergangenen Jahr wieder aufgehellt. Die Kapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe sind noch leicht unterdurchschnittlich ausgelastet. Mit zunehmender Kapazitätsauslastung und besseren Absatzperspektiven dürfte in den Unternehmen das Erweiterungsmotiv wieder mehr in den Vordergrund rücken. Das Wachstum wird in den Jahren 2015 und 2016 rechnerisch weitgehend von der Inlandsnachfrage getragen.

## Nachlaufende Unternehmensinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen in Deutschland werden in diesem Jahr mit real 2,2 Prozent und im kommenden Jahr mit 3,1 Prozent moderat expandieren. Viele Fundamentalfaktoren für Investitionen sind nach wie vor gut. Die Finanzierungsbedingungen sind ausgesprochen günstig. Die Innenfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen sind angesichts sehr hoher positiver Finanzierungssalden ebenfalls ausgezeichnet. Seitens der Unternehmen besteht dennoch eine gewisse Zurückhaltung. Unter der Annahme der störungsfreien und moderaten Erholung der Weltwirtschaft werden die Investitionen in Ausrüstungen im Jahr 2015 nur zögerlich um 2,8 Prozent und im Jahr 2016 etwas beschleunigt um 4,3 Prozent ausgeweitet. Insbesondere die konjunkturell relevanten privaten Ausrüstungsinvestitionen sind bisher noch nicht in Schwung gekommen, weil zum Beispiel die Absatzperspektiven mit Blick auf geopolitische Risiken nicht uneingeschränkt positiv bewertet werden. Zudem investieren exportorientierte Unternehmen im Zuge der Globalisierung nicht nur im Inland, sondern auch direkt auf ausländischen Märkten, um kundennah Produktionskapazitäten zu schaffen.

Die solide Ausweitung der Bauinvestitionen (+2,1 Prozent im Jahr 2015 und +2,8 Prozent im Jahr 2016) wird zunächst vornehmlich vom privaten Wohnungsbau und den öffentlichen Bauinvestitionen getragen. Die Bundesregierung hat für Infrastrukturinvestitionen im mittelfristigen Projektionszeitraum zusätzliche Mittel in Milliardenhöhe beschlossen. Die Investitionsquote, das heißt, die nominalen Bruttoanlageinvestitionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, bleibt im Jahr 2015 konstant bei 20,0 Prozent und wird im Jahr 2016 leicht auf 20,2 Prozent zunehmen.

## Solider Arbeitsmarkt

Die Erwerbstätigkeit im Inland wird in diesem Jahr voraussichtlich um 300.000 Personen und im Jahr 2016 um 130.000 Personen weiter merklich zunehmen. Nächstes Jahr dürften jahresdurchschnittlich erstmalig mehr als 43 Millionen Personen erwerbstätig sein. Die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns zu Jahresbeginn 2015 führt zu einer deutlichen Reduktion der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. Die gleichzeitig sehr positive Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse kompensiert diese Beschäftigungsverluste zumindest teilweise. Die zusätzliche Arbeitsnachfrage wird angebotsseitig durch die anhaltend hohe Zuwanderung begünstigt (technische Annahme für Wanderungs-



saldo +420.000 Personen für 2015 und +340.000 Personen für 2016). Der Beschäftigungszuwachs wird dank der Zunahme des Erwerbepersonenpotenzials auch in diesem Jahr stärker ausfallen als der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird im Jahresdurchschnitt 2015 spürbar um 110.000 und 2016 um 20.000 Personen weiter abnehmen.

## Deutliche Einkommenssteigerungen für Arbeitnehmer und Rentner

Die Lohnentwicklung ist im Projektionszeitraum deutlich aufwärtsgerichtet. Hierauf deuten die bereits vereinbarten Abschlüsse zwischen den Tarifvertragsparteien hin. Der Rückgang der geringfügig entlohnten Beschäftigungsverhältnisse führt – für sich genommen – zu einer positiven Lohndrift, sodass die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer in diesem Jahr mit 3,1 Prozent kräftiger zunehmen werden als die tariflichen Vereinbarungen. Hinzu kommen über die tariflichen Vereinbarungen hinausgehende Sonderzahlungen der Unternehmen aufgrund guter Ergebnisse im vergangenen Jahr. Im kommenden Jahr nehmen die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer mit 2,7 Prozent weiterhin merklich, aber etwas weniger stark zu, nicht zuletzt, weil der stimulierende Effekt der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ausläuft. Die Lohnsumme erhöht sich wegen des Beschäftigungszuwachses im Jahr 2015 um 4,0 Prozent und im Jahr 2016 um 3,0 Prozent. Die

Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer nehmen in beiden Jahren etwas weniger stark zu (+2,8 Prozent im Jahr 2015 und +2,1 Prozent im Jahr 2016) als die entsprechende Bruttogröße. Dies ist im Wesentlichen auf den progressiven Einkommensteuertarif und die im kommenden Jahr zu erwartende Anhebung des durchschnittlichen kassenindividuellen Zusatzbeitrags in der Gesetzlichen Krankenversicherung zurückzuführen. Der Gesetzentwurf zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergelds und des Kinderzuschlags ist noch nicht berücksichtigt, da der Projektion in der Regel die aktuelle Rechtslage zugrunde gelegt wird.

Die monetären Sozialleistungen abzüglich darauf entfallender Abgaben steigen dieses Jahr um 3,7 Prozent und nächstes Jahr um 3,5 Prozent. Hier spielen zum einen die regelgebundenen Anhebungen der Rentenleistungen infolge der guten Lohnentwicklung und zum anderen die Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren sowie die verbesserte Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder eine Rolle. Im Zuge des stetigen Aufschwungs steigen auch die Gewinneinkommen der privaten Haushalte nach und nach an, während sich die Vermögenseinkommen wegen der niedrigen Zinsen nur sehr schwach entwickeln. Zusammengekommen erhöhen sich die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in diesem Jahr um +2,7 Prozent und im kommenden Jahr um +2,8 Prozent.

### Rückläufige Ölpreise dämpfen Preisauftrieb

Die Lohnstückkosten steigen in beiden Jahren moderat (um +1,8 Prozent im Jahr 2015 und um 1,1 Prozent im Jahr 2016), wobei im zweiten Jahr der Einmaleffekt des Mindestlohns nachlässt. Da die Kapazitäten in Deutschland, gemessen nach dem Verfahren der Europäischen Kommission, noch leicht unterausgelastet sind und die Lohnstückkosten nur in geringem Maß zunehmen werden, ist gesamtwirtschaftlich weder eine nennenswerte Inflationsbeschleunigung noch eine Deflation zu erwarten. Der Deflator des Bruttoinlandsprodukts wird dieses Jahr um 2,0 Prozent und im kommenden Jahr um 1,5 Prozent zulegen.

Auch auf der Konsumentenstufe bleibt der Preisauftrieb sehr moderat. Das Verbraucherpreisniveau wird in diesem Jahr vor allem wegen der niedrigen Energiepreise nur um +0,5 Prozent zunehmen. Im kommenden Jahr wird sich das Verbraucherpreisniveau nicht zuletzt aufgrund der Lohnsteigerungen deutlicher um 1,4 Prozent erhöhen. Die Kerninflationsrate (ohne Nahrungsmittel und Energie) bleibt

in beiden Jahren stabil und nimmt mit jeweils 1,6 Prozent spürbar zu. Das Preisniveau für importierte Waren und Dienstleistungen geht trotz der Abwertung des Euro aufgrund der niedrigen Energiepreise dieses Jahr deutlich zurück, da der Effekt der sinkenden Rohölpreise den Wechselkurseffekt kurzfristig dominiert. Das Preisniveau für exportierte Waren und Dienstleistungen nimmt leicht zu. Daraus ergeben sich für das laufende Jahr deutlich positive Veränderungen der Terms of Trade. Im kommenden Jahr dürften die Terms of Trade aufgrund des nachlassenden Sondereffekts sinkender Rohölpreise unverändert bleiben.

### Privater Konsum als Wachstumsmotor

Sowohl die Stimmung im deutschen Einzelhandel als auch die Stimmungslage der Konsumenten ist positiv. Die Anschaffungsneigung der privaten Verbraucher erreichte zuletzt eine Größenordnung, die nur von dem Niveau im Vorfeld der Mehrwertsteuererhöhung zum Jahresende 2006 übertroffen wurde. Die nominalen privaten Konsumausgaben steigen in beiden Jahren in ähnlicher Größenordnung wie die verfügbaren Einkommen. Die Sparquote bleibt konstant. Unter Berücksichtigung des moderaten Preisniveauanstiegs (Deflator der privaten Konsumausgaben +0,5 Prozent für 2015) erhöhen sich die privaten Konsumausgaben in diesem Jahr um preisbereinigt 2,0 Prozent. In den letzten 15 Jahren wurde nur einmal ein höherer Wert erreicht. Im Jahr 2016 expandiert der preisbereinigte Konsum aufgrund des höheren Preisniveauanstiegs um 1,6 Prozent. Der private Konsum ist in beiden Jahren der Tragpfeiler des Wachstums.



## Deutsche Wirtschaft auch mittelfristig in guter Verfassung

Das nach der Produktionsfunktionsmethode der Europäischen Kommission errechnete Produktionspotenzial wird im Projektionszeitraum (2015 bis 2019) um jahresdurchschnittlich 1,3 Prozent pro Jahr wachsen. Der jährliche Anstieg liegt etwas oberhalb der Potenzialwachstumsrate der zurückliegenden Dekade. Aufgrund des demografisch bedingten Rückgangs der Erwerbsbevölkerung dürfte sich das Potenzialwachstum jedoch von 1,5 Prozent in diesem Jahr auf 1,2 Prozent zum Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2019 etwas verlangsamen. Die aktuell hohe Zuwanderung mildert die dämpfenden Effekte der Demografie auf das Wachstum des Produktionspotenzials. Für dieses Jahr wird ein Wanderungssaldo in Höhe von rund +420.000 Personen unterstellt (ab 2014 annahmegemäß linearer Abbau von 500.000 Personen auf +100.000 Personen im Jahr 2019, dem Wert aus der 12. koordinierten Bevölkerungsvorberechnung). Das Wachstum des Produktionspotenzials im mittelfristigen Projektionszeitraum wird zu etwas mehr als der Hälfte vom technischen Fortschritt getragen, zu gut 30 Prozent vom Wachstum des Kapitalstocks und zu etwa einem Sechstel vom Wachstum des Arbeitsvolumens. Die Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter trägt dabei negativ zum Wachstum des strukturellen Arbeitsvolumens bei, die weiter zunehmende Partizipationsrate hingegen positiv. Auch der weitere Rückgang der strukturellen Arbeitslosigkeit und eine leichte Zunahme der Arbeitszeit je Beschäftigten wirken leicht positiv.

Das Potenzialwachstum eröffnet die Möglichkeiten für ein solides Wirtschaftswachstum in der mittleren Frist. Von 2015 bis 2019 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich 1,5 Prozent pro Jahr zunehmen (zwischen 2017 und 2019 durchschnittlich 1,3 Prozent pro Jahr). Die Lücke zwischen gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und Produktionspotenzial, die im Jahr 2016 etwa  $-\frac{1}{4}$  Prozent des Potenzials betragen dürfte und sich im Korridor der Normalauslastung befindet (zwischen  $-0,5$  und  $+0,5$  Prozent), wird gemäß der (technischen) Annahme im Jahr 2019 geschlossen sein.

### Investitionen als Chance

Die dargestellte Grundlinie der Frühjahrsprojektion stellt aus heutiger Sicht – unter den gegebenen Rahmenbedingungen – den wahrscheinlichsten Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung für Deutschland dar. Diese Einschätzung ist naturgemäß mit Unsicherheit behaftet. Chancen



für eine günstigere Entwicklung ergeben sich vor allem auf der binnenwirtschaftlichen Seite. Eine Chance ergibt sich aus den beabsichtigten Maßnahmen zur Stimulierung von Investitionen in Deutschland und in Europa. Darüber hinaus könnten die derzeit expansiven Impulse – nicht zuletzt von Rohölpreisen, Wechselkurs und Wirtschaftspolitik – stärker wirken als unterstellt.

Allerdings bleiben die Risiken im außenwirtschaftlichen Umfeld hoch. Eine Verschärfung der geopolitischen Konflikte oder eine neue Verunsicherung über die Entwicklung im Euroraum zählen zu den Hauptrisikofaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung. Auch ein abrupter deutlicher Anstieg des Ölpreises und des Wechselkurses könnte die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland und in Europa stören. Die Risiken sind in der Wahrnehmung derzeit eher in den Hintergrund getreten, sodass sich die Balance von Chancen und Risiken günstiger darstellt als zuletzt.

Kontakt: Dr. Christhart Bork und Dr. Thomas Knaus  
Referat: Beobachtung, Analysen und Projektionen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

# Stärkung von Investitionen in Deutschland

## Expertenkommission des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie legt Bericht vor

Investitionen sind das Fundament für Wachstum und Beschäftigung einer Volkswirtschaft. Deshalb besteht eine zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe der nächsten Jahre darin, die seit längerer Zeit nur verhaltene Investitionstätigkeit in Deutschland zu steigern. Eine Expertenkommission des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, übergab am 21. April ihren Bericht mit Handlungsempfehlungen zur Stärkung von Investitionen in Deutschland – im Rahmen eines hochrangigen internationalen Kongresses.



Investitionen sind der entscheidende Hebel zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Sicherung von dauerhaftem Wohlstand und einer hohen Lebensqualität für die Menschen in Deutschland und Europa. In Deutschland hat sich die Investitionstätigkeit allerdings über einen längeren Zeitraum nur verhalten entwickelt. Gerade im internationalen Vergleich stiegen die öffentlichen Investitionen nur unterdurchschnittlich. Im Bereich der privaten Investitionen ist der Anteil investierender junger Unternehmen in Deutschland seit dem Jahr 2006 rückläufig. Dazu passt, dass im Vergleich zu gründungsaktiveren Ländern wenig Wag-

niskapital in Start-ups, und hier insbesondere in der späten Wachstumsphase, investiert wird. Auch in der energieintensiven Industrie war die Investitionsentwicklung über mehrere Jahre schwach.<sup>1</sup>

Die Bundesregierung hat im ersten Drittel der Legislaturperiode zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Investitionen in Deutschland zu erhöhen (s. Kasten 1). Angestrebt wird insbesondere eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen und eine nachhaltige Modernisierung der Infrastruktur.

1 Für eine aktuelle Übersicht über die Entwicklung der Investitionen in Deutschland s. auch den Beitrag „Wesentliche Fakten zur „Investitionsschwäche“ in Deutschland“ im BMWi-Monatsbericht November 2014.

### Kasten 1: Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung der Investitionen in Deutschland

Die Bundesregierung hat folgende Maßnahmen zur Stärkung der öffentlichen Investitionen ergriffen:

- ▶ Durch die weitere finanzielle Entlastung von Kommunen und Ländern um über zehn Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode – unter anderem in den Bereichen Kinderbetreuung, Schulen, Hochschulen und Städtebau – werden umfangreiche Investitionen auf diesen Ebenen ermöglicht. Zudem investiert die Bundesregierung zusätzliche drei Milliarden Euro im Bereich Forschung und Entwicklung. Damit leistet sie gleichzeitig einen Beitrag zur Sicherung des international wettbewerbsfähigen Innovations- und Technologiestandorts Deutschland.
- ▶ Zur Eröffnung zusätzlicher Investitionsspielräume stellt die Bundesregierung den Städten und Gemeinden im Jahr 2017 weitere 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung und wird sie ab dem Jahr 2018 um fünf Milliarden Euro jährlich entlasten. Darüber hinaus wird noch 2015 ein Sondervermögen im Umfang von 3,5 Milliarden Euro (Bundesmittel) eingerichtet, dessen Mittel für die Förderung der Investitionstätigkeit in finanzschwachen Kommunen eingesetzt werden.
- ▶ Weitere Investitionsschwerpunkte liegen auf leistungsfähigen überregionalen Verkehrswegen, einer effizienteren Nutzung von Energie und dem Klimaschutz. Im Zeitraum 2014 bis 2017 sind allein für den Verkehrsbereich fünf Milliarden Euro zusätzlich und zwischen 2016 und 2018 weitere zehn Milliarden Euro insbesondere für Infrastruktur (davon weitere knapp 3,1 Milliarden Euro für den Verkehrsbereich), Energieeffizienz und Klimaschutz vorgesehen.
- ▶ Deutschland wird auch die europäische Investitions-offensive substantiell unterstützen und sich über die KfW voraussichtlich mit rund acht Milliarden Euro u. a. an der Finanzierung von Projekten und an Investitionsplattformen beteiligen.

Annähernd 90 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Investitionen in Deutschland werden privat erbracht. Neben der Bereitstellung zusätzlicher Mittel für öffentliche Investitionen hat die Bundesregierung weitere Maßnahmen zur Schaffung von wachstumsfreundlichen Rahmenbedingungen ergriffen:

- ▶ Mit der EEG-Reform wurden die Rahmenbedingungen für die Energiewende und den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien verbessert. Zugleich ist es gelungen, die Kostendynamik der letzten Jahre zu durchbrechen und gleichzeitig die Planbarkeit der Energiepreisentwicklung zu verbessern.
- ▶ Mit der Digitalen Agenda 2014 – 2017 soll die Teilhabe an der digitalen Welt gesteigert und deren Innovationspotenzial noch stärker erschlossen werden. Bis 2018 sollen flächendeckende Hochgeschwindigkeitsnetze mit Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s zur Verfügung stehen.
- ▶ Die Netto-Erlöse des Bundes aus der geplanten Vergabe der 700-MHz- und 1,5-GHz-Frequenzen sowie 1,1 Milliarden Euro aus dem Zukunftsinvestitionspaket für 2016 bis 2018 sollen in ein Breitband-Förderprogramm fließen. Ziel ist der Ausbau bislang unterversorgter ländlicher Gebiete.
- ▶ Die bereits zum 31. Dezember 2014 erfolgte Steuerfreistellung des INVEST-Zuschusses für Wagniskapital und die geplante Einrichtung einer 500 Millionen Euro umfassenden Fazilität („Wachstumsfazilität“) zur Vergrößerung des Marktes für Wachstumsfinanzierungen leisten einen Beitrag zur Erhöhung der Gründungsdynamik gerade im Bereich der technologieorientierten und innovativen Unternehmen.
- ▶ Im Bürokratieentlastungsgesetz wurden Maßnahmen zusammengezogen, die schnell umsetzbar sind und direkt bei den Unternehmen ankommen. Vor allem für Existenzgründungen und kleine und mittlere Unternehmen sowie Unternehmen in der Wachstumsphase stellen administrative Pflichten eine Hürde dar. Sie werden von Berichtspflichten im Gegenwert von gut 744 Millionen Euro pro Jahr entlastet.



Mitglieder der Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“

Darüber hinaus hat Bundesminister Sigmar Gabriel Ende August 2014 eine hochrangige Expertenkommission einberufen, um neue Wege zur Stärkung der öffentlichen und privaten Investitionstätigkeit zu erkunden. Der Kommission, die in organisatorischer und inhaltlicher Hinsicht unabhängig arbeitet, gehören Vertreter von Verbänden, Gewerkschaften und Unternehmen, aus dem Sachverständigenrat, vom Städtetag, aus den Ländern und der KfW an (s. Kasten 2 für weitere Informationen zur Expertenkommission).

#### **Kasten 2: Hintergrundinformationen zur Expertenkommission**

Nach der ersten Beratung am 28. August 2014 haben fünf weitere Sitzungstermine und zahlreiche Telefonkonferenzen der Expertenkommission stattgefunden. Die Handlungsvorschläge wurden dabei in einem offenen und transparenten Prozess mit weiteren interessierten Akteuren ausgetauscht.

Mitglieder der Expertenkommission sind:

Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D. (DIW, Leiter); Dr. Stephan Articus (Deutscher Städtetag); Frank Bsirske (ver.di); Robert Feiger (IG Bauen-Agrar-Umwelt); Prof. Dr. Lars Feld (Eucken Institut und Albert-Ludwigs-Universität Freiburg); Jürgen Fitschen (Deutsche Bank); Prof. Dr. Veronika Grimm (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg); Reiner Hoffmann (DGB); Dr. Helga Jung (Allianz); Dr. Markus Kerber (BDI); Wolfgang Lemb (IG Metall); Franz-Josef Lersch-Mense (Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen); Dr. Hans-Hartwig Loewenstein (Zentralverband Deutsches Baugewerbe); Dr. Thomas Mayer (Flossbach von Storch); Dr. Torsten Oletzky (Ergo Versicherungsgruppe); Prof. Dr. Siegfried Russwurm (Siemens); Prof. Dr. Monika Schnitzer (Ludwig-Maximilians-Universität München); Dr. Ulrich Schröder (KfW); Dr. Harald Schwager (BASF); Dr. Eric Schweitzer (DIHK); Michael Vassiliadis (IG Bergbau, Chemie und Energie).

## Zehn-Punkte-Plan der Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen

Die Expertenkommission schlägt einen Zehn-Punkte-Plan zur Schaffung von neuen Bedingungen für mehr Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland vor.<sup>2</sup> Dabei sollen sowohl die Investitionsmöglichkeiten der öffentlichen Hand als auch die Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessert werden.

### Etablierung einer stärkeren Selbstbindung öffentlicher Haushalte zu mehr Investitionen

In ihrem Abschlussbericht empfiehlt die Expertenkommission die Prüfung einer haushaltsrechtlichen Verpflichtung auf Landes- und kommunaler Ebene zu öffentlichen Investitionen zumindest in Höhe der Abschreibungen auf das Vermögen der öffentlichen Hand. Die Expertenkommission weist dabei darauf hin, dass eine entsprechende Verpflichtung nur in jenen Gebietskörperschaften greifen könne, die bereits periodische Abschreibungen auf das Anlagevermögen vornehmen. Dies trifft jedoch noch nicht für alle Länder und Kommunen zu. Für die Bundesebene wird eine haushaltsrechtliche Festlegung zur prioritären Verwendung von unerwarteten Überschüssen für höhere öffentliche Investitionen vorgeschlagen.

## Schaffung eines „Nationalen Investitionspakts für Kommunen“

Zur Belegung der seit langer Zeit nur verhaltenen Investitionstätigkeit in den Städten, Gemeinden und Landkreisen Deutschlands (s. dazu auch Grafik des Monats in diesem Monatsbericht) regt die Expertenkommission die Schaffung eines so genannten „Nationalen Investitionspakts für Kommunen“ (NIK) an. Der NIK solle so ausgestattet werden, dass er eine Erhöhung der kommunalen Investitionen mindestens in Höhe des rechnerischen kommunalen Substanzverzehr der letzten drei Jahre (15 Milliarden Euro) über die nächsten drei Jahre ermöglicht. Zusätzlich zu dem von der Bundesregierung kürzlich beschlossenen Sondervermögen von 3,5 Milliarden Euro für kommunale Investitionen solle dazu für bestimmte Investitionszwecke ein zweites, langfristig wirksames Instrument geschaffen werden, das zeitlich unbegrenzt und flexibler eingesetzt werden soll. Die Expertenkommission schlägt vor, dass förderwürdige Kommunen auf Basis der Kriterien der bewährten Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) identifiziert werden könnten. Dabei soll eine Ausweitung der förderwürdigen Kommunen von derzeit 40 Prozent auf bis zu 60 Prozent der Gesamtbevölkerung angestrebt werden.



2 Dabei wurden nicht sämtliche Handlungsempfehlungen von allen Mitgliedern geteilt, s. dazu Vorwort und ergänzende und abweichende Positionen der in der Kommission vertretenen Gewerkschaften (IGM, ver.di, IG BCE, IG BAU und DGB) im Bericht der Expertenkommission, abrufbar unter: <http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=702188.html>.



### Gründung einer Infrastrukturgesellschaft für Kommunen

Die Expertenkommission plädiert für eine von Bund und Ländern getragene „Infrastrukturgesellschaft für Kommunen“ (IfK) oder alternativ für mehrere solcher Gesellschaften. Aufgabe dieser IfK solle sein, die Kommunen – bei entsprechendem Bedarf – im Rahmen der Planung und Durchführung von Investitionsprojekten zu unterstützen. Dazu könne die IfK mehrere Funktionen übernehmen:

- ▶ Kompetente, nicht interessengebundene und erschwingliche Beratung von Kommunen bei der Entscheidung zwischen Projektvarianten und Beschaffungsalternativen.
- ▶ Begleitung von Kommunen insbesondere bei Bedarfsermittlung, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Verhandlungen mit Auftragnehmern und möglicherweise als Projektmanager. Dieses Angebot soll auch bei der Realisierung von Infrastrukturvorhaben als sogenannte „Öffentlich-Private Partnerschaften“ (ÖPP) für öffentliche Auftraggeber verfügbar sein.
- ▶ Prüfung der Möglichkeiten zur gebündelten Realisierung von ähnlichen und gegebenenfalls geografisch gestreuten Projekten.

Um Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie sinnvoll die Gründung von IfK auf nationaler und/oder auf Länderebene ist und wie die IfK gegebenenfalls gestaltet werden sollte, sollten nach Einschätzung der Expertenkommission bestehende Infrastrukturgesellschaften, wie die Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES) oder die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft mbH (VIFG), evaluiert werden. Dabei sollten insbesondere die Erfahrungen der öffentlichen Auftragsverwaltungen sowohl von Ländern als auch von Kommunen einfließen.

Die Ergebnisse einer deutschlandweiten Online-Befragung von mehr als 1.000 kommunalen Finanzverantwortlichen durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im März 2015 deuten darauf hin, dass ein Interesse an einer IfK bestehen könnte (s. dazu Beitrag „Online-Befragung zeigt großen kommunalen Investitionsbedarf“ in dieser Ausgabe des Monatsberichts).

### Einrichtung einer Infrastrukturgesellschaft im Bereich Bundesfernstraßen

In Deutschland wird die Straßeninfrastruktur nahezu ausschließlich von Bund, Ländern und Kommunen unterhalten. Betriebe der Privatwirtschaft sind in aller Regel lediglich Auftragnehmer. Bei den Bundesfernstraßen gilt die Besonderheit des Artikel 90 des Grundgesetzes, wonach die Verwaltung der Straßen nicht durch den Bund selbst erfolgt, sondern durch die im Auftrag des Bundes tätigen Straßenbauverwaltungen der Länder (Auftragsverwaltung): Die Länder planen, bauen und unterhalten die Bundesfernstraßen entsprechend den Vorgaben des Bundes.

Im Rahmen einer Analyse des Kostenmanagements im Bundesfernstraßenbau ist der Bundesrechnungshof<sup>3</sup> zu dem Ergebnis gekommen, dass viele Bundesfernstraßenprojekte teurer werden als zunächst geplant. Dies wird in erster Linie auf das föderale System der Auftragsverwaltung im Bundesfernstraßenbau zurückgeführt. Um die Effizienz des Beschaffungswesens und der Projektrealisierung zu verbessern, empfiehlt die Expertenkommission die Konzeption einer Infrastrukturgesellschaft für Bundesfernstraßen (Verkehrsinfrastrukturgesellschaft) nach den folgenden Grundsätzen:

- ▶ Planung, Bau, Betrieb und Finanzierung der Bundesfernstraßen „aus einer Hand“ nach dem Lebenszyklusansatz.
- ▶ Finanzierung überwiegend oder ausschließlich aus Nutzerentgelten ohne eine Mehrbelastung der PKW-Nutzer.
- ▶ Eigene Kreditaufnahmekapazität ohne staatliche Garantie, um die Konformität der Verkehrsinfrastrukturgesellschaft mit den Maastricht-Kriterien zu gewährleisten.
- ▶ Wahrung der öffentlichen Kontrolle und damit insbesondere keine „Privatisierung“ der Bundesfernstraßen.

Bei der praktischen Umsetzung erscheinen nach Auffassung der Expertenkommission prinzipiell zwei Ansätze denkbar, für die jedoch u. a. Grundgesetzänderungen bei der Auftragsverwaltung erforderlich wären. So könnten zunächst anstelle einer zentralisierten Verkehrsgesellschaft mehrere Regionalgesellschaften unter Beteiligung der



Länder gegründet werden, die nach einer Pilotphase sukzessive gebündelt würden. Diese Zusammenfassung der Kompetenzen auf regionaler Ebene könnte einen praktikablen Übergangsrahmen darstellen, um den längerfristigen institutionellen Rahmen für eine zentrale Gesellschaft zu schaffen.

Alternativ könnte von vornherein auf Bundesebene eine zentrale Verkehrsinfrastrukturgesellschaft geschaffen werden. Deren Aufgaben wären zunächst auf die Bundesautobahnen beschränkt, während Bundesstraßen anfangs weiter im Rahmen der Auftragsverwaltung bewirtschaftet würden. Sollte sich die Gesellschaft bewähren, könnte ihr zu einem späteren Zeitpunkt zusätzlich die Zuständigkeit für Bundesstraßen übertragen werden.

3 Gutachten des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung über das Kostenmanagement im Bundesfernstraßenbau vom 14. April 2014.



### Schaffung neuer Strukturen zur Mobilisierung zusätzlicher privater Infrastrukturfinanzierung

Die Expertenkommission spricht sich für die Schaffung eines öffentlichen Infrastrukturfonds des Bundes und der Länder aus. Dieser Fonds würde ähnliche Aufgaben übernehmen wie ein privater Infrastrukturfonds. Private Investoren hätten damit die Möglichkeit, auf eigenes Risiko in diesen Fonds zu investieren. Gleichzeitig solle sichergestellt werden, dass nur jene Projekte finanziert würden, bei denen sich durch die Einbringung privaten Kapitals Vorteile gegenüber der konventionellen Beschaffung ergäben und eine angemessene Risikoteilung stattfände. Durch die Bündelung vieler einzelner Projekte könnte Risiko gestreut und der erzeugte Effizienzgewinn zwischen öffentlichen Auftraggebern und Investoren geteilt werden. Nach Einschätzung der Expertenkommission könnten Geschäftsmodelle existierender Förderbanken gegebenenfalls in diese Richtung erweitert werden.

Zur Förderung der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben wird außerdem ein so genannter „Bürgerfonds“ vorgeschlagen. Dieser Bürgerfonds solle Bürgerinnen und Bürgern eine neue Anlageform bieten, die bei vertretbarem Risiko bessere Renditen ermöglichen soll als Anlagealternativen, wie etwa Spar- und Sichteinlagen oder Staatsanleihen. Zudem könnte durch die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern deren Identifikation mit Infrastrukturprojekten erhöht werden.



### Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen für private Investitionen

In ihrem Bericht betont die Expertenkommission, dass die Sicherung eines modernen Kapitalstocks und der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland höhere private Investitionen erfordert. Vor diesem Hintergrund schlägt die Expertenkommission ein Bündel von Maßnahmen zur Verbesserung des allgemeinen Investitionsklimas vor, dazu zählen vor allem die folgenden Empfehlungen:

- ▶ Sicherung einer hinreichenden Qualität und Quantität des Erwerbspersonenpotenzials, insbesondere durch Verbesserung von Ausbildung und Weiterbildung, mehr Zuwanderung ausländischer Fachkräfte, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- ▶ Vermeidung unnötiger Bürokratie, Verbesserung der Rechtssicherheit, Steigerung der Verwaltungseffizienz.
- ▶ Stärkung der langfristigen Finanzierung privater Investitionen durch bessere Finanzmarktregulierung und Finanzmarktunion.
- ▶ Förderung von Handels- und Investitionsabkommen (wirtschaftliche und soziale Ausgestaltung).



### Stärkung von Innovationen und jungen Unternehmen

Um langfristig zu den führenden Innovationsnationen aufzuschließen, sollte Deutschland nach Auffassung der Expertenkommission zukünftig nicht am so genannten „Drei-Prozent-Ziel“ festhalten, sondern sich an der Forschungs- und Entwicklungsintensität der weltweiten Spitzengruppe orientieren. Konkret wird vorgeschlagen, dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöht werden sollten.

Die Expertenkommission empfiehlt zudem eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Innovationen in vier Bereichen:

- ▶ Verbesserung des Zugangs zu externer Finanzierung, insbesondere der Beteiligungsfinanzierung. Dies ließe sich durch eine Kapitalbesteuerung erreichen, bei der – etwa durch den steuerlichen Abzug einer kalkulatorischen Eigenkapitalverzinsung – Fremdkapital und Selbstfinanzierung (aus einbehaltenen Gewinnen) nicht gegenüber Eigenkapitalfinanzierung bevorzugt würden. Zudem sollte das kapitalmarkt- und aufsichtsrechtliche Umfeld attraktiver gestaltet werden, um potenzielle institutionelle Investoren nicht durch Regulierung zu stark einzuschränken.
- ▶ Vorbeugung eines Fachkräftemangels, vor allem durch eine frühzeitige Förderung von MINT-Fächern bereits im Schulsystem und Erhöhung der Beteiligung von Frauen und Zuwanderern im Innovationssystem.

- ▶ Stärkere Ausrichtung der Innovationspolitik an dem Ziel, ausländische Investitionen in Forschung und Entwicklung in Deutschland zu erleichtern und den Abfluss von Know-how zu verhindern.
- ▶ Entwicklung und Anwendung von systematischen Evaluationsverfahren im Bereich von innovationspolitischen Fördermaßnahmen.

### Verbesserung der digitalen Infrastruktur

Um mit den jüngsten Entwicklungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien – etwa der Vernetzung intelligenter Anwendungen oder der Weiterentwicklung von Systemen (Industrie 4.0, Internet of Things, Smart Home, Smart Meter, Smart Grid und Smart Mobility) – Schritt zu halten, spricht sich die Expertenkommission für einen forcierten Ausbau von Glasfasernetzen und der nächsten Generation von Mobilfunkverbindungen aus. Eine angemessene Finanzierung des Breitbandausbaus soll zudem durch eine Verbesserung der regulatorischen Rahmenbedingungen für Investitionen in Breitbandnetze sichergestellt werden. Zudem wird eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Thema Netzneutralität und ihrer Auswirkung auf die Investitionsanreize von Netz- und Diensteanbietern begrüßt. Auch staatliche Fördermaßnahmen für die Entwicklung neuer Anwendungen und die Durchführung von Pilotprojekten, wie etwa im Rahmen von Smart Grids oder zur Forcierung von Industrie 4.0, werden befürwortet.

### Erhöhung der Investitionen in das Energiesystem

Um die Investitionstätigkeit im Energiesektor zu stärken und in die richtige Richtung zu lenken, identifiziert die Expertenkommission eine Reihe von Maßnahmevorschlägen:

- ▶ Stärkere Ausrichtung der Netz- und Erzeugungsinvestitionen an der Systemdienlichkeit.
- ▶ Stärkung von Investitionen in Energieeffizienz durch Entwicklung neuer Finanzierungsinstrumente.
- ▶ Verringerung der regulatorischen Unsicherheit, dazu zunächst Erfassung des subjektiv wahrgenommenen regulatorischen Risikos von relevanten Akteuren, z. B. mit Hilfe eines geeigneten Index.
- ▶ Stärkung der Akzeptanz der Energiewende in Bevölkerung und Wirtschaft.
- ▶ Bereitstellung geeigneter Daten, um eine Messbarkeit der Erreichung des Ziels der Wirtschaftlichkeit zu ermöglichen.



### Verstetigung der europäischen Investitionsinitiative

Die Expertenkommission begrüßt den Juncker-Plan zur Einbindung privaten Kapitals in Zukunftsinvestitionen. Sie schlägt vor, eine dauerhafte Einrichtung des Juncker-Plans für Europa zu prüfen, wenn dieser sich als erfolgreich erweist. Dafür müsste der dem Plan zugrunde liegende Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) einerseits mit höheren Mitteln ausgestattet und andererseits ein Mechanismus geschaffen werden, um ihn in Zukunft – falls notwendig – zu rekapitalisieren oder zu erweitern.



### Ausblick

Die Expertenkommission hat ihren Bericht am 21. April 2015 im Rahmen eines hochrangigen Investitionskongresses an Bundesminister Sigmar Gabriel übergeben (s. Rubrik „Auf einen Blick“ für weitere Informationen). In den kommenden Wochen wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie prüfen, ob und inwiefern konkrete Handlungsempfehlungen der Expertenkommission Eingang in eine Investitionsstrategie der Bundesregierung finden können.

Den Bericht der Expertenkommission finden Sie unter:



<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=702188.html>

Kontakt: Dr. Martin Meurers und Dr. Bastian Alm  
Referat: Finanzpolitik; konjunkturpolitische  
Koordinierung

# Online-Befragung zeigt großen kommunalen Investitionsbedarf

Mehr als 1.000 kommunale Finanzverantwortliche beteiligen sich an Umfrage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat zwischen dem 3. März 2015 und 25. März 2015 eine deutschlandweite Online-Befragung zum Thema „Kommunale Investitionen“ durchgeführt. Ziel der Umfrage war es, eine aktuelle Bestandsaufnahme über die konkreten Investitionshemmnisse sowie Erfahrungen bei der Infrastrukturbereitstellung in den Städten, Gemeinden und Landkreisen zu erhalten. In diesem Beitrag werden erste Ergebnisse der Umfrage präsentiert. Die Ergebnisse der Umfrage helfen dabei, die bisherigen Erfahrungen und Optionen zur Optimierung der Infrastrukturbereitstellung auf kommunaler Ebene besser einschätzen zu können.



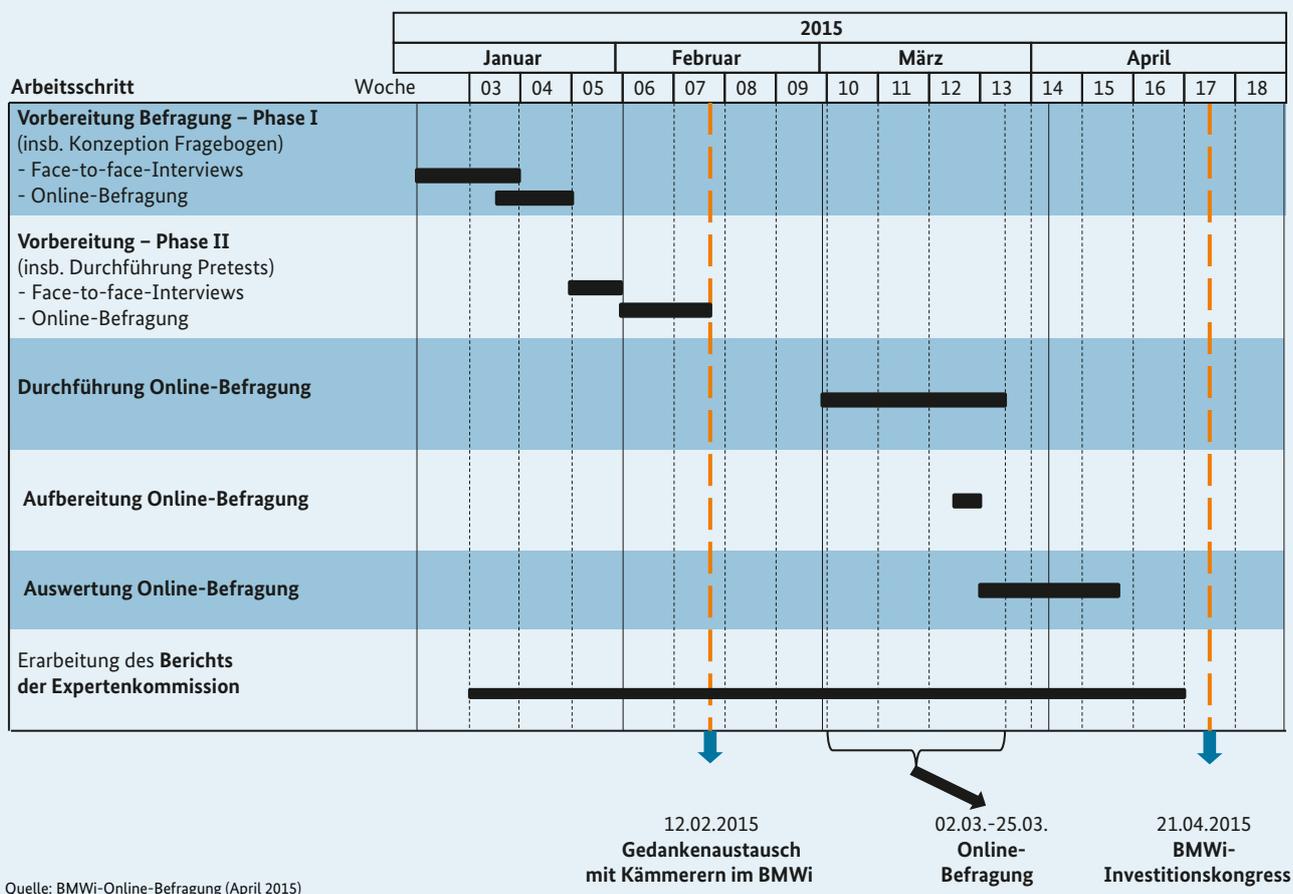
Die Bereitstellung von Infrastruktur ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunen im Rahmen der Daseinsvorsorge. Um diese Aufgaben zu erfüllen, müssen die Städte, Gemeinden und Landkreise über entsprechende finanzielle Ressourcen und personelle Kapazitäten verfügen. Verschiedene Umfragen, insbesondere das jährlich veröffentlichte KfW-Kommunalpanel, zeigen jedoch, dass viele Kommunen nicht in ausreichendem Maße über diese Voraussetzungen verfügen und einen Teil der erforderlichen Investitionen deshalb aufschieben oder sogar ganz unterlassen.

Vor diesem Hintergrund hat das BMWi im Lichte der Beratungen der Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ im ersten Quartal 2015 eine Online-Befragung von kommunalen Finanzverantwortlichen konzipiert und durchgeführt. Das Ziel der Befragung lag zum einen darin, einen möglichst repräsentativen Eindruck von der Struktur, dem Umfang und den Ursachen des kommunalen Investitionsrückstands zu gewinnen. Darüber hinaus ging es aber auch darum, umfassende Informationen über die aktuellen Hemmnisse und bisherigen Erfahrungen im

Bereich der Infrastrukturbereitstellung auf kommunaler Ebene zu erhalten. Ein weiteres Erkenntnisinteresse galt der Art und dem Ausmaß des Bedarfs an Unterstützung der Kommunen bei der Planung und Durchführung von Infrastrukturvorhaben.

Der Online-Fragebogen ist vorab in „Face-to-face-Interviews“ mit kommunalen Finanzverantwortlichen und in einem Gedankenaustausch mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände unter Leitung von Staatssekretär Dr. Rainer Sontowski abgestimmt worden (s. Abbildung 1). Die kommunalen Spitzenverbände haben den Link zum Online-Fragebogen anschließend breit in ihrer Mitgliedschaft verteilt.

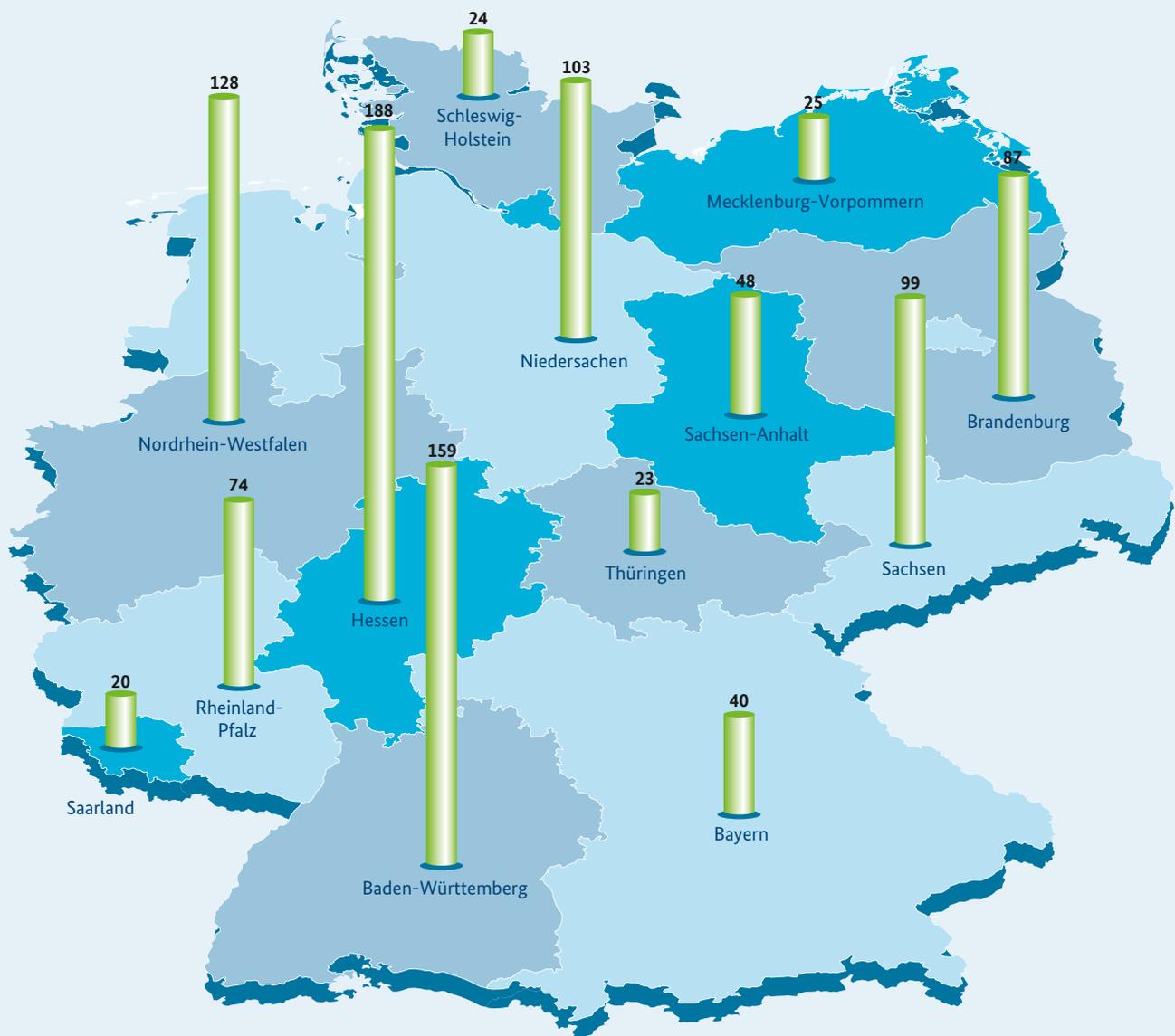
**Abbildung 1: Einbettung der Online-Befragung in die laufenden Arbeiten an einer Investitionsstrategie**



Insgesamt nahmen 1.023 kommunale Finanzverantwortliche aus allen Bundesländern (s. Abbildung 2) an der Befragung teil. Die hohe Teilnahmebereitschaft an der Online-Befragung trägt dazu bei, dass die Zusammensetzung der Stichprobe hinsichtlich der Kriterien Geografie,

Größe und Finanzlage der Kommunen eine verhältnismäßig große Ähnlichkeit mit der Grundgesamtheit aufweist. Das erhöht die Aussagekraft der Ergebnisse der BMWi-Online-Befragung.

Abbildung 2: Verteilung der befragten kommunalen Finanzverantwortlichen nach Bundesländern<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Da die Strukturen der Stadtstaaten nicht mit jenen der Flächenländer vergleichbar sind und in Berlin, Bremen und Hamburg nur insgesamt fünf kommunale Finanzverantwortliche an der Befragung teilgenommen haben, werden diese hier nicht dargestellt.

## Erste wichtige Ergebnisse der Befragung

### Hoher Nachholbedarf besteht insbesondere im Bereich Verkehrsinfrastruktur, gefolgt von den Bereichen Bildung und Freizeit/Kultur/Sport

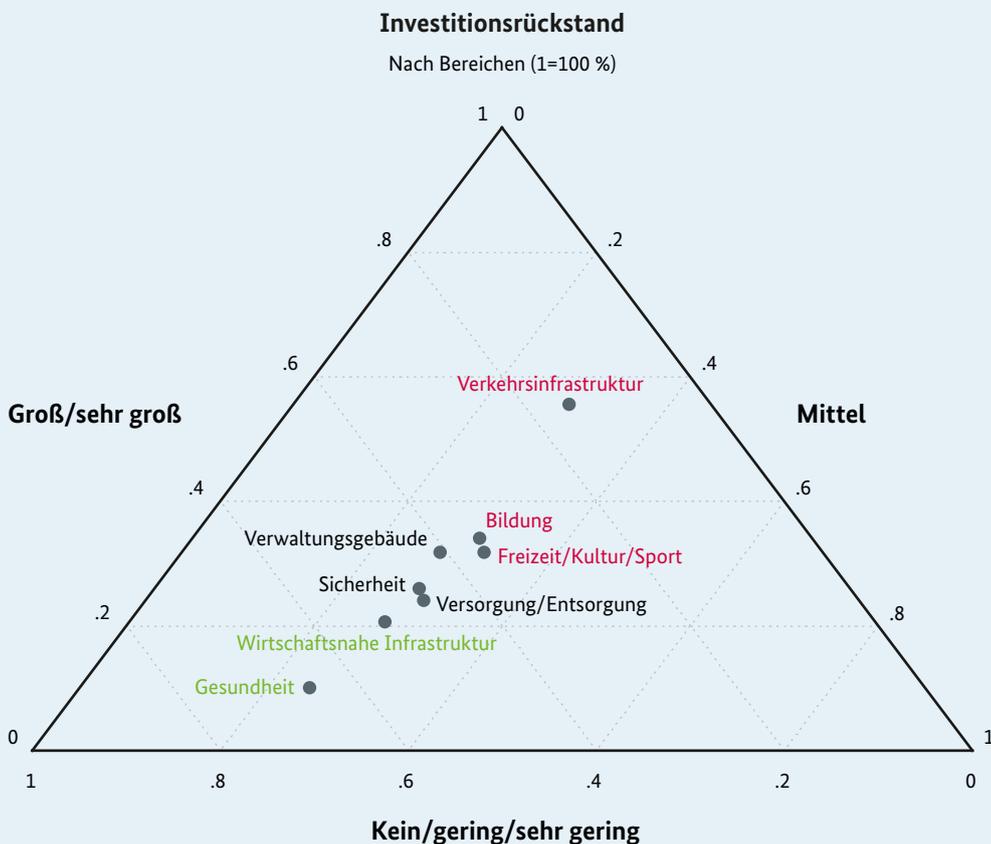
56 Prozent der Befragten sehen im Bereich Verkehrsinfrastruktur einen „sehr großen“ oder „großen“, weitere 30 Prozent einen „mittleren“ Investitionsrückstand (s. Abbildung 3). Nur ein Sechstel schätzt den Investitionsrückstand in diesem Bereich höchstens als „gering“ ein. Weniger stark ausgeprägte, aber ebenfalls umfangreiche Investitionsrückstände werden zudem in den Bereichen Bildung – 34 Prozent der Befragten schätzen den Investitionsrückstand in diesem Bereich als „groß“ oder gar „sehr groß“ ein – und Freizeit/Kultur/Sport (32 Prozent) gesehen. Bei den Verwaltungsgebäuden (59 Prozent) sowie in den Bereichen Ver- und Entsorgung und Sicherheit (jeweils 54 Prozent) sieht die Mehrheit der Befragten zumindest einen „mittleren“ Investitionsrückstand. Dagegen bewerten die Befragten

den Investitionsrückstand in den Bereichen Gesundheit (63 Prozent) und wirtschaftsnahe Infrastruktur (52 Prozent) überwiegend als höchstens „gering“.

### Der auf das Bundesgebiet hochgerechnete gesamte kommunale Investitionsrückstand kann auf 156 Milliarden Euro geschätzt werden

Die kommunalen Finanzverantwortlichen wurden auch danach befragt, wie hoch sie den gesamten Investitionsrückstand ihrer Stadt oder Gemeinde bzw. ihres Landkreises einschätzen. Um die Antworten auf diese offene Frage auf den gesamten wahrgenommenen kommunalen Investitionsrückstand im Bundesgebiet hochrechnen zu können, wurde in einem ersten Schritt der durchschnittliche Investitionsrückstand für alle sieben Einwohnerklassen (von weniger als 15.000 Einwohnern bis hin zu mehr als 500.000 Einwohnern) der Befragung ermittelt. Da ein starker Zusammenhang zwischen dem gesamten wahrgenom-

Abbildung 3: Kommunalen Investitionsrückstand nach Bereichen



Quelle: BMWi-Online-Befragung (April 2015)

menen Investitionsrückstand und der Größe der Kommunen besteht und kleinere Kommunen in der Befragung leicht unterrepräsentiert sind, wurden diese Mittelwerte in einem zweiten Schritt mit der relativen Häufigkeit der jeweiligen Einwohnerklasse in der Grundgesamtheit gewichtet.

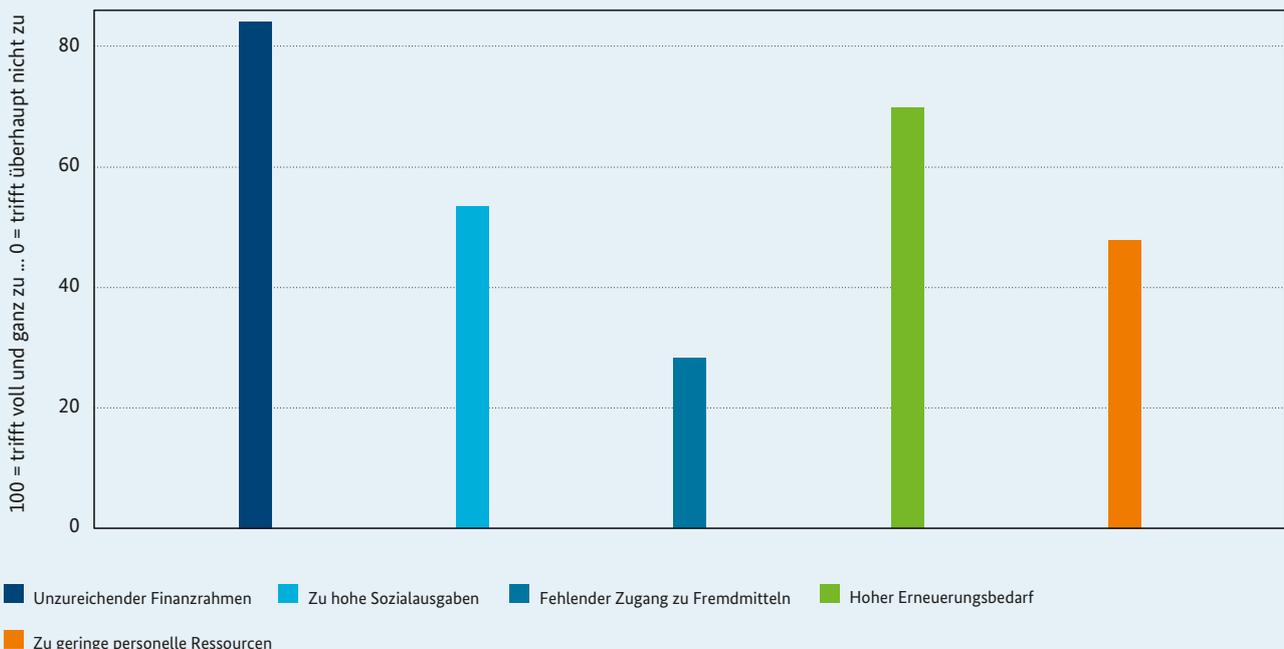
Der auf diese Weise auf das gesamte Bundesgebiet hochgerechnete wahrgenommene kommunale Investitionsrückstand beträgt 156 Milliarden Euro. Dieses Ergebnis spiegelt in gewisser Hinsicht den seit langer Zeit zu beobachtenden Substanzverzehr in vielen Städten, Gemeinden und Landkreisen Deutschlands wider: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hat sich das Nettoanlagevermögen der Kommunen allein in den Jahren 2003 bis 2013 um 46 Milliarden Euro verringert.

### Unzureichende kommunale Finanzmittel werden von vielen Kommunen als Hauptursache des Investitionsrückstands angesehen

Der kommunale Investitionsrückstand wird insbesondere auf die unzureichende kommunale Finanzausstattung zurückgeführt (s. Abbildung 4): Annähernd zwei Drittel der Befragten (62 Prozent) entschieden sich für die Antwortvorgabe „es trifft voll und ganz zu, dass ein unzureichender kommunaler Finanzrahmen eine maßgebliche Ursache des Investitionsrückstands ist“. Weitere 22 Prozent stimmten dieser Aussage „eher zu“. Auch der hohe Erneuerungsbedarf wird von vielen Befragten als Erklärungsfaktor des Investitionsrückstands genannt.

Zu hohe Sozialausgaben und zu geringe personelle Ressourcen werden ebenfalls von einem großen Teil der Befragten als maßgebliche Ursache des Investitionsrückstands gesehen. Eindeutig bestätigt wird zudem, dass der (fehlende) Zugang zu Fremdmitteln kein maßgeblicher Engpassfaktor der kommunalen Investitionstätigkeit ist.

**Abbildung 4: Ursachen des Investitionsrückstands**  
Nach Kategorien (Mittelwerte)



Quelle: BMWi-Online-Befragung (April 2015)

### Detaillierte Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen finden nicht immer statt

Ausgangspunkt der Planung von kommunalen Infrastrukturinvestitionen ist zunächst die Bestimmung des konkreten Bedarfs vor Ort (Bedarfsplanung). Die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit des Einsatzes von öffentlichen Mitteln für die geplanten Vorhaben lässt sich anschließend durch so genannte „Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen“ bestimmen.

Die Online-Befragung des BMWi zeigt allerdings, dass lediglich in sechs Prozent der Kommunen „immer“ und in 33 Prozent der Kommunen „im Regelfall“ detaillierte Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchgeführt werden (s. Abbildung 5). Weitere 27 Prozent der Befragten gaben an, detaillierte Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nur bei Überschreitung eines bestimmten Investitionsvolumens durchzuführen. Zwei Prozent der kommunalen Finanzverantwortlichen antworteten, dass eine Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nur dann erfolge, wenn eine Realisierung des Vorhabens in Form einer so genannten „Öffentlich-Privaten Partnerschaft“ (ÖPP) erwogen wird.

Sofern Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchgeführt werden, findet nur in jeder dritten Kommune eine „umfas-

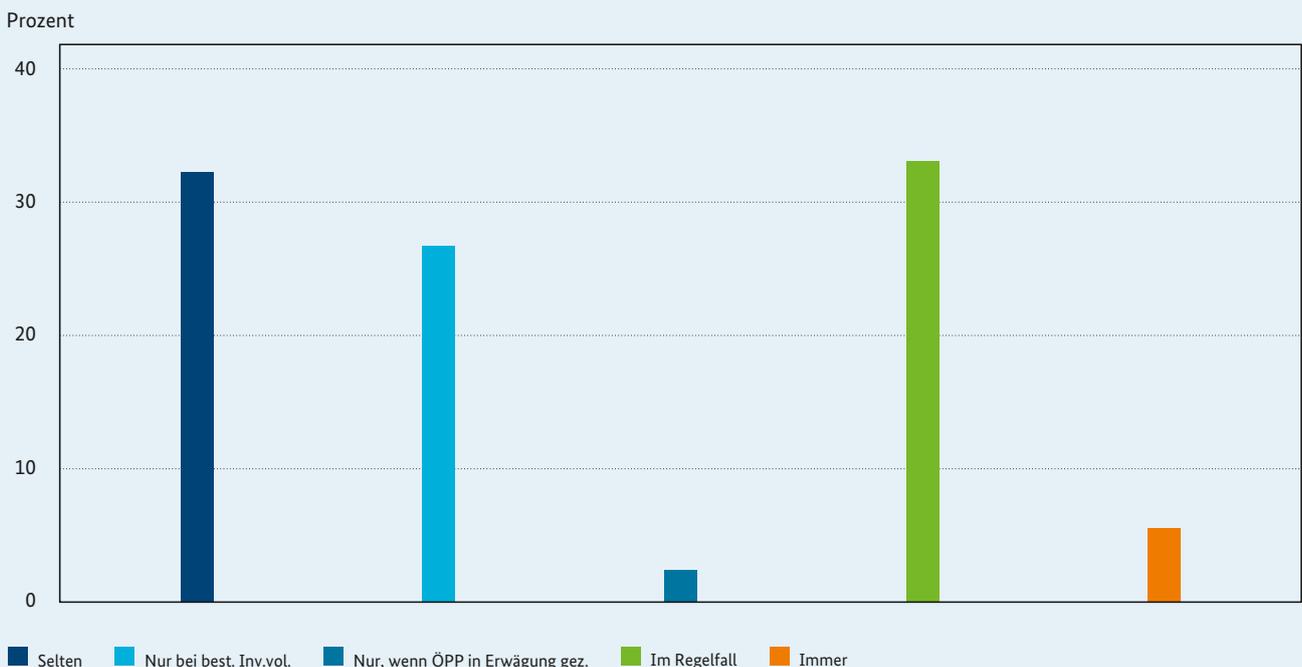
sende“ oder „sehr umfassende“ Betrachtung der Projekte über den Lebenszyklus statt. Projektrisiken werden danach nur in fünf Prozent der Kommunen „sehr umfassend“ und in weiteren 27 Prozent der Kommunen zumindest „umfassend“ berücksichtigt.

### Einschätzung der konventionellen Beschaffung

Die große Mehrheit der Infrastrukturvorhaben in Deutschland wird heute „konventionell“ realisiert. Das bedeutet, dass die jeweiligen Infrastrukturvorhaben durch die Kommune selbst finanziert (durch Kreditaufnahme, Anleihen oder Eigenmittel) und in der Regel auch betrieben werden („Eigenrealisierung“).

Die Online-Befragung zeigt, dass Kosten- und Zeitüberschreitungen ein häufiges Problem bei der Durchführung von kommunalen Infrastrukturvorhaben sind. So gaben 52 Prozent der befragten Finanzverantwortlichen vor Ort an, dass die Baukosten von konventionell realisierten Infrastrukturprojekten „schlechter“ oder gar „weit schlechter“ als geplant seien. Ähnliche Antworten ergaben sich bei einer entsprechenden Frage zur Termintreue der Projekte.

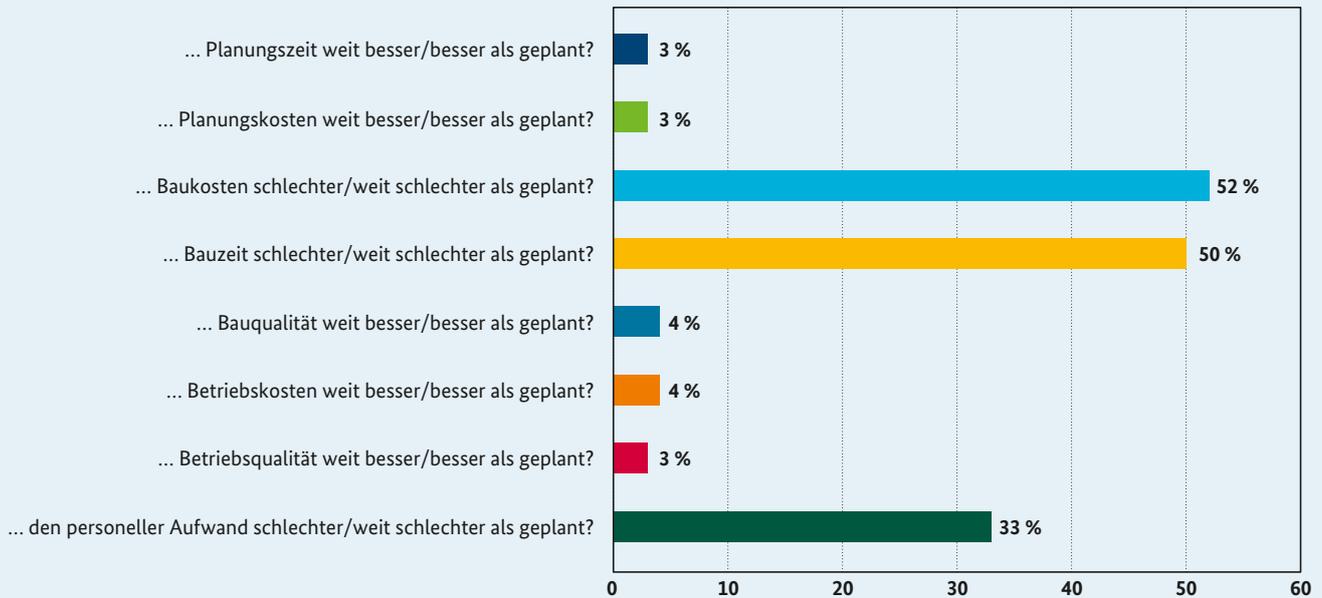
Abbildung 5: Durchführung von detaillierten Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen



Quelle: BMWi-Online-Befragung (April 2015)

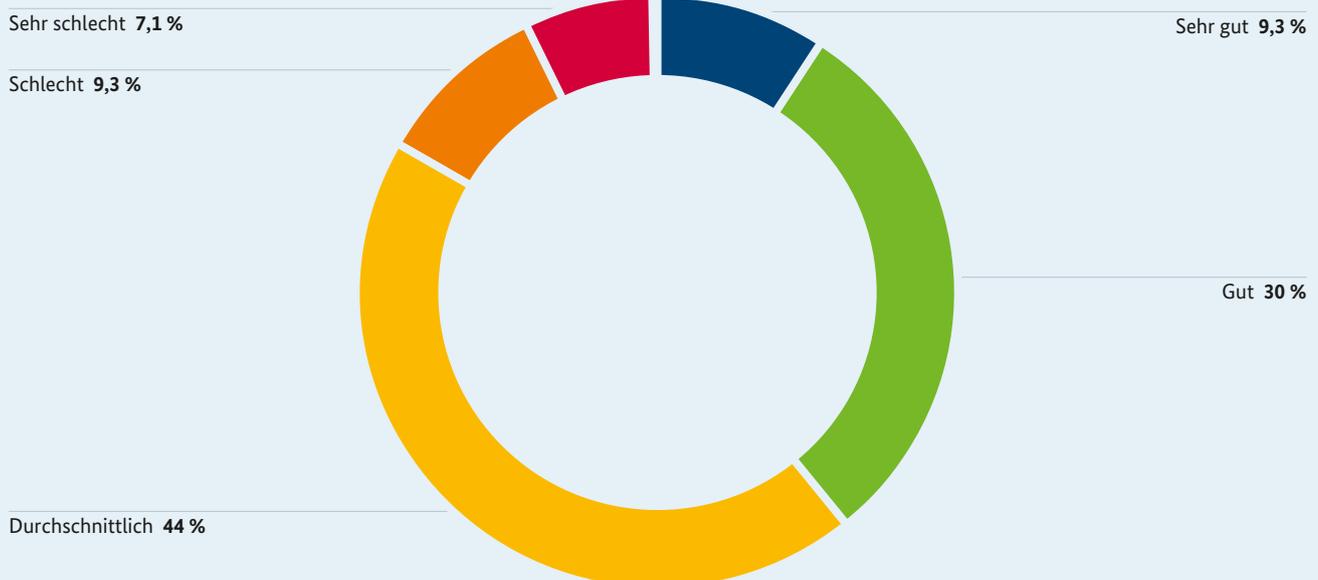
### Abbildung 6: Einschätzung der konventionellen Beschaffung

Wie viel Prozent der befragten kommunalen Finanzverantwortlichen beurteilten die...



Quelle: BMWi-Online-Befragung (April 2015)

### Abbildung 7: Bewertung der bisherigen ÖPP-Projekte Gesamtbeurteilung



Quelle: BMWi-Online-Befragung (April 2015)

### Unterschiedliche Einschätzung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP)

Ein weiterer Themenschwerpunkt der BMWi-Online-Befragung lag auf den Erfahrungen der kommunalen Finanzverantwortlichen mit ÖPP. Unter ÖPP wird in der Kommunalumfrage dabei eine Beschaffungsvariante mit folgenden Merkmalen verstanden:

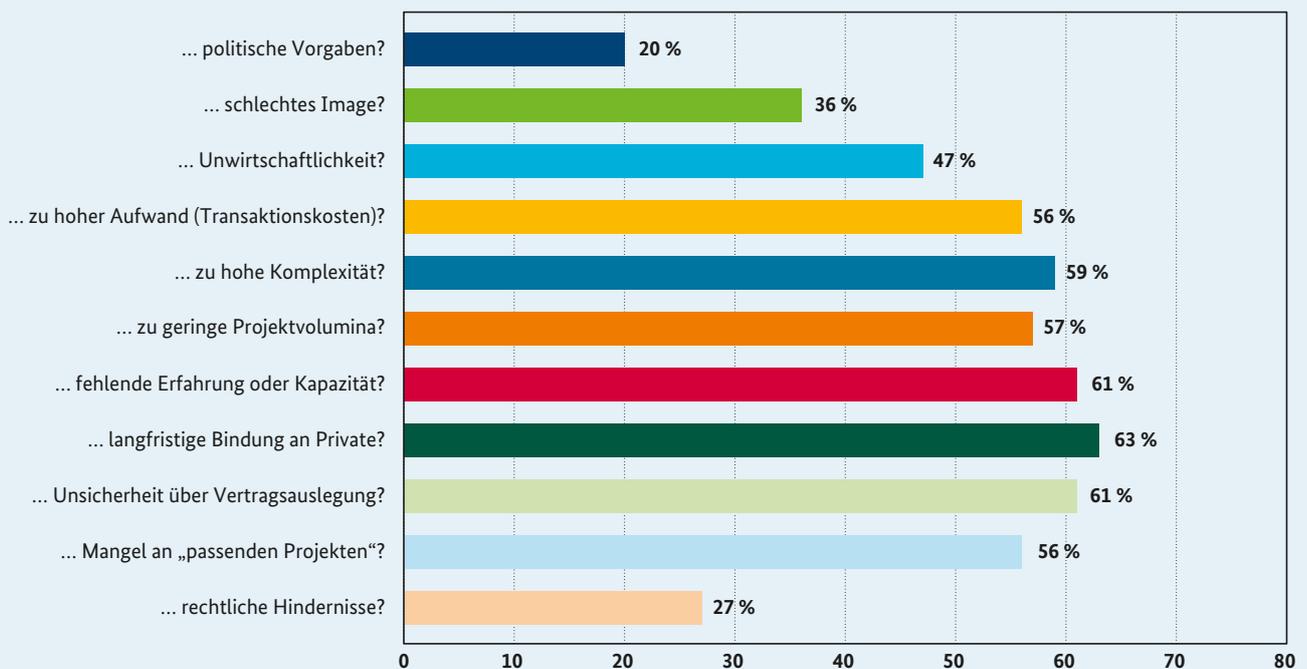
- ▶ **Lebenszyklusansatz:** Die Leistungen, die über den gesamten Projektlebenszyklus (Planung, Bau, Betrieb, ggf. Finanzierung) zu erbringen sind, werden in einer gemeinsamen Ausschreibung vergeben.
- ▶ **Risikoteilung:** Zwischen dem öffentlichen und dem privaten Partner findet eine Risikoteilung statt.
- ▶ **Leistungsorientierte Vergütungsmechanismen:** Der private Partner erhält für die Leistungserbringung eine qualitäts-, nutzungs- oder verfügbarkeitsabhängige Vergütung.

Insgesamt 135 der befragten kommunalen Finanzverantwortlichen gaben an, bereits über ÖPP-Projekterfahrungen zu verfügen. Davon beurteilten rund 40 Prozent ihre Erfahrung mit diesem Beschaffungsmodell als „sehr gut“ oder „gut“ (s. Abbildung 7). Etwa ein Sechstel der Befragten beurteilte die Erfahrung dagegen als „schlecht“ oder gar „sehr schlecht“.

Als Gründe, die gegen die Nutzung von ÖPP sprechen, werden von den kommunalen Finanzverantwortlichen insbesondere die langfristige Bindung an private Akteure, fehlende Erfahrung und Kapazität sowie die Unsicherheit in Fragen der Vertragsauslegung genannt (s. Abbildung 8). Politische Vorgaben und rechtliche Hindernisse werden dagegen nicht als Gründe gegen die Durchführung von ÖPP angesehen.

### Abbildung 8: Gründe gegen ÖPP

Wie viel Prozent der befragten kommunalen Finanzverantwortlichen nennen nachstehende Gründe, die gegen ÖPP-Vorhaben sprechen...



Quelle: BMWi-Online-Befragung (April 2015)

### Kommunen sehen hohen Unterstützungsbedarf in verschiedenen Phasen der Infrastrukturbereitstellung

Ein weiterer Frageblock der Umfrage stellte darauf ab, ob und in welchen Bereichen die Kommunen umfassenden Unterstützungsbedarf bei der Infrastrukturbereitstellung sehen. Hier ist das Ergebnis sehr eindeutig: Die Mehrheit der befragten kommunalen Finanzverantwortlichen sieht eine umfassende Unterstützung in den Bereichen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (69 Prozent), Vertragsgestaltung (62 Prozent) und Controlling/Steuerung (59 Prozent) der Infrastrukturvorhaben als „wichtig“ oder gar „sehr wichtig“ an (s. Abbildung 9).

42 Prozent – und damit fast die Hälfte der Befragten – schätzt den Bedarf an Unterstützung in allen drei vorstehend genannten Bereichen als „wichtig“ oder gar „sehr wichtig“ ein. Lediglich ein Fünftel der Befragten (20 Prozent) schätzt den Bedarf in diesen drei Bereichen als „neutral“, „eher unwichtig“ bzw. „nicht erforderlich“ ein. Auch in weiteren Phasen bei der Planung und Durchführung von Projekten, dies zeigen weitere Umfrageergebnisse, wird Unterstützungsbedarf gesehen. Dies betrifft u. a. Fragen der Ausschreibung, des Vergabeverfahrens, der Angebotsbewertung und von Vertragsänderungen.

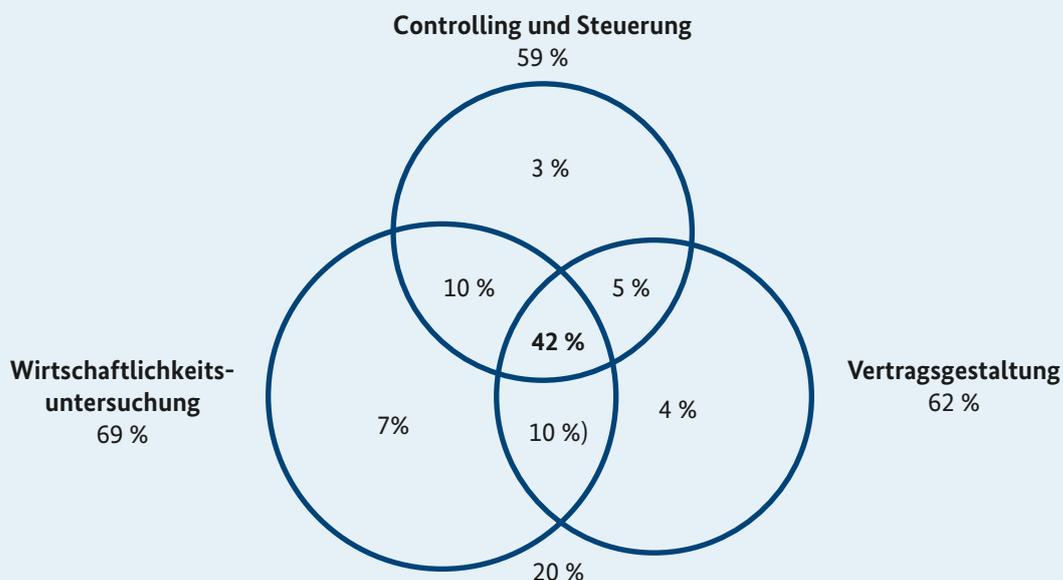
### Ausblick

Auf der Grundlage des Datenmaterials der Online-Befragung wird das BMWi in den kommenden Wochen weitere Analysen durchführen. Im Mittelpunkt wird dabei – neben weiteren deskriptiven Auswertungen – auch eine ökonomische Untersuchung der Frage stehen, ob sich Kommunen mit und ohne ÖPP-Projekterfahrung systematisch in ihrer Einschätzung der konventionellen Beschaffung und Haltung gegenüber ÖPP unterscheiden.

Die vorliegenden Ergebnisse zeigen aber bereits: Aus Sicht der Kommunen besteht ein hoher Bedarf an Unterstützung in verschiedenen Etappen der Infrastrukturbereitstellung, insbesondere bei der Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, aber auch bei der Vertragsgestaltung oder der Steuerung von Projekten. Das BMWi wird in den kommenden Wochen prüfen, inwiefern die Empfehlung der Expertenkommission zur Einrichtung einer Infrastrukturgesellschaft für Kommunen bzw. mehrerer solcher Gesellschaften hier einen echten Mehrwert bieten kann.

Kontakt: Dr. Bastian Alm  
Referat: Finanzpolitik und konjunkturpolitische Koordinierung

**Abbildung 9: Venn-Diagramm zum Unterstützungsbedarf bei kommunaler Infrastrukturbereitstellung (sehr wichtig/wichtig)**



# Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Fokus

## Eine Einordnung zur Entscheidung der Europäischen Kommission, Deutschland ein makroökonomisches Ungleichgewicht zu attestieren

Die Europäische Kommission hat Deutschland auch im Europäischen Semester 2015 einer vertieften Analyse unterzogen und ein makroökonomisches Ungleichgewicht attestiert. Dieses sei weder übermäßig, noch erfordere es eine spezifische Überwachung. Deutschland müsse sein Potenzialwachstum erhöhen und dazu insbesondere öffentliche und private Investitionen im Inland stärken. Die Bundesregierung teilt die Auffassungen der Kommission, dass der deutsche Leistungsüberschuss auf die Wettbewerbsstärke sowie das erfolgreiche Auslandsengagement der Unternehmen zurückgeht und dass die Investitionen gestärkt werden müssen.



### Aktuelle Entscheidungen im makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahren

Durch das im Jahr 2011 von der Europäischen Union (EU) eingeführte Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte (Macroeconomic Imbalance Procedure – MIP) sollen mögliche wirtschaftliche Fehlentwicklungen frühzeitig entdeckt und korrigiert werden. Das Verfahren ist ein wichtiges Element der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der EU (Europäisches Semester).

Die Europäische Kommission hat im November 2014 entschieden, im Rahmen des MIP 16 Mitgliedstaaten einer vertieften Überprüfung zu unterziehen, hierunter auch Deutschland. Die so genannten vertieften Länderanalysen (In-Depth-Reviews – IDR) wurden am 26. Februar 2015 veröffentlicht. Erstmals sind diese eingebettet in so genannte Länderberichte, die sich auch mit dem Stand der Umset-

zung der länderspezifischen Empfehlungen 2014 durch die Mitgliedstaaten beschäftigen.

Die Kommission hat für alle Mitgliedstaaten, die einer vertieften Analyse unterzogen wurden, Ungleichgewichte festgestellt. In fünf der Mitgliedstaaten sind „übermäßige“ Ungleichgewichte festgestellt worden (Kroatien, Bulgarien, Frankreich, Italien und Portugal). Drei weiteren Ländern (Irland, Spanien und Slowenien) attestiert die Kommission Ungleichgewichte, die zumindest eine „entschiedene Politikreaktion und spezifische Überwachung“ erfordern (siehe Kasten 1 für eine ausführliche Erläuterung des Verfahrens).

Auch für Deutschland stellt die Kommission Ungleichgewichte fest, die eine entschiedene Politikreaktion erfordern<sup>1</sup>. Die Ungleichgewichte sind aber nach Auffassung der Kommission in Deutschland weder übermäßig noch Anlass für eine spezifische Überwachung.

1 European Commission, „2015 European Semester: Assessment of growth challenges, prevention and correction of macroeconomic imbalances, and results of in-depth reviews under Regulation (EU) No 1176/2011“.

### Kasten 1: Das Makroökonomische Ungleichgewichtsverfahren (Macroeconomic Imbalance Procedure – MIP)

Durch das im Jahr 2011 eingeführte Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte (Englisch: „Macroeconomic Imbalance Procedure“ – kurz MIP) sollen wirtschaftliche Fehlentwicklungen und Schwächen bei der Wettbewerbsfähigkeit aufgedeckt und – notfalls mit Hilfe von Sanktionen – korrigiert werden.

Startpunkt des Verfahrens ist ein Frühwarnsystem, das anhand von ökonomischen Kennzahlen auf mögliche Fehlentwicklungen hinweist. Die Indikatoren umfassen etwa den realen effektiven Wechselkurs, die Arbeitslosenquote, die Verschuldung des privaten Sektors, Lohnstückkosten und auch den Leistungsbilanzsaldo.

Die Entwicklung dieser Indikatoren kann viele Ursachen haben, die nicht zwingend auf Fehlentwicklungen hindeuten. Deshalb werden Länder, bei denen die Indikatoren Alarm schlagen, zunächst einer eingehenden Untersuchung durch die EU-Kommission unterzogen (vertiefte Länderanalyse). Erst auf dieser Grundlage entscheidet der Rat auf Vorschlag der Kommission über eine Einstufung der untersuchten Staaten. Werden keine Fehlentwicklungen festgestellt, endet das Verfahren für ein Land. Gibt es Fehlentwicklungen, die aber nicht gravierend sind, werden gegenwirkende Präventionsmaßnahmen empfohlen. Das Land befindet sich dann im so genannten „präventiven Arm“ des Verfahrens.

Für die im präventiven Arm behandelten „normalen“ Ungleichgewichte hat die Europäische Kommission eigene Klassifikationsstufen entwickelt, die in den Verordnungen des Verfahrens nicht explizit vorgesehen sind:

1. Ungleichgewichte, die politische Maßnahmen und Überwachung erfordern;
2. Ungleichgewichte, die entschlossene politische Maßnahmen und Überwachung erfordern;
3. Ungleichgewichte, die entschlossene politische Maßnahmen und spezifische Überwachung erfordern sowie
4. Übermäßige Ungleichgewichte, die entschlossene politische Maßnahmen und spezifische Überwachung erfordern.

Wenn Mitgliedstaaten für den Abbau der Ungleichgewichte wichtige Reformempfehlungen nicht befolgen, berücksichtigt die Kommission dies als Argument für eine mögliche Hochstufung („step-up“) zur nächsthöheren Klassifikation.

Bei gravierenden Fehlentwicklungen, die als „übermäßige Ungleichgewichte“ eingestuft werden, kann ein Mitgliedstaat auf Vorschlag der Kommission in den „korrektiven Arm“ des Verfahrens – ähnlich dem Defizitverfahren im Stabilitäts- und Wachstumspakt – überführt werden. Bisher hat die Kommission den korrektiven Arm trotz wiederholter Attestierung übermäßiger Ungleichgewichte jedoch nicht eingeleitet.

Im korrektiven Arm muss der betroffene Mitgliedstaat einen Korrekturplan vorlegen, der von der Europäischen Kommission bewertet wird und gegebenenfalls noch einmal überarbeitet werden muss. Die Umsetzung des Korrekturplans wird überprüft. Werden keine ausreichenden Korrekturmaßnahmen vorgenommen oder werden diese nicht schnell genug umgesetzt, sind Sanktionen möglich. Zunächst wird eine verzinsliche Einlage in Höhe von 0,1 Prozent des BIP auferlegt, die bei weiterer Korrekturverzögerung in eine Geldbuße umgewandelt wird.



## Auslöser für die vertiefte Analyse Deutschlands

Hintergrund und Auslöser für die vertiefte Analyse Deutschlands durch die Kommission war wie schon im vergangenen Jahr der anhaltend hohe Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands. Die diesjährige Analyse der Kommission widmet sich dementsprechend auch zu großen Teilen den Bestimmungsfaktoren und Hintergründen, die den deutschen Leistungsbilanzüberschuss erklären können. Die Bundesregierung begrüßt diese umfassende Analyse, insbesondere die vertiefte Betrachtung der Rückflüsse aus dem Auslandsengagement deutscher Unternehmen. Die Bundesregierung hatte bereits im Nationalen Reformprogramm 2014 darauf hingewiesen, dass diese Einkommen wesentlich zum deutschen Leistungsbilanzüberschuss beitragen (Kapitaleinkünfte deutscher Unternehmen aus dem Ausland, etwa aus Beteiligungen, sind Teil der Leistungsbilanz).

Die Kommission prognostiziert in ihrem Länderbericht für 2015 einen Überschuss von acht Prozent des BIP, der in den Folgejahren jedoch wieder leicht zurückgehen werde<sup>2</sup>. Die entscheidenden Faktoren hinter dem erneuten Anstieg des deutschen Leistungsbilanzsaldos in den Jahren 2014 und 2015 sind sinkende Öl- und Rohstoffpreise. Konkret lässt sich die Erhöhung des Leistungsbilanzüberschusses von 0,7 Prozentpunkten im Verhältnis zum BIP im Jahr 2014 fast gänzlich auf den Rückgang der Importpreise von Öl und Gas zurückführen. Zudem stützt seit Mitte 2014 die deutliche Abwertung des Euro zusätzlich die Exporte in Länder außerhalb der Eurozone.

## Zur Begründung des deutschen Ungleichgewichtes

Auch aus Sicht der EU-Kommission beruht der hohe deutsche Leistungsbilanzüberschuss ganz wesentlich auf der hohen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, die sich in einer hohen Exportnachfrage widerspiegelt. Diese sei aufgrund der engen Verflechtung der europäischen Partnerländer über Wertschöpfungsketten von großer Bedeutung für die gesamte Europäische Union und müsse daher aufrechterhalten werden.

Es geht der Europäischen Kommission also nicht darum, Deutschland aufgrund seiner Exportstärke zu kritisieren. Vielmehr erkennt sie diese explizit an und sieht in ihr einen wichtigen Stützpfeiler für die gesamte europäische Wirtschaft.

„Ungleichgewichtige Entwicklungen“ könnten aus Sicht der Europäischen Kommission allerdings in der mittel- bis langfristigen Entwicklung der deutschen Wirtschaft auftreten. Die Kommission zielt dabei insbesondere auf das zukünftige Potenzialwachstum ab, das in Deutschland aufgrund der demografischen Entwicklung ab 2017 deutlich zurück gehen werde.

Vor allem vor dem Hintergrund der derzeitigen wirtschaftlichen Stärke sieht die Europäische Kommission daher die Notwendigkeit, dass Deutschland diesem absehbaren Trend aktiv entgegensteuert. Wichtige Teile der vertieften Länderanalyse enthalten Empfehlungen zur Stärkung des zukünftigen Wachstums.

<sup>2</sup> Mit dieser Einschätzung liegt sie auf der Linie der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 22. April 2015.

## Stärkung des mittel- bis langfristigen Potenzialwachstums

Die Europäische Kommission legt in ihrer vertieften Analyse zu Deutschland ausführlich dar, dass das Niveau der öffentlichen Investitionen derzeit zu gering sei. Da Investitionen einen wesentlichen Treiber des mittel- bis langfristigen Wachstums darstellten, seien Maßnahmen zur Ausweitung öffentlicher und privater Investitionen aus Sicht der Kommission dringend geboten.

Die Bundesregierung teilt diese Analyse der Kommission und sieht die Stärkung der Investitionsdynamik in Deutschland ebenfalls als eine wichtige wirtschaftspolitische Aufgabe an. Als prioritäres Ziel verfolgt sie bereits einen umfassenden Ansatz zur Steigerung der öffentlichen und der privaten Investitionen. Konkrete Informationen hierzu werden im Artikel „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ in dieser Ausgabe des Monatsberichts dargestellt.

Als weitere Maßnahme zur Steigerung des Potenzialwachstums empfiehlt die Europäische Kommission, den demografisch bedingten Rückgang an Erwerbspersonen durch eine bestmögliche Ausschöpfung des deutschen Arbeitskräftepotenzials zu dämpfen. Deutschland steht dabei vor der Aufgabe, die Erwerbsbeteiligung weiter zu erhöhen. Ein Fokus der Bundesregierung liegt hier u. a. auf der Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund, die einen weiter wachsenden Anteil des Arbeitskräftepotenzials stellt.

## Spillover-Effekte im Eurowährungsgebiet

Neben der binnenwirtschaftlichen Analyse betrachtet die Europäische Kommission auch die Herausforderungen und Risiken, die sich aus den Verflechtungen der Mitgliedstaaten innerhalb der EU und insbesondere innerhalb der Europäischen Währungsunion ergeben.

Aus Sicht der Europäischen Kommission kommt Deutschland als großem und wichtigem Absatzmarkt für EU-Mitgliedstaaten innerhalb und außerhalb der Währungsunion eine hohe Bedeutung zu. Mittels importierter Vorleistungen aus EU-Ländern unterstützt Deutschland mit Hilfe seiner weltweit gefragten Produkte indirekt über Wertschöpfungsketten das Wachstum in anderen europäischen Staaten. Diese profitieren daher ebenfalls vom deutschen Exporterfolg und der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.



Deutschland sei als große und handelsstarke Volkswirtschaft eng in die Eurozone eingebunden und trage daher auch eine besondere Verantwortung für die gesamte Währungsunion. Diese Verantwortung nimmt die Bundesregierung ernst.

Die Europäische Kommission betont allerdings, dass Deutschland durch einen starken und teils schuldenfinanzierten Aufwuchs öffentlicher Ausgaben im Inland auch das Wachstum in anderen Mitgliedstaaten der Eurozone stärken solle. Dabei argumentiert sie, dass sich eine kräftige Erhöhung öffentlicher Investitionen (in der Größenordnung von bis zu 30 Milliarden Euro jährlich) durch Übertragungseffekte auch deutlich auf das Wachstum anderer Volkswirtschaften auswirken würde. Diese Argumentation ist nur bedingt nachvollziehbar.

Deutschland hat sich vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und angesichts der europäischen Fiskalregeln bewusst dafür entschieden, seinen erfolgreichen Kurs der Haushaltskonsolidierung fortzusetzen und dabei zukünftig strukturell ausgeglichene öffentliche Haushalte vorzulegen.



Des Weiteren lassen sich öffentliche Investitionen kurzfristig auch nicht beliebig ausweiten. Für die Planung und Durchführung von Investitionsprojekten ist Zeit erforderlich. Bei einem allzu hohen Druck zur raschen Verausgabung öffentlicher Mittel besteht die Gefahr von Fehlallokationen.

Auch die von der Kommission errechneten Übertragungseffekte können die Empfehlung nicht stützen. Die in der vertieften Analyse verwendete Simulation zeigt bei einem Anstieg staatlicher Investitionen in Deutschland in Höhe von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der Folge einen Übertragungseffekt auf das Wachstum anderer Eurozonenländer von lediglich 0,03 Prozent. Auch der Effekt auf die Handelsbilanzen der Nachbarländer ist mit maximal 0,04 Prozent gering.

Die Bundesregierung kommt auf Basis eigener Simulationen ebenfalls zu dem Ergebnis, dass die Wirkungen einer Ausweitung staatlicher Investitionen auf das Wachstum der europäischen Partner sehr begrenzt sind (s. Kasten 2 für weiterführende Details).

### Kasten 2: Auswirkungen höherer öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die Wirtschaft des Euroraums

Im aktuellen Länderbericht zu Deutschland greift die EU-Kommission zur Bewertung der Übertragungseffekte höherer öffentlicher Investitionen (Spillover-Effekte) auf Modellrechnungen zurück. Eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen in Deutschland um ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts führt demnach zwar zu einem deutlichen realen Impuls in Deutschland, jedoch erhöht sich die Wirtschaftsleistung im restlichen Euroraum nur um 0,03 Prozent. Diese Effekte sind angesichts der Tatsache, dass es sich um eine enorme Erhöhung der öffentlichen Investitionen um fast 50 Prozent handelt, als gering anzusehen. Aus Sicht der EU-Kommission dürften die Spillover-Effekte derzeit allerdings aufgrund des aktuellen „Nullzinsumfeldes“ höher ausfallen.

Simulationen des BMWi auf Basis des Global Economic Model, welches von Oxford Economics bereitgestellt wird, deuten ebenfalls auf begrenzte Spillover-Effekte einer Ausdehnung der öffentlichen Investitionen um jährlich ein Prozent des BIP im Zeitraum von 2015 bis 2018 hin. Die ausführlichen Ergebnisse einer modellbasierten Szenarienanalyse werden in der Juli-Ausgabe der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik dargestellt.

### Fazit

Die vertiefte Analyse der Europäischen Kommission zeigt: Die Ursachen des Leistungsbilanzüberschusses in Deutschland sind vielfältig und komplex. Gleichzeitig kritisiert die Kommission nicht die Exportstärke Deutschlands als Grund für ein makroökonomisches Ungleichgewicht. Stattdessen sieht die Kommission wie auch das BMWi die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Binnendynamik Deutschlands weiter zu stärken. Es gilt dabei, das Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft insbesondere mittel- bis langfristig weiter zu erhöhen.

Kontakt: Johannes Ziemendorff

Referat: Europäische Wirtschafts- und Währungsfragen

# Das Nationale Reformprogramm 2015

Am 1. April 2015 hat das Bundeskabinett das Nationale Reformprogramm 2015 (NRP 2015) verabschiedet. Deutschland berichtet der Europäischen Kommission im NRP, wie es seine wirtschaftspolitischen Verpflichtungen umsetzt. Dazu gehören insbesondere die länderspezifischen Empfehlungen des Rates sowie die Kernziele der „Europa 2020“-Strategie. Das NRP 2015 zeigt, dass Bund und Länder diese Verpflichtungen ernst nehmen. Deutschland hat hier deutliche Fortschritte gemacht.



Bei der Umsetzung der so genannten länderspezifischen Empfehlungen – der Empfehlungen des Rates der Europäischen Union an Deutschland – hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr einige Fortschritte erzielt. So nutzt sie vorhandene Spielräume für mehr und effizientere Investitionen. Zugleich bringt sie die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weiter voran. Gemeinsam verbessern Bund und Länder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit insbesondere die Erwerbschancen von Müttern und Vätern. Um die Kosten der Energiewende so gering wie möglich zu halten, hat die Bundesregierung das Erneuerbare-Energien-Gesetz reformiert und weitere zentrale Vorhaben hierzu in einer Zehn-Punkte-Agenda gebündelt.

Auch im Hinblick auf die „Europa 2020“-Strategie für Wachstum und Beschäftigung kann Deutschland große Erfolge verzeichnen. Bei der Erhöhung der Erwerbsquoten und der Verbesserung des Bildungsniveaus wurden die

Ziele bereits erreicht oder sogar übererfüllt. So lag die Erwerbstätigenquote von 20- bis 64-Jährigen im dritten Quartal 2014 mit 78,1 Prozent über dem Europa-2020-Zielwert von 77 Prozent, die von Älteren zwischen 55 bis 64 Jahren mit 66,1 Prozent über dem Zielwert von 60 Prozent und die Erwerbstätigenquote von Frauen lag mit 73,4 Prozent über dem Zielwert von 73 Prozent. Der Anteil der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger konnte mit 9,9 Prozent unter die Marke von zehn Prozent gesenkt werden. Der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit einem tertiären oder gleichwertigen Abschluss lag im Jahr 2013 mit 44,5 Prozent über der nationalen Zielmarke von 42 Prozent.

Wie im vergangenen Jahr nimmt die Bundesregierung im NRP Stellung zur vertieften Analyse der Europäischen Kommission im Rahmen des Makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahrens (s. auch Artikel „Deutscher Leistungsbilanzüberschuss im Fokus“, Seite 43).



Das NRP enthält darüber hinaus das Aktionsprogramm 2015 für den Euro-Plus-Pakt. Die Bundesregierung verpflichtet sich darin zu Maßnahmen, um u. a. die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Diese Maßnahmen werden in den nächsten zwölf Monaten umgesetzt. Die Bundesregierung hat sich z. B. dazu verpflichtet, den Breitbandausbau zu stärken und mit dem so genannten „One in, one out“-Prinzip Belastungen durch Bürokratie dauerhaft zu begrenzen.

Die Europäische Kommission wird die Nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten in den kommenden Wochen bewerten. Diese Bewertung wird die Grundlage sein für die Formulierung der neuen länderspezifischen Empfehlungen des Rates der Europäischen Union, die der Rat am 14. Juli 2015 beschließen wird.

Die Nationalen Reformprogramme der EU-Mitgliedstaaten sind ein Eckpfeiler des so genannten Europäischen Semesters, das jährlich durchgeführt wird. Es gehört zu einer Reihe von neuen Verfahren zur besseren Koordinierung der Wirt-

schafts- und Finanzpolitik der europäischen Mitgliedstaaten, die in den vergangenen Jahren geschaffen wurden. Das deutsche NRP wird unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und in Zusammenarbeit mit den Ländern erstellt. Der Bundestag wurde während des Erstellungsprozesses regelmäßig informiert. Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und kommunale Spitzenverbände ebenso wie weitere zivilgesellschaftliche Gruppen hatten Gelegenheit, zum Entwurf des Berichts Stellung zu nehmen.

Das NRP 2015 finden Sie in der BMWi Mediathek unter:



<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=701486.html>

Kontakt: Dr. Dorothee Schneider  
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

# Expo Milano 2015

## Die Weltausstellung und der deutsche Auftritt

Vom 1. Mai bis 31. Oktober 2015 findet in Mailand die Expo 2015 statt. Das Motto lautet: „Feeding the Planet, Energy for Life“. Im Mittelpunkt steht die globale Herausforderung, bis zum Jahr 2050 die Ernährung von neun Milliarden Menschen sicherzustellen.



Zur Produktion von ausreichenden und qualitativ hochwertigen, nachhaltig hergestellten Lebensmitteln bedarf es zukunftsorientierter Lösungen. Die EXPO wird hierzu Technologien, Innovationen sowie Kultur und Tradition mit dem Thema Ernährung verbinden.

### 148 Teilnehmer präsentieren ihre Ideen zur Welternährung

145 Nationen und drei internationale Organisationen nehmen teil. 53 Staaten haben eigene Pavillons errichtet. In neun Gemeinschaftspavillons werden folgende Themen aufgegriffen: Biodiversität, Lebensmittel und Kunst, Landwirtschaft in ariden Gebieten, Inseln und Meeresfrüchte, mediterrane Kost, Reis, Kaffee, Kakao, Getreide und Knollenfrüchte, Obst und Gemüse sowie Gewürze. Hier werden auch die Teilnehmerländer ohne eigenen Pavillon vertreten sein.

### Insgesamt 21 Millionen Besucher werden erwartet

Aus der EU werden bis zu vier Millionen, aus Gebieten außerhalb der EU bis zu drei Millionen und aus dem Gastland selbst bis zu 14 Millionen Besucher erwartet. Die geografische Nähe und die Attraktivität Italiens als Reiseland dürften zu einem großen Besucherstrom aus Deutschland führen.

### Der Deutsche Pavillon auf der EXPO Milano 2015

Die Ausstellungsfläche des von Deutschland errichteten Pavillons beträgt ca. 2.700 m<sup>2</sup> auf einem 4.900 m<sup>2</sup> großen Grundstück. Die Besucherkapazität des Pavillons liegt bei täglich bis zu 16.000 Personen und damit bei insgesamt ca. drei Millionen Besuchern. Der Deutsche Pavillon orien-



tiert sich am Leitmotiv „Fields of Ideas“. Deutschland präsentiert sich damit als eine lebendige, fruchtbare „Landschaft“ voller Ideen. Der Pavillon macht erlebbar, wie bedeutsam ein wertschätzender Umgang mit der Natur für die Ernährung in der Zukunft ist. Der Bundestag hat hierfür insgesamt 48 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

### Das Konzept des Deutschen Pavillons

Das Konzept zeichnet sich durch eine besondere Verzahnung von räumlicher und inhaltlicher Präsentation aus. Das deutsche Motto findet Ausdruck in der Architektur, die an die typisch deutsche Feld- und Flurlandschaft in Form einer sanft ansteigenden Landschaftsebene erinnert. Zentrales Gestaltungselement des Pavillons sind stilisierte Pflanzen, die als „Ideen-Keimlinge“ aus der Ausstellung an die Oberfläche wachsen, wo sie ein großes Blätterdach entfalten. Sie verbinden Innen- und Außenraum, Ausstellung und Architektur.

Der Pavillon ruft auf sympathische Weise zum Handeln und zu einem wertschätzenden Umgang mit der Natur auf. Mit seinen Lösungsvorschlägen und Denkansätzen leistet er einen Beitrag zur Bewältigung der von der EXPO thematisierten Herausforderungen. Er soll ein authentisches Deutschlandbild vermitteln: einladend, lebensfroh und humorvoll.

Alle Bundesländer sind mit einer Station im Pavillon vertreten. Acht Bundesländer haben sich für die Gestaltung einer eigenen Länderwoche entschieden.

### Der Nationentag

Den auf EXPOs traditionellen Nationentag wird Deutschland am 18. Juni 2015 feiern. Geplant ist u. a. eine Teilnahme von Bundespräsident Gauck. Der Tagesablauf folgt einem protokollarischen Programm der EXPO.

Kontakt: Dietmar Schmitz  
Referat: Messepolitik, Expo-Beteiligungen



## II. Wirtschaftliche Lage

# Internationale Wirtschaftsentwicklung

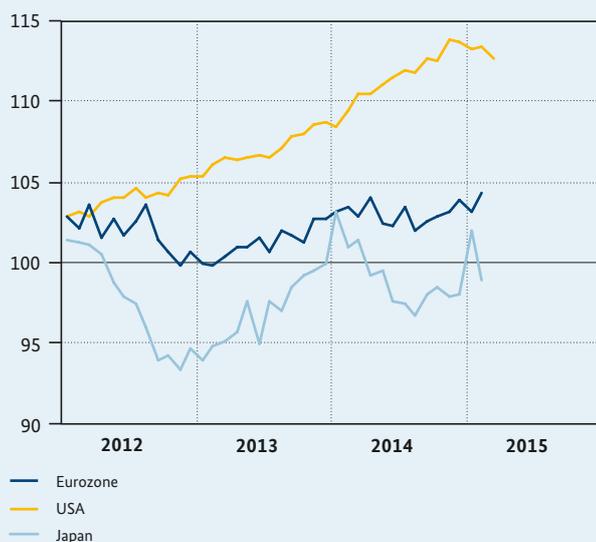
## Weltwirtschaft: Leicht beschleunigtes Wachstum.

Das Expansionstempo der Weltwirtschaft hat sich nach dem verlangsamten Wachstum im vergangenen Sommerhalbjahr wieder etwas beschleunigt.<sup>1</sup> Zwar ging die Weltindustrieproduktion im Januar im Vergleich zum Vormonat leicht zurück, sie entwickelt sich im langfristigen Trend jedoch positiv. In den Schwellenländern ist weiterhin ein ungewohnt schwaches Wachstum zu beobachten. Eine deutliche Abschwächung der Dynamik zeigt sich in China. Die kritische wirtschaftliche Lage in Russland hält angesichts der geopolitischen Spannungen und des niedrigen Ölpreises weiter an. Der IWF rechnet für 2015 mit einem Einbruch des BIP um 3,8%. Auch für die rohstoffexportierenden Länder Südamerikas stellt der niedrige Ölpreis eine deutliche Belastung dar. In den Industriestaaten kommen weiterhin wichtige positive Impulse aus den Vereinigten Staaten und Großbritannien, auch wenn sich der starke Dollar dämpfend auf den US-Außenbeitrag auswirkt. Die Erholung des Euroraums setzt sich weiter fort und gewinnt leicht an Dynamik. Der Internationale Währungsfonds (IWF) behält in seinem World Economic Outlook vom April seine Prognose für das weltwirtschaftliche Wachstum von +3,5% im Jahr 2015 und +3,8% im Jahr 2016 bei.

## USA: Weiterhin solides Wachstum.

Die Entwicklung der US-Wirtschaft setzt ihren positiven Trend fort. Im Gesamtjahr 2014 erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt trotz des witterungsbedingt ungünstigen Jahresbeginns um 2,4%. Nach einem starken dritten Quartal 2014 mit einer Zunahme um annualisiert 5,0% nahm das BIP im Jahresschlussquartal um annualisiert 2,2% zu. Der durch den starken Dollar geschwächte Außenbeitrag und geringere staatliche Ausgaben wirkten hierbei dämpfend. Positive Impulse gingen hingegen von den privaten Konsumausgaben und den privaten Investitionen aus. Der private Konsum wird durch eine leicht gebremste, aber immer noch deutlich positive Entwicklung des Arbeitsmarktes gestützt. Die Zahl der neu geschaffenen Stellen außerhalb der Landwirtschaft erhöhte sich im März weiter um saisonbereinigt 126.000 Personen. Das Verbrauchervertrauen nahm im gleichen Monat wieder zu und folgt weiterhin einem klar aufwärtsgerichteten Trend. Belastet durch den starken Dollar und den harten Winter nahm die Industrieproduktion im März um 0,6% ab. Im gesamten ersten Quartal ging sie leicht um 0,2% zurück. Der ISM-Einkaufsmanagerindex in der Industrie schwächte sich im März den fünften Monat in Folge etwas ab. Die US-Wirt-

**Industrieproduktion International**  
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

## Internationale Wirtschaftsentwicklung

### Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2013 Q4	2014 Q1	2014 Q2	2014 Q3	2014 Q4
Euroraum	0,3	0,3	0,1	0,2	0,3
USA	0,9	-0,5	1,1	1,2	0,5
Japan	-0,3	1,3	-1,6	-0,7	0,4

### Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
Euroraum	11,5	11,4	11,4	11,3	-
USA	5,8	5,6	5,7	5,5	5,5
Japan	3,5	3,4	3,6	3,5	-

### Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
Euroraum	0,3	-0,2	-0,6	-0,3	-0,1
USA	1,3	0,8	-0,1	0,0	-0,1
Japan	2,4	2,4	2,4	2,2	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

<sup>1</sup> In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. April 2015 vorlagen.

schaft bleibt dennoch weiterhin Wachstumstreiber unter den Industriestaaten. Der IWF hat seine Prognose abwärts korrigiert und erwartet jetzt für die Jahre 2015 und 2016 ein konstantes BIP-Wachstum von 3,1%.

#### Japan: Lediglich moderate Expansion.

Im Gesamtjahr 2014 stagnierte die japanische Wirtschaft. Nach einer deutlichen Abschwächung im Sommerhalbjahr durch die Anhebung der Verbrauchsteuer im April 2014 war im Jahresschlussquartal eine leichte Erholung zu beobachten. Das Bruttoinlandsprodukt nahm um 0,4% gegenüber dem Vorquartal zu. Der schwache Yen, der vor allem Folge der expansiven Politik der Zentralbank ist, hatte über steigende Exporte einen positiven Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die Unternehmen erwarten laut TANKAN-Bericht der Zentralbank auch für das erste Quartal 2015 eine weitere Erholung der industriellen Dynamik. Die Einschätzung im Economy Watchers Survey des japanischen Kabinettsamts hellte sich im März weiter auf. Die Industrieproduktion schwächte sich allerdings im Februar nach dem Erholungskurs der letzten zwei Monate leicht ab. Auch die Belebung der Exportdynamik wurde im Februar durch einen leichten Rückgang der Exporte unterbrochen. Außerdem gingen die tendenziell aufwärtsgerichteten Beschäftigungszahlen im Februar zurück. Nach der Erholungsphase der letzten Monate zeichnet sich damit eine Verlangsamung der konjunkturellen Dynamik ab. Im Trend bleibt die Entwicklung jedoch weiter aufwärtsgerichtet. Der IWF korrigierte seine Projektion vom Januar für das aktuelle und nächste Jahr um jeweils 0,4 Prozentpunkte nach oben und rechnet laut der aktuellen Projektion vom April für die Jahre 2015 bzw. 2016 mit einem BIP-Wachstum von 1,0% bzw. 1,2%.

#### Euroraum: Leichte konjunkturelle Belebung.

Im Euroraum setzt sich die leichte wirtschaftliche Belebung weiter fort. Im vierten Quartal 2014 nahm das BIP leicht beschleunigt um 0,3% zu, nach +0,2% im dritten und +0,1% im zweiten Quartal. Die Wachstumsrate lag damit für das Gesamtjahr 2014 bei 0,9%. Die konjunkturelle Lage stellt sich in den einzelnen Ländern jedoch weiterhin sehr unterschiedlich dar. Verhältnismäßig kräf-

#### Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



tige Impulse kamen zum Jahresende unter anderem aus Deutschland (+0,7%), Spanien (+0,7%), den Niederlanden (+0,5%) und Portugal (+0,5%). Italien ( $\pm 0,0\%$ ) und Frankreich (+0,1%) stagnierten dagegen weitgehend. Die griechische und die zyprische Wirtschaft schrumpften und auch in Österreich und Finnland ging das BIP im vierten Quartal leicht zurück. Außerhalb des Euroraums setzte das Vereinigte Königreich seinen Aufschwung etwas verlangsamt fort (+0,5%). Insgesamt zeichnet sich eine verhaltene konjunkturelle Erholung im Euroraum ab. Die Industrieproduktion legte im Februar leicht zu und entwickelt sich auch im langfristigen Trend nach ihrem Tiefpunkt im August 2014 wieder klar aufwärts. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ging im Februar leicht auf 11,3% zurück. Der Business Climate Indicator für das Eurogebiet hellte sich im Februar wieder auf. Nach dem starken Rückgang durch den Ölpreisverfall in den letzten Monaten stieg auch die Jahresrate der Verbraucherpreise im März wieder leicht an. Sie blieb jedoch mit -0,1% bereits den vierten Monat in Folge im negativen Bereich. Insgesamt dürfte die Erholung im Euroraum im Verlauf des Jahres allmählich voranschreiten. Vor allem die niedrigen Ölpreise und der schwache Eurokurs dürften einen positiven Effekt auf die konjunkturelle Entwicklung haben. Der IWF erwartet für 2015 ein BIP-Wachstum im Eurogebiet von 1,5%. Für 2016 wird mit einer leichten Beschleunigung auf 1,6% gerechnet.

# Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

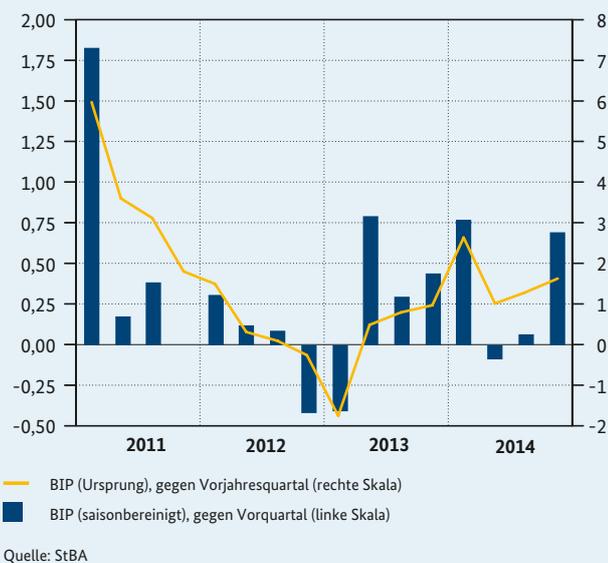
## 1. Gesamtwirtschaft

Aufschwung setzt sich in moderatem Tempo fort.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Frühjahr 2015 im Aufschwung.<sup>2</sup> Bereits im vierten Quartal des vergangenen Jahres stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) kräftig um 0,7%.<sup>3</sup> Dazu hat einerseits der private Konsum beigetragen, der von der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt sowie dem Einbruch der Ölpreise profitiert hat. Andererseits haben sich die Investitionen etwas belebt. Im Bausektor dürfte die milde Witterung im November und Dezember positiv gewirkt haben. Der gesamtwirtschaftliche Aufschwung wird sich fortsetzen. Darauf deuten unter anderem die einschlägigen Stimmungsindikatoren hin, die sich allesamt verbessert haben. Zudem gehen sowohl vom niedrigen Ölpreis als auch vom schwachen Euro positive Impulse auf die Konjunktur aus. Dabei dürfte der schwache Euro nicht zuletzt über die konjunkturelle Belebung des Euroraums indirekt positive Wirkung auf die deutsche Wirtschaft entfalten. Gleichzeitig deuten die Industrieindikatoren sowie die Umsätze im Einzelhandel derzeit darauf hin, dass sich das Wachstum in einem moderateren Tempo fortsetzen wird.

### Bruttoinlandsprodukt

(Veränderungen in %, preisbereinigt)



Eine witterungsbedingte Sonderkonjunktur im Bau zeichnet sich trotz des sehr milden Winters zu Jahresbeginn nicht ab.

## 2. Produzierendes Gewerbe

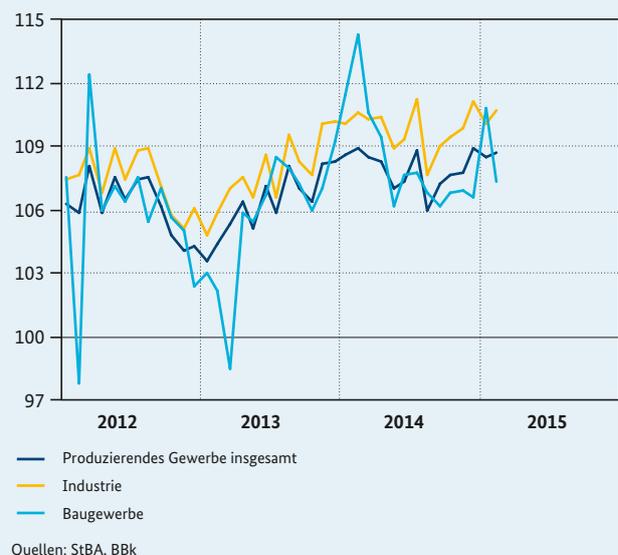
Positive Industriekonjunktur setzt sich moderat fort.

Keine starke witterungsbedingte Sonderkonjunktur im Baugewerbe.

Im Februar stieg die Produktion im Produzierenden Gewerbe leicht um 0,2%. Allerdings fiel das Ergebnis im Januar schwächer aus als bisher angenommen. Es wurde von ursprünglich +0,6% auf -0,4% nach unten korrigiert. In der Tendenz zeigt sich die Entwicklung trotz des schwachen Jahreseinstiegs aber weiterhin moderat aufwärtsgerichtet. Auch die Stimmungsindikatoren deuten eine Fortsetzung des positiven Trends an, sodass die Produktion im ersten Quartal 2015 insgesamt leicht zulegen dürfte.

### Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen

(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



2 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. April 2015 vorlagen.

3 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

Positive Impulse für die Belebung gingen im Februar von der Industrieproduktion aus. Sie nahm um 0,5% zu. Allerdings wurde das Januarergebnis merklich auf -1,0% nach unten korrigiert. Das durchschnittliche Produktionsniveau in den ersten beiden Monaten 2015 lag dennoch über dem bereits starken Ergebnis des vierten Quartals 2014. Insgesamt zeigt sich weiterhin eine solide Aufwärtsbewegung. Im Durchschnitt der letzten drei Monate lag das Produktionsvolumen der Industrie 1,1% über dem der entsprechenden Vorperiode.

## Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %  
(Volumen, saisonbereinigt)

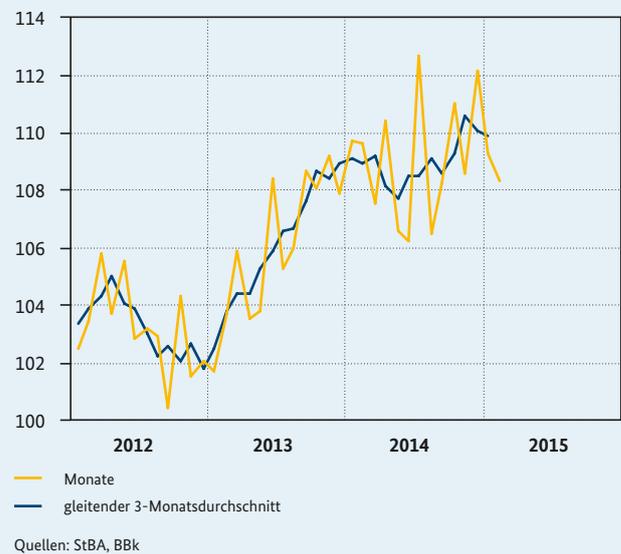
	Q3	Q4	Dez.	Jan.	Feb.
<b>Produktion</b>					
Insgesamt	-0,2	0,7	1,2	-1,0	0,5
Vorleistungsgüter	-0,8	0,8	1,7	-0,4	0,2
Investitionsgüter	0,3	0,7	0,8	-1,2	1,2
Konsumgüter	-0,5	0,9	1,3	-1,9	-0,3
<b>Umsätze</b>					
Insgesamt	-0,2	1,6	0,9	1,0	-0,7
Inland	-0,8	0,6	1,4	0,8	-1,3
Ausland	0,5	2,5	0,4	1,2	-0,3
<b>Auftragseingänge</b>					
Insgesamt	1,3	1,4	3,3	-2,6	-0,9
Inland	-1,5	2,1	3,8	-1,7	0,0
Ausland	3,3	1,0	3,0	-3,2	-1,6
Vorleistungsgüter	-0,6	1,7	3,1	-2,3	-1,2
Investitionsgüter	2,9	1,2	4,2	-3,2	-1,1
Konsumgüter	-1,3	1,0	-1,9	0,4	2,9

Quellen: StBA, BBk

Die Produktion von Investitionsgütern hat mit +1,2% am stärksten zum Anstieg im Februar beigetragen, während die Erzeugung der Vorleistungsgüterproduzenten nur leicht um 0,2% anstieg. Die Produktion von Konsumgütern ging um 0,3% zurück. Alle industriellen Hauptgruppen, insbesondere die Vorleistungsgüterbranche, bleiben in der Tendenz aufwärtsgerichtet.

Die Industrieumsätze gingen im Februar dagegen zurück. Sie fielen um 0,7% geringer aus als im Vormonat. Dies betraf vor allem das Inland. Im Dreimonatsvergleich legten

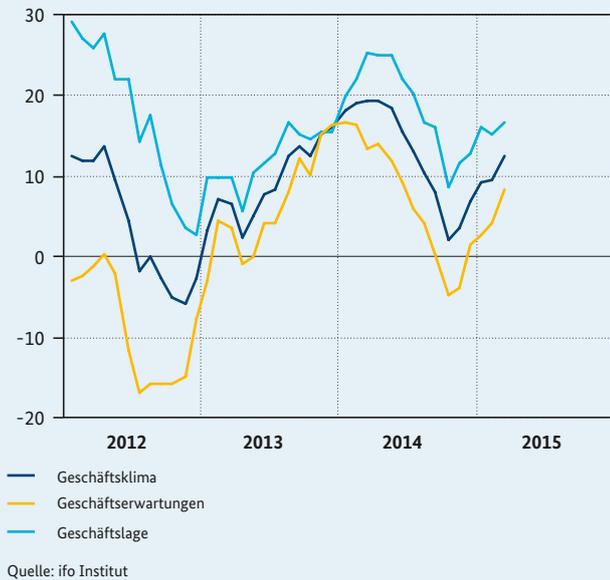
## Auftragseingang in der Industrie (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



die Gesamtumsätze weiterhin um 1,6% zu. Die Impulse kamen dabei sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Die Bestelltätigkeit hat, nach dem starken dritten und vierten Quartal 2014, zu Beginn des Jahres an Dynamik verloren. Nach dem Rückgang im Januar fielen die Auftragseingänge mit -0,9% auch im Februar geringer aus als im Vormonat. In beiden Monaten war das Volumen der Großaufträge vergleichsweise gering. Der erneute Rückgang im Februar machte sich vor allem im Bereich der Vorleistungs- und Investitionsgüter bemerkbar. Im Bereich der Konsumgüter stieg die Zahl der Neubestellungen dagegen auf das höchste Niveau seit einem Jahr. Gemessen am Dreimonatsvergleich entwickeln sich die Auftragseingänge in der Tendenz leicht positiv. Aufgrund des verhaltenen Jahresanstiegs dürfte das Quartalsergebnis aber schwächer ausfallen als im Jahresschlussquartal 2014. Insbesondere die Nachfrage aus dem Ausland war in den vergangenen beiden Berichtsmonaten rückläufig.

Trotz der gemischten Entwicklung bei Auftragseingang, Produktion und Umsatz, hellt sich die Stimmung in der Industrie weiter auf. Das ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe stieg im März das fünfte Mal in Folge. Sowohl die aktuelle Geschäftssituation als auch die Erwartungen haben sich im Vergleich zum Februar verbessert. Auch die ZEW-Konjunkturerwartungen und der Einkaufsmangerindex verbesserten sich weiter.

### ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe (saisonbereinigt, Salden)



### Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %  
(Volumen, saisonbereinigt)

#### Produktion

	Q3	Q4	Dez.	Jan.	Feb.
Insgesamt	-0,8	-0,1	-0,3	3,9	-3,1
Bauhauptgewerbe	-0,1	1,3	1,2	2,0	-3,4
Ausbaugewerbe	-1,5	-1,8	-2,0	6,2	-2,7

#### Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q3	Q4	Nov.	Dez.	Jan.
Insgesamt	-2,4	-0,1	0,3	1,0	9,8
Hochbau	-0,8	3,8	-0,8	4,1	0,1
Wohnungsbau*	-9,0	15,4	-2,7	11,6	-1,3
Gewerblicher*	7,3	-2,9	1,6	-1,5	0,5
Öffentlicher*	-5,8	-2,3	-3,7	2,9	3,2
Tiefbau	-4,2	-4,4	1,6	-2,5	22,0
Straßenbau*	-5,5	-3,1	3,0	-2,2	5,6
Gewerblicher*	-4,1	-2,5	3,2	2,8	19,0
Öffentlicher*	-2,6	-8,4	-2,6	-9,7	50,3
Öffentlicher Bau insg.	-4,4	-4,9	-0,2	-4,0	20,0

Quellen: StBA, BBk

\* Angaben in jeweiligen Preisen

Die Bauproduktion wurde im Februar um 3,1 % eingeschränkt. Gleichwohl fiel sie stärker aus als im Durchschnitt des vierten Quartals 2014, da sie im Januar spürbar um 3,9 % ausgeweitet worden war. Dies war zum Teil auf die milde Witterung zurückzuführen. Der Anteil der Unternehmen, die über wetterbedingte Baubehinderungen klagten, lag im Januar mit 19 % deutlich unterhalb des langfristigen Durchschnitts von fast 50 %. Andererseits kam der größte Impuls zu Jahresbeginn aus dem Ausbaugewerbe, das weniger stark auf die Witterung reagieren sollte als das Bauhauptgewerbe. Für das erste Quartal deutet sich insgesamt ein solider Anstieg der Bauproduktion an. Eine starke witterungsbedingte Sonderkonjunktur, wie es sie im letzten Jahr gegeben hatte, zeichnet sich allerdings nicht ab.

### Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe haben im Januar ein deutliches Plus von 9,8 % verzeichnet, das unter anderem auf stark gestiegene öffentliche Aufträge im Tiefbau zurückzuführen ist. Die Aufträge gewerblicher Auftraggeber legten um 7,7 % zu. Im Wohnungsbau fiel das Bestellvolumen im Januar, wie bereits im Vormonat, sehr hoch aus. Die deutlich rückläufige Auftragsentwicklung im Bauhauptgewerbe scheint damit überwunden.

Die Stimmung in der Baubranche hat sich im Laufe des letzten Jahres eingetrübt. Auch im März ist das ifo Geschäftsklima gesunken. Im historischen Vergleich bewegt sich der Index aber weiterhin auf einem hohen Niveau. Dies zeigt, dass die Rahmenbedingungen für den Bau nach wie vor günstig sind. Das Zinsniveau ist äußerst niedrig und die Einkommensperspektiven der privaten Haushalte sind gut. Auch die Situation der öffentlichen Haushalte und die allgemeine konjunkturelle Erholung sprechen für eine Belebung im laufenden Jahr.

### 3. Privater Konsum

Die privaten Konsumausgaben tragen kräftig zum Aufschwung bei.

Die Einzelhandelsumsätze sind gut ins neue Jahr gestartet, die Zuwächse fielen aber nach Revision weniger stark aus als zunächst gemeldet.

Der private Konsum leistet aktuell einen maßgeblichen Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum. Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt führt zu kräftigen Anstiegen bei den verfügbaren Einkommen. Gleichzeitig sorgen die niedrigen Energiepreise weiterhin für eine sehr moderate Preisentwicklung. Zudem sind die Sparanreize angesichts der niedrigen Zinsen gering.

Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) fielen allerdings im Februar 0,1% geringer aus als im Vormonat. Da die Zuwachsraten für die Vormonate, insbesondere für den Januar, spürbar abwärts revidiert wurden, fiel der Anstieg zu Jahresbeginn weniger stark aus als zunächst gemeldet. In der Tendenz ist die Umsatzentwicklung aber weiterhin aufwärtsgerichtet, insbesondere im Versand- und Internethandel. Auch die Umsätze im Kfz-Handel, die allerdings auch gewerbliche Verkäufe einschließen, legten im Dezember und Januar kräftig zu. Im Dreimonatsvergleich (Stand: Januar) ergab sich ein Zuwachs von 2,0%.

Parallel dazu hat sich die Stimmung im Einzelhandel weiter verbessert. Das ifo Geschäftsklima legte im März spürbar zu und kletterte auf einen Wert von +5,2 Saldenpunkte. Noch im Oktober hatte die Mehrheit der Einzelhändler deutlich pessimistischer in die Zukunft geschaut. Auch sei-

**Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)**  
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

tens der Verbraucher deutet sich keine Trendwende an. Das von der Gesellschaft für Konsumforschung ermittelte Konsumklima stieg im April bereits das sechste Mal in Folge. Es bewegt sich auf sehr hohem Niveau. Die Einkommens- und Konjunkturerwartungen der Befragten legten abermals zu. Auch die Anschaffungsneigung hat sich weiter verbessert.

**Klimaindikatoren für den privaten Konsum**  
(Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK

## 4. Außenwirtschaft

Die Aus- und Einfuhren nahmen im Februar wieder deutlich zu.

Die Exporterwartungen der deutschen Wirtschaft haben sich weiter aufgeheitelt.

Nach einem leichten Rückgang im Januar entwickelte sich der deutsche Außenhandel im Februar wieder deutlich positiv. Im Februar 2015 wurden saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen 2,0% mehr Waren als im Vormonat exportiert. Die Auslandsumsätze sind in der Tendenz aufwärtsgerichtet. Die Exporterwartungen der Unternehmen haben sich angesichts des schwachen Eurokurses weiter verbessert, auch wenn die Bestellungen aus dem Ausland sich zuletzt eher schwach entwickelt haben.

Im Februar nahmen die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen nach der Zahlungsbilanzstatistik saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen um 1,9% gegenüber dem Vormonat zu. Ein Teil dieses Anstiegs dürfte auf Preiseffekte zurückzuführen sein. Die Ausfuhrpreise erhöhten sich im Februar gegenüber Januar saisonbereinigt wie im Vormonat um 0,3%.

**Warenhandel**  
(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



..... Ausfuhr, Monate  
— Ausfuhr, gleitender 3-Monatsdurchschnitt  
..... Einfuhr, Monate  
— Einfuhr, gleitender 3-Monatsdurchschnitt

Quelle: Zahlungsbilanzstatistik BBk

Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen nahmen im Februar saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen deutlich um 2,2% zu. Nachdem die Einfuhrpreise in den letzten Monaten durch den starken Ölpreisrückgang wiederholt deutlich gesunken waren, stiegen sie im Februar saisonbereinigt erstmalig wieder um 1,2%. Es dürfte aber auch in realer Rechnung zu einem Zuwachs der Einfuhren gekommen sein.

Im Handel mit Waren und Dienstleistungen ergab sich im Februar damit, wie im Vormonat, ein positiver Saldo von saisonbereinigt 17 Mrd. Euro. Die Leistungsbilanz, die zusätzlich die Salden der Primär- und Sekundäreinkommen enthält, schloss im Februar mit einem saisonbereinigten Überschuss von 20,3 Mrd. Euro ab, nach 21,3 Mrd. Euro im Januar.

### Außenhandel\*

	Q3	Q4	Dez.	Jan.	Feb.
<b>Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)</b>					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
<b>Ausfuhr</b>	1,8	1,5	2,6	-1,7	1,9
<b>Einfuhr</b>	0,9	1,5	-0,8	-0,9	2,2
<b>Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)</b>					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
<b>Ausfuhr</b>	5,4	5,3	10,0	-0,6	3,9
Eurozone	4,2	3,6	6,3	-2,8	1,7
EU Nicht-Eurozone	10,4	10,3	15,5	3,2	6,4
Drittländer	4,1	4,4	10,5	-0,5	4,6
<b>Einfuhr</b>	2,1	2,2	4,1	-2,2	0,8
Eurozone	3,0	1,8	1,4	-4,4	0,5
EU Nicht-Eurozone	5,7	4,2	7,4	1,5	2,0
Drittländer	-0,9	1,4	5,9	-1,5	0,6

Quellen: StBA, BBk

\* Angaben in jeweiligen Preisen

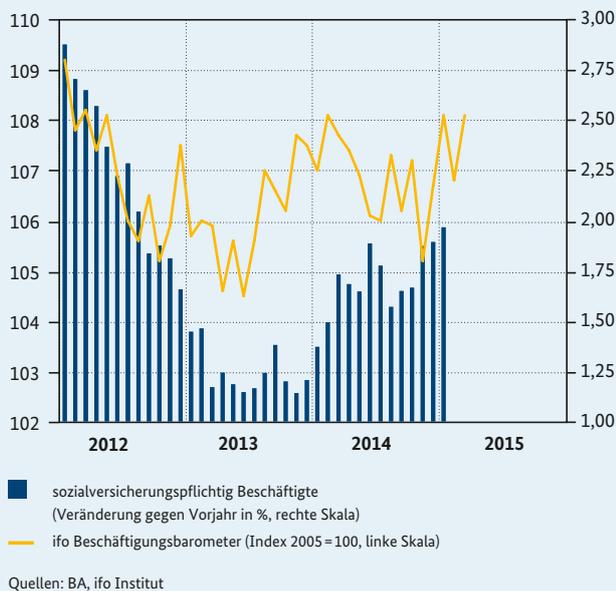
Perspektivisch blicken die deutschen Unternehmen zuversichtlich auf das Auslandsgeschäft. Zwar gingen die Bestellungen im Januar und Februar nach einem guten Jahresabschluss deutlich zurück, allerdings haben sich die Exporterwartungen der vom ifo Institut befragten Unternehmen den sechsten Monat in Folge verbessert. Die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar dürfte die deutschen Ausfuhren weiterhin stärken.

## 5. Arbeitsmarkt

Die Belegung am Arbeitsmarkt setzt sich fort. Die Beschäftigung expandiert saisonbereinigt weiter deutlich. Die Arbeitslosigkeit nimmt weiter ab.

Nach einer konjunkturell bedingt etwas ruhigeren Entwicklung im vergangenen Sommerhalbjahr befindet sich der Arbeitsmarkt wieder im Aufwind. Die konjunkturelle Belegung im vierten Quartal und der milde Winter geben neue Impulse. Saisonbereinigt nahm die Beschäftigung weiter zu und die Arbeitslosigkeit ging im März weiter spürbar zurück. Die Indikatoren lassen für die nächsten Monate eine Fortsetzung der positiven Tendenzen am Arbeitsmarkt erwarten.

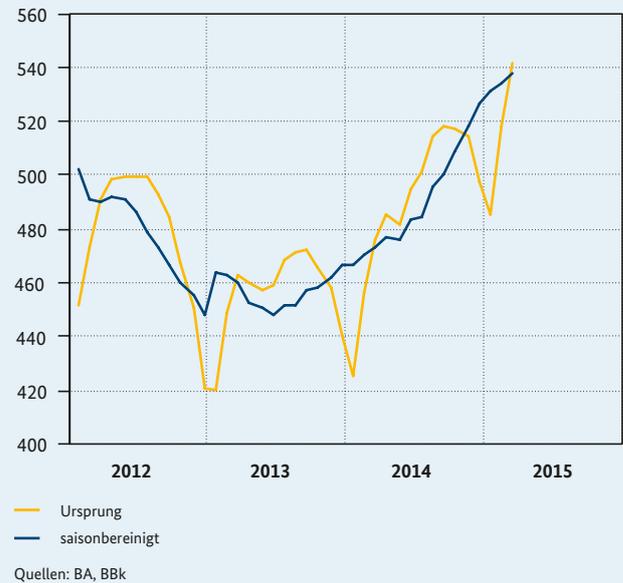
### ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Die Frühindikatoren haben sich im März unterschiedlich entwickelt, fallen aber insgesamt positiv aus. Das Ifo Beschäftigungsbarometer hat sich wieder auf den Stand von Januar verbessert (+1,3 Indexpunkte) und bewegt sich deutlich über seinem langfristigen Durchschnitt. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sank zwar geringfügig um 1 Punkt auf 100,8 Punkte, die Arbeitsagenturen rechnen aber weiterhin mit einem leichten Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten.

### Gemeldete Arbeitsstellen

(in 1000)

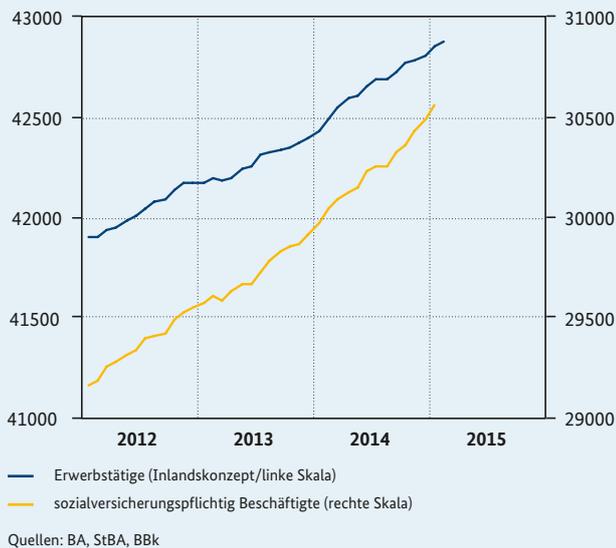


Die Zahl der offenen Stellen entwickelt sich weiter positiv. Der Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen erhöhte sich im März saisonbereinigt um weitere 4.000. Nicht saisonbereinigt war ein Bestand von 542.000 Stellen gemeldet, etwa 66.000 mehr als vor einem Jahr. Ein Teil des Zuwachses ist auf normale Fluktuation bei knapperem Kräfteangebot und die zunehmende Bedeutung flexibler Beschäftigungsformen zurückzuführen.

Die Erwerbstätigkeit im Inland ging im Dezember und Januar aus jahreszeitlichen Gründen auf 42,5 Mio. Personen zurück. Saisonbereinigt setzte sie ihren sechsmonatigen Aufwärtstrend aber fort. Sie erhöhte sich im Februar um 28.000 Personen, nach einem Anstieg um 43.000 im Vormonat. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich ihre Zahl um 384.000 Personen (Ursprungszahl).

Die Zunahme der Erwerbstätigkeit wird durch einen Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen. Im Januar – neuere Daten liegen nicht vor – ist diese saisonbereinigt um weitere 76.000 angestiegen. Insgesamt gingen 30,32 Mio. Personen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach (Ursprungszahl), 585.000 mehr als vor einem Jahr.

### Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (in 1000, saisonbereinigt)



Dabei hatte der überwiegende Teil der Branchen auf Jahresfrist Zuwächse an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu verzeichnen. Den absolut stärksten Anstieg gegenüber dem Vorjahr verbuchten im Januar die Immobilienbranche sowie die technischen und wissenschaftlichen Dienstleistungen (+104.000). Die Beschäftigung im Bereich Heime und Sozialwesen stieg um 74.000 und im Verarbeitenden Gewerbe um 73.000.

Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit spielt nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle.

### Arbeitsmarkt

#### Arbeitslose (SGB III)

	Q4	Q1	Jan.	Feb.	März
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,738	2,993	3,032	3,017	2,932
gg. Vorjahr in 1.000	-89	-116	-104	-121	-123
gg. Vorperiode in 1.000*	-38	-50	-10	-20	-14
Arbeitslosenquote	6,3	6,9	7,0	6,9	6,8

#### Erwerbstätige (Inland)

	Q3	Q4	Dez.	Jan.	Feb.
in Mio.	42,9	43,0	42,9	42,5	42,5
gg. Vorjahr in 1.000	376	412	404	408	384
gg. Vorperiode in 1.000*	79	88	25	43	28

#### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q3	Q4	Nov.	Dez.	Jan.
in Mio.	30,4	30,6	30,7	30,5	30,3
gg. Vorjahr in 1.000	245	251	565	566	585
gg. Vorperiode in 1.000*	110	148	74	54	76

Quellen: BA, StBA, BBk

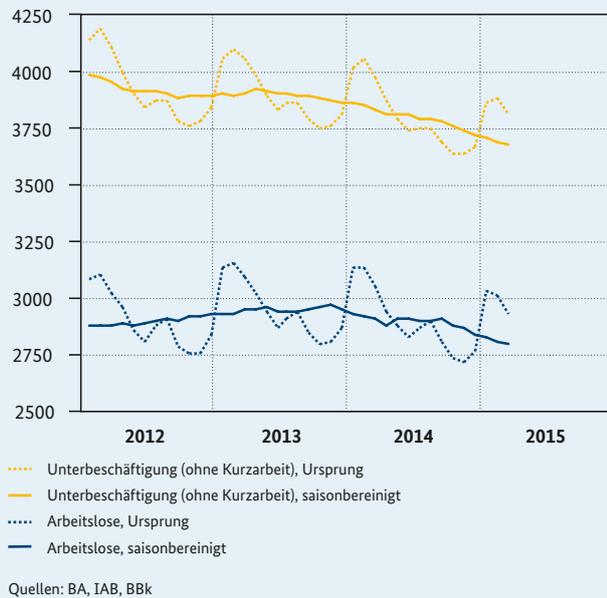
\* kalender- und saisonbereinigte Angaben

### Kurzarbeit und Anzeigen (in 1000)



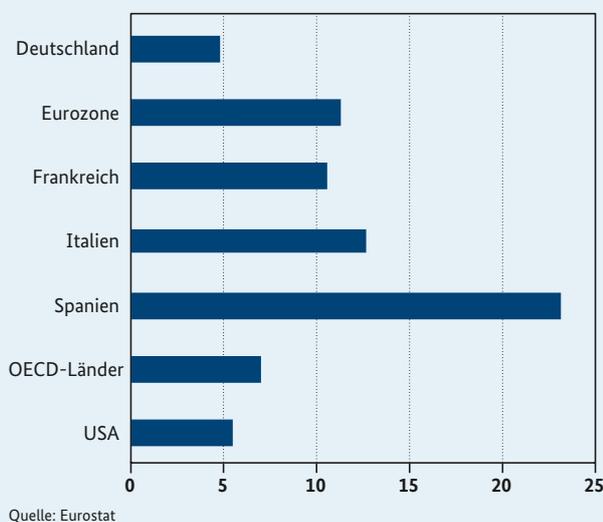
Unterstützt durch die Konjunktur und die milde Witterung ist die registrierte Arbeitslosigkeit im März saisonbereinigt weiter um 15.000 Personen gesunken. Nach Ursprungszahlen ging sie etwas stärker als saisonüblich um 85.000 auf 2,932 Mio. Personen zurück. Der Vorjahresstand wurde um 123.000 Personen unterschritten. Die Arbeitslosenquote sank leicht auf 6,8%. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen betrug im März 1,05 Mio. Personen, 48.000 weniger als vor einem Jahr.

### Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (in 1000)



Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote betrug im Februar wie im Vormonat 4,8 %. Im internationalen Vergleich hat Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer. EU-weit hatte Deutschland im Januar die niedrigste Erwerbslosenquote.

### Internationale Erwerbslosenquoten (ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Februar 2015)



Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, lag im März bei 3,82 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Im Vergleich zum Vorjahr ging die Unterbeschäftigung um 165.000 Personen zurück. Gegenüber dem Vormonat nahm sie saisonbereinigt um 15.000 ab und setzte damit die positive Entwicklung der Vormonate fort.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sinken in der Tendenz weiterhin nicht in dem Maße, wie die Beschäftigung zunimmt. Hierzu trägt bei, dass die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung auf das Erwerbspersonenpotenzial gegenwärtig vor allem durch Zuwanderung und eine gestiegene Erwerbsneigung überkompensiert werden. Das IAB geht in seiner Prognose vom März 2015 von einem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials im Jahr 2015 um 95.000 auf 45,8 Mio. Personen aus. Darüber hinaus werden mit dem fortgeschrittenen Abbau von Arbeitslosigkeit und stiller Reserve die Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt schwieriger. Die Profile der Arbeitslosen entsprechen oft nicht den Anforderungen der Unternehmen. Der Abbau von Arbeitslosigkeit erfolgt dadurch schleppender.

## 6. Preise

Rohölpreis stabilisiert sich auf deutlich gesunkenem Niveau.

Verbraucherpreisentwicklung wieder leicht aufwärtsgerichtet.

Unter dem Einfluss der sich leicht erholenden Rohölnotierungen hat sich die Preisentwicklung stabilisiert. Nach wie vor prägt aber das stark gesunkene Niveau des Rohölpreises die Entwicklung. Bis Mitte April bewegte sich der Ölpreis der Sorte Brent etwas unter der 60 US-Dollar-Marke je Barrel. Der IWF geht in seinem Weltwirtschaftsausblick vom April davon aus, dass der Ölpreis<sup>4</sup> im Jahresmittel 2015 mit 58,14 US-Dollar pro Fass um 39,6 % unter dem Durchschnitt des Jahres 2014 (96,25 US-Dollar) liegen wird. Im Jahr 2016 erwartet er einen Anstieg um fast 13 % auf durchschnittlich 65,65 US-Dollar.

4 Durchschnitt der Sorten UK Brent, Dubai Fateh und West Texas Intermediate.

### Rohölpreis der Sorte Brent (je Barrel)



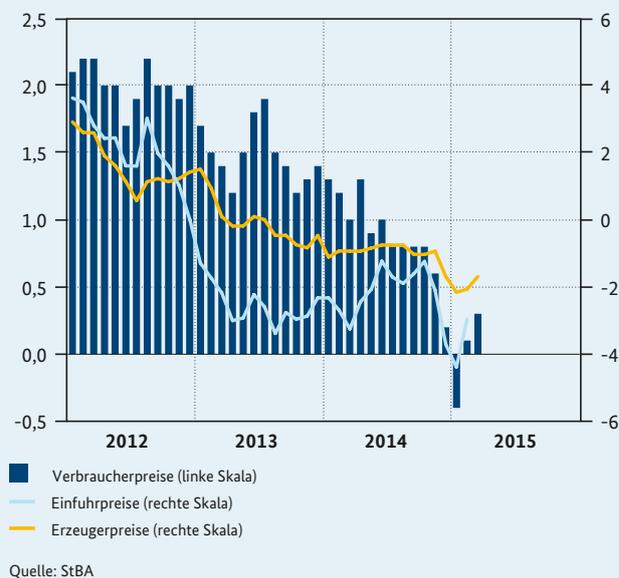
Bei den Einfuhrpreisen ist der Abwärtstrend der letzten Monate gestoppt. Im Vergleich zum Vormonat verteuerten sich die Importe im Februar stark um 1,4%. Dabei erhöhten sich vor allem die Preise für Rohöl (+21,3%), Mineralölzeugnisse (+15,2%) und Strom (+15,1%) deutlich. Die Preise für Erdgas verringerten sich dagegen (-7,5%). Ohne Energie lagen die Einfuhrpreise im Februar um 0,4% höher als im Januar. Der negative Vorjahresabstand der Einfuhrpreise fiel mit -3,0% nicht mehr so stark aus wie im Vormonat (-4,4%). In der Abgrenzung ohne Energie waren die Importpreise um 1,8% höher als im Vorjahr.

Die Preise für Exportprodukte erhöhten sich im Februar ebenfalls. Gegenüber Januar betrug der Anstieg 0,3%. Die Vorjahresänderungsrate lag bei 0,7%. Dabei konnten insbesondere die Produzenten von Investitionsgütern auf Jahressicht höhere Preise erzielen (+2,4%), Konsumgüter verteuerten sich um 0,6%. Die Preisrelation im Außenhandel (Terms of Trade) lag im Februar deutlich über dem Vorjahreswert (+3,8%).

Die industriellen Erzeugerpreise nahmen im Februar gegenüber dem Vormonat leicht um 0,1% zu. Saisonbereinigt blieben sie unverändert. Gegenüber dem Vorjahr verzeichneten die Preise für Industrieprodukte nach wie vor einen deutlich negativen Abstand (-2,1%). Preisrückgänge gab es insbesondere bei Mineralölzeugnissen (-15,7%) und chemischen Produkten (-4,7%), aber auch die Preise für Nahrungsmittel blieben auf der Erzeugerstufe deutlich unter ihrem Vorjahresniveau (-2,9%).

### Preisentwicklung

(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



### Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Feb.	März	Feb.	März
Insgesamt	0,9	0,5	0,1	0,3
Bekleidung und Schuhe	0,9	6,3	-0,9	0,6
Wohnung, Betriebskosten	0,4	0,1	-0,1	0,0
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	4,1	-0,8	1,1	-0,1
Pauschalreisen	16,3	-3,0	2,2	-2,3
Energie	2,1	1,4	-7,3	-5,7
Haushaltsenergie	1,4	0,0	-4,6	-4,2
Strom	-0,1	-0,2	-0,1	-0,2
Gas	0,0	0,0	-1,3	-1,2
Heizöl	13,6	1,9	-22,0	-19,1
Kraftstoffe	3,7	4,2	-12,7	-8,8
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,6	0,2	-	-

Quellen: StBA, BBK

Die Verbraucherpreise sind im März weiter moderat angestiegen. Die jährliche Teuerungsrate lag im März bei 0,3%. Weiterhin deutlich weniger als im Vorjahr mussten die Verbraucher für Haushaltsenergie und Kraftstoffe ausgeben. Im Vergleich zum Februar zogen die Preise für Kraftstoffe aber wieder an (+4,2%). Die Wohnungsmieten setzten ihren leichten Aufwärtstrend fort. Saisonbedingt lagen die Preise für Bekleidung und Schuhe im März deutlich über dem Vormonat (+6,3%). Die Preise für Dienstleistungen blieben gegenüber dem Vormonat unverändert. Zwar wurden im

März Pauschalreisen günstiger, andere Dienstleistungen, wie z. B. Friseurdienstleistungen verteuerten sich dagegen. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) stieg im März ebenfalls moderat an. Der Vorjahresabstand blieb bei +1,2%.

Aufgrund der gesunkenen Ölpreise wird in diesem Jahr nur mit einem sehr moderaten Anstieg der Verbraucherpreise gerechnet. Im kommenden Jahr dürfte sich mit Auslaufen dieses Sondereffekts der Preisauftrieb wieder verstärken.

## 7. Monetäre Entwicklung

**Anleihekaufprogramm senkt Zinsniveau auf Rekordtiefstände.**

**Der Euro wertet weiter gegenüber dem US-Dollar ab.**

Angesichts der zögerlichen konjunkturellen Erholung im Euroraum bleibt die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) expansiv. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt seit September 2014 bei 0,05%, der Einlagenzins mit -0,20% im negativen Bereich. Im Rahmen der neuen EZB-Programme wurde der Markt zudem mit Liquidität versorgt, indem bisher gedeckte Schuldverschreibungen und Asset-Backed Securities im Wert von 72 Mrd. Euro aufgekauft wurden.<sup>5</sup> Zudem begann die EZB am 9. März damit, europäische Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt zu kaufen. Innerhalb des ersten Monats wurden Papiere im Wert von 61,7 Mrd. Euro im Rahmen des Ankaufsprogramms erworben. Einschließlich der oben genannten Programme wird ein monatliches Ankaufvolumen von 60 Mrd. Euro bis September des Jahres 2016 angestrebt. Griechische Staatsanleihen sind von dem Anleihekaufprogramm ausgenommen und werden seitens der EZB nicht mehr als Sicherheiten anerkannt. Die Liquidität der griechischen Banken wird derzeit allerdings durch Notfallkredite der nationalen Notenbank (ELA-Kredite) sichergestellt. Insgesamt hat die EZB ihre Bilanz durch die genannten Maßnahmen auf 2,35 Bio. Euro ausgeweitet.

**EZB Bilanzsumme**  
(in Billionen Euro)



Quellen: EZB, Macrobond

Auch die US-Geldpolitik bleibt expansiv ausgerichtet. Bereits seit Ende 2008 liegt der Leitzins auf einem Rekordtief von 0,00 bis 0,25%. Jedoch macht die positive konjunkturelle Entwicklung eine Normalisierung der Geldpolitik zunehmend wahrscheinlicher. Die Mitglieder des Offenermarktausschusses rechnen mehrheitlich mit einem Zinsanstieg im Laufe des Jahres. Bereits im Oktober endete das Wertpapierankaufprogramm. Seit 2008 wurde die Zentralbankbilanz im Rahmen einer umfangreichen quantitativen Lockerung auf 4,5 Bio. US-Dollar ausgeweitet und damit mehr als vervierfacht. Im Zuge der schrittweisen Normalisierung hat sich die Bilanz der Zentralbank seit Beginn dieses Jahres leicht verringert.

Der europäische Interbankenmarkt hat sich etwas erholt. Die Kreditvergabe zwischen den Geldinstituten ist bei leichten Schwankungen seit etwa einem Jahr relativ stabil. Auch der Risikoaufschlag für unbesicherte Interbankenkredite hat sich leicht verringert. Die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität der Banken ist seit Beginn des Jahres weitgehend stabil.

Die europäischen Aktienmärkte haben sich im Berichtszeitraum zum Teil recht dynamisch entwickelt. Der europäische STOXX 600 nahm kräftig um 3,7%, der EURO STOXX 50 für den Euroraum um 2,1% zu. Der deutsche DAX 30 stabilisierte sich auf hohem Niveau. An den internationalen Märkten stieg auch der japanische Nikkei-Index (+2,3%). Der US-amerikanische S&P 500 fiel hingegen leicht (-0,4%).

<sup>5</sup> Bestand der Wertpapiere, die im Rahmen des Programms zum Ankauf von Asset-Backed Securities (ABSPP) und dem dritten Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (CBPP3) am 10. April 2015 in der EZB-Bilanz enthalten waren.

**Geldmarktsätze in der Eurozone**

(in %)



Quelle: Macrobond

**Aktienindizes**

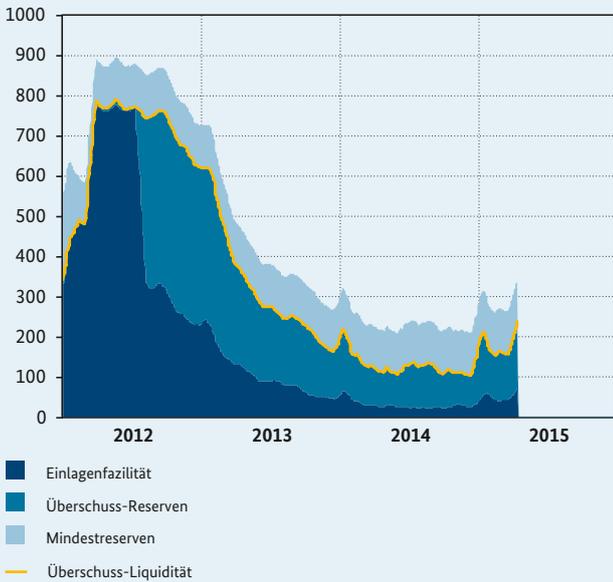
(Preisindizes in Landeswährung, 2011 = 100)



Quellen: Macrobond, eigene Berechnung

**Liquidität im Eurobankensystem**

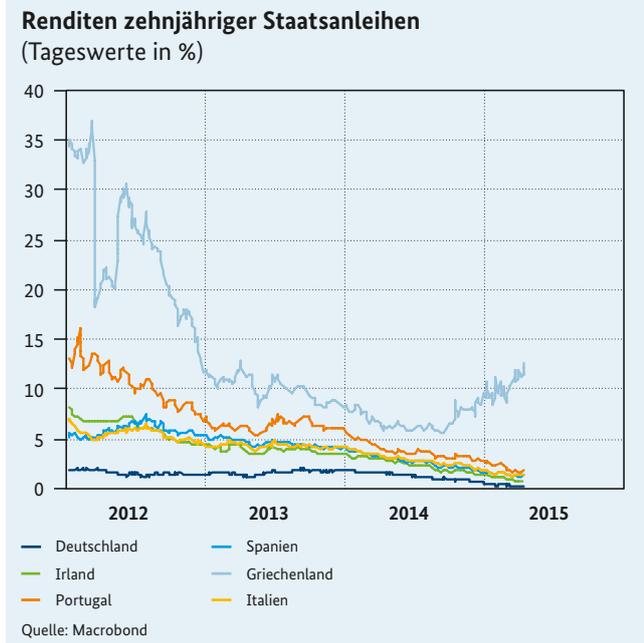
(in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



Quellen: EZB, Macrobond

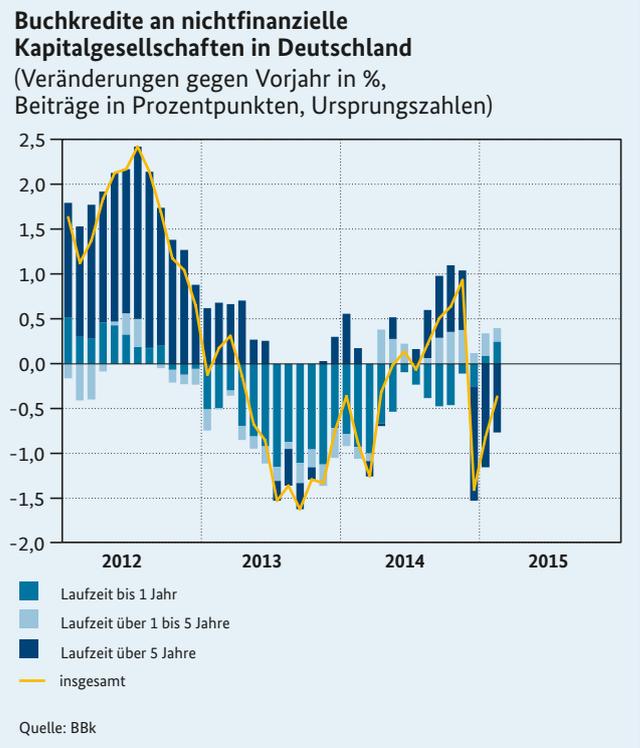
Der Euro hat sich im Vergleich zur US-Währung auf niedrigem Niveau stabilisiert. Mitte April lag er bei 1,07 US-Dollar pro Euro. Im Frühjahr 2014 hatte der Wert noch knapp 1,40 US-Dollar betragen. Auch gegenüber dem japanischen Yen hat der Euro seit Anfang Januar um ca. 13% abgewertet.

Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen haben sich unter dem Einfluss des Ankaufprogramms der EZB in den meisten europäischen Staaten weiter verringert. In Deutschland haben die Zinsen für zehnjährige Bundesanleihen zwischenzeitlich ein Rekordtief von 0,11% erreicht. Die Renditen griechischer Staatsanleihen sind dagegen angesichts der unvorhersehbaren politischen Entwicklung angestiegen und liegen nun knapp über 12%. Dies ist ein Vielfaches dessen, was andere Staaten wie Portugal (1,8%), Spanien (1,3%) oder Italien (1,3%) für die Aufnahme von Staatsschulden leisten müssen. Die Zinsniveaus dieser Staaten bewegen sich nahe historischer Tiefststände.



Der Umfang der in Deutschland an nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften vergebenen Buchkredite lag im Februar 0,4 % unter dem Niveau des Vorjahres. Die Kreditvergabe an private Haushalte legte dagegen auf Jahresfrist um 1,6 % zu. Wichtigste Triebfeder war hierbei die steigende Vergabe von Wohnungsbaukrediten (+3,0 %).

Das Wachstum der Geldmenge M3 im Euroraum hat sich weiter beschleunigt. Im Februar stieg die Jahresrate auf 4,0 %. Die Geldmengenwachstumsraten konnten sich somit deutlich erholen. Der Anstieg geht vorrangig auf eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurück, die auf Jahresfrist um 9,1 % gestiegen ist. Dies spiegelt die Liquiditätspräferenz und die geringen Kosten für Geldhaltung aufgrund des niedrigen Zinsniveaus wider. Im Vergleich zum Vorkrisenniveau bleibt die monetäre Dynamik aber dennoch verhalten. Zwischen 2000 und 2007 hatte das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7 % betragen.





# III. Übersichten und Grafiken

# 1. Gesamtwirtschaft

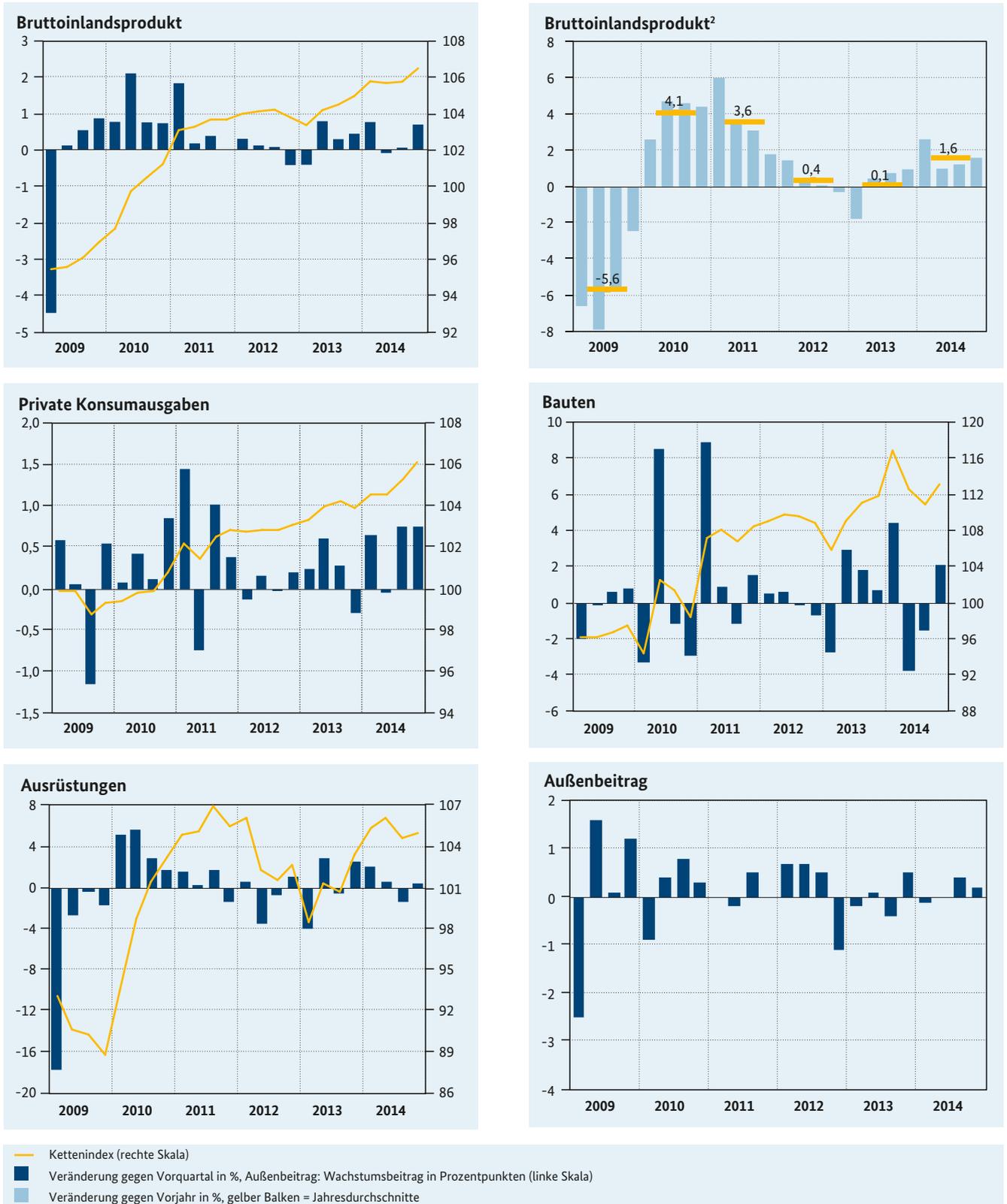
## 1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung<sup>1</sup>

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % <sup>2</sup>										
	2012			2013				2014			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
<b>Bruttoinlandsprodukt und Komponenten</b>											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1	+ 0,7
Inländische Verwendung	- 0,6	- 0,5	+ 0,7	- 0,2	+ 0,7	+ 0,7	0,0	+ 0,9	- 0,1	- 0,4	+ 0,5
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	+ 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	- 0,3	+ 0,6	0,0	+ 0,8	+ 0,8
Konsumausgaben des Staates	+ 0,7	- 0,1	+ 0,4	0,0	0,0	+ 0,6	- 0,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,2
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,8	- 0,2	0,0	- 2,6	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,2	+ 3,0	- 1,7	- 1,2	+ 1,2
Ausrüstungen	- 3,5	- 0,7	+ 1,1	- 4,0	+ 2,8	- 0,6	+ 2,6	+ 2,0	+ 0,6	- 1,4	+ 0,4
Bauten	+ 0,6	- 0,1	- 0,7	- 2,8	+ 3,0	+ 1,8	+ 0,7	+ 4,5	- 3,7	- 1,5	+ 2,1
Sonstige Anlagen	+ 0,8	+ 0,8	- 0,3	+ 0,7	0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Exporte	+ 1,2	+ 1,0	- 2,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,7	- 0,4	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,3
Importe	- 0,3	- 0,2	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,7	- 0,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,0
<b>Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten<sup>4</sup></b>											
Inländische Verwendung	- 0,6	- 0,4	+ 0,6	- 0,2	+ 0,7	+ 0,7	- 0,1	+ 0,8	- 0,1	- 0,3	+ 0,5
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,2	+ 0,4	0,0	+ 0,4	+ 0,4
Konsumausgaben des Staates	+ 0,1	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	+ 0,1	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,2	0,0	0,0	- 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	- 0,4	- 0,2	+ 0,2
Ausrüstungen	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,1	0,0	- 0,1	0,0
Bauten	+ 0,1	0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	- 0,4	- 0,2	+ 0,2
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung <sup>5</sup>	- 0,6	- 0,4	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	- 0,6	- 0,2
Außenbeitrag	+ 0,7	+ 0,5	- 1,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,4	+ 0,5	- 0,1	0,0	+ 0,4	+ 0,2
<b>Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %<sup>6</sup></b>											
							2013	2014			
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
<b>Bruttoinlandsprodukt und Komponenten</b>											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 5,6	+ 4,1	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,6	+ 1,0	+ 2,6	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,6
Inländische Verwendung	- 3,2	+ 3,0	+ 3,0	- 0,9	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,0
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	0,0	+ 0,6	+ 2,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,7
Konsumausgaben des Staates	+ 3,0	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,5
Bruttoanlageinvestitionen	- 9,9	+ 5,1	+ 7,3	- 0,7	- 0,6	+ 3,4	+ 1,2	+ 9,1	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,8
Ausrüstungen	-21,8	+ 9,9	+ 6,1	- 3,0	- 2,4	+ 4,3	+ 0,1	+ 7,9	+ 3,6	+ 4,1	+ 2,4
Bauten	- 3,4	+ 3,2	+ 8,4	+ 0,6	- 0,1	+ 3,6	+ 2,2	+13,2	+ 1,5	- 0,1	+ 1,8
Sonstige Anlagen	+ 0,8	+ 1,1	+ 6,8	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
Exporte	-14,3	+14,5	+ 8,0	+ 2,8	+ 1,6	+ 3,9	+ 4,3	+ 3,9	+ 2,2	+ 4,6	+ 4,7
Importe	- 9,6	+12,9	+ 7,2	0,0	+ 3,1	+ 3,4	+ 4,9	+ 3,6	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,7

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

## 1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten<sup>1</sup>



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

### 1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % <sup>1</sup>										
	2012			2013			2014				
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
<b>Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>2</sup></b>											
Bruttowertschöpfung	+ 0,2	+ 0,1	- 0,7	0,0	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,9	- 0,4	+ 0,2	+ 0,4
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 0,4	+ 0,1	- 2,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,5
Baugewerbe	+ 0,2	- 0,7	- 1,7	- 0,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 4,0	- 3,1	- 1,5	+ 2,9
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 0,3	- 0,4	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,4	- 0,7	+ 0,2	+ 0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister	+ 2,5	+ 1,1	- 1,1	- 0,9	- 2,1	+ 1,5	- 0,4	+ 1,1	- 2,3	+ 0,3	+ 0,4
Unternehmensdienstleister	- 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,4
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	- 0,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,5	- 0,1	- 0,1	+ 0,9

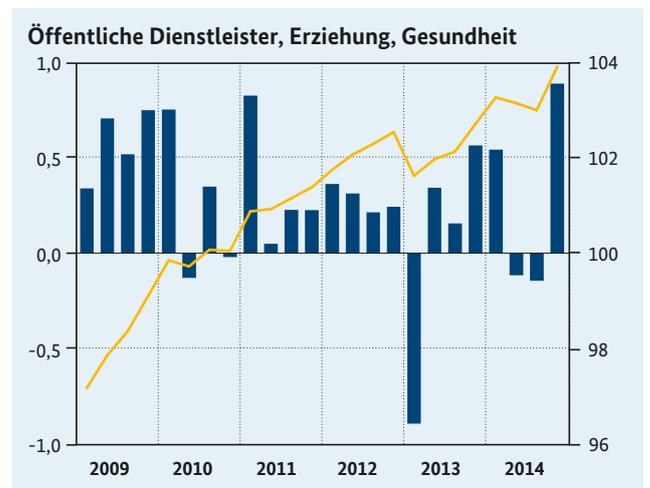
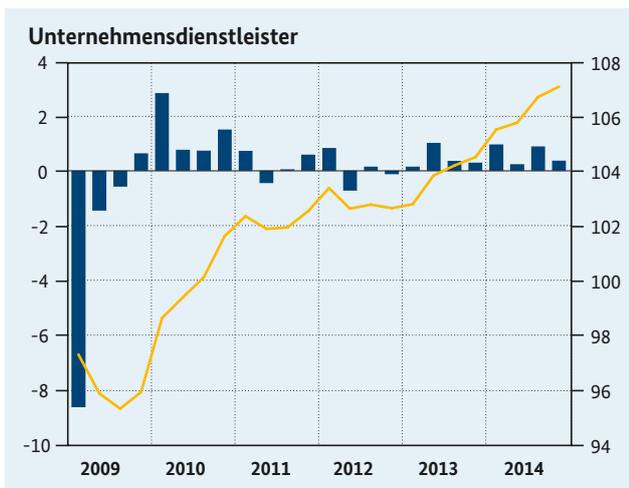
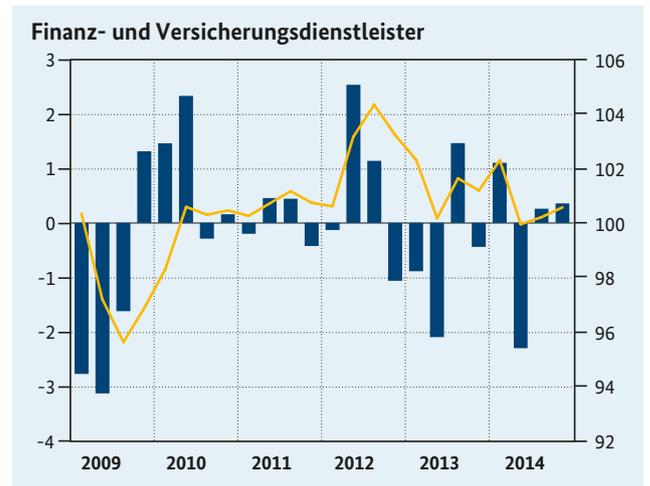
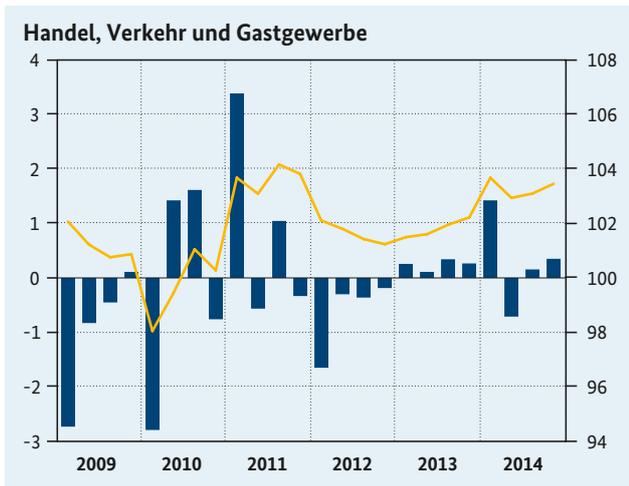
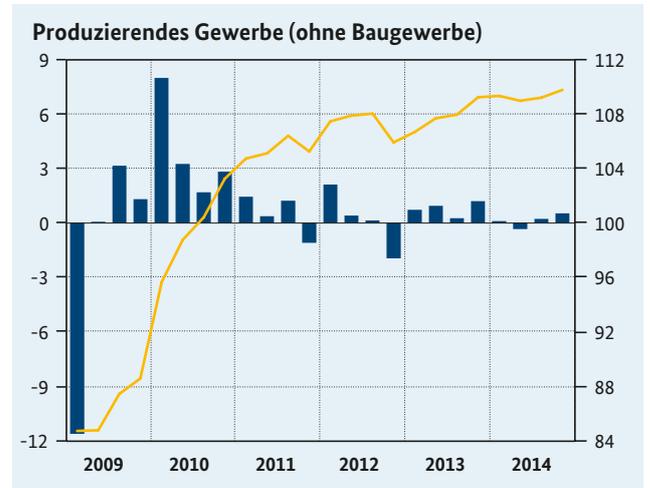
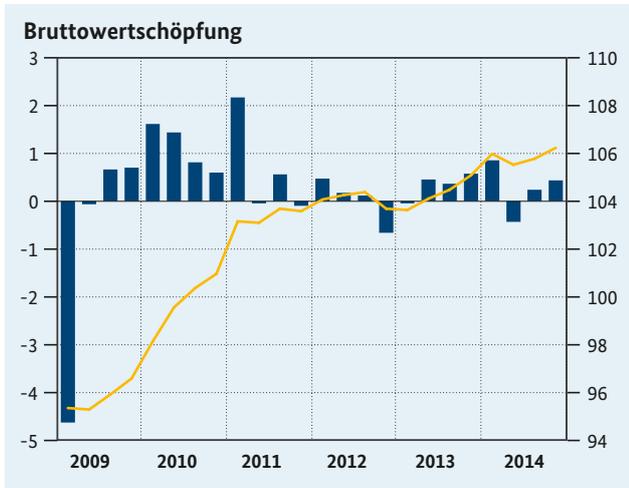
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>3</sup>										
	2013						2014				
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
<b>Preisentwicklung</b>											
Preisindex	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6
Inländische Verwendung	+ 0,3	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1
Private Konsumausgaben	- 0,4	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,7
<b>Kennzahlen</b>											
Erwerbstätige <sup>3</sup>	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0
Arbeitsvolumen <sup>4</sup>	- 3,1	+ 1,6	+ 1,6	- 0,3	- 0,3	+ 1,5	+ 0,2	+ 2,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,7
Arbeitsproduktivität <sup>5</sup>	- 5,7	+ 3,8	+ 2,2	- 0,7	- 0,5	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,9	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6
Lohnkosten je Arbeitnehmer <sup>6</sup>	+ 0,2	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,3
Lohnstückkosten <sup>7</sup>	+ 6,3	- 1,2	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,6	+ 0,9	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,7
verfügbares Einkommen <sup>8</sup>	- 1,2	+ 2,7	+ 3,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,3	+ 3,2
Terms of Trade	+ 4,6	- 2,3	- 2,4	- 0,5	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3

Prognose Bruttoinlandsprodukt <sup>9</sup>		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2015	2016
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	04/2015	+ 2,1	+ 1,8
IWF	Internationaler Währungsfonds	04/2015	+ 1,6 <sup>a</sup>	+ 1,7 <sup>a</sup>
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	03/2015	+ 2,2	+ 1,9
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	03/2015	+ 1,9	+ 1,7
IfW	Institut für Weltwirtschaft	03/2015	+ 1,8	+ 2,0
IWH/KE	Institut für Wirtschaftsforschung Halle/Kiel Economics	03/2015	+ 2,0	+ 1,6
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	03/2015	+ 2,1	+ 1,9
EU	Europäische Kommission	02/2015	+ 1,5	+ 2,0
Bundesregierung	Jahresprojektion	01/2015	+ 1,5	+ 1,6
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	12/2014	+ 1,5	-
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	11/2014	+ 1,1 <sup>a</sup>	+ 1,8 <sup>a</sup>

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

### 1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>1</sup>

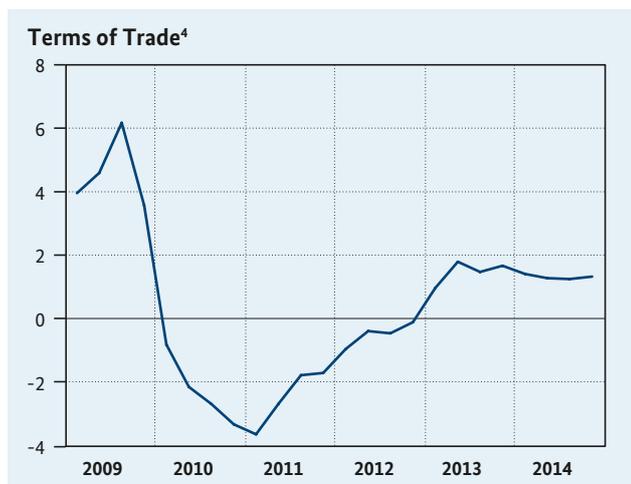
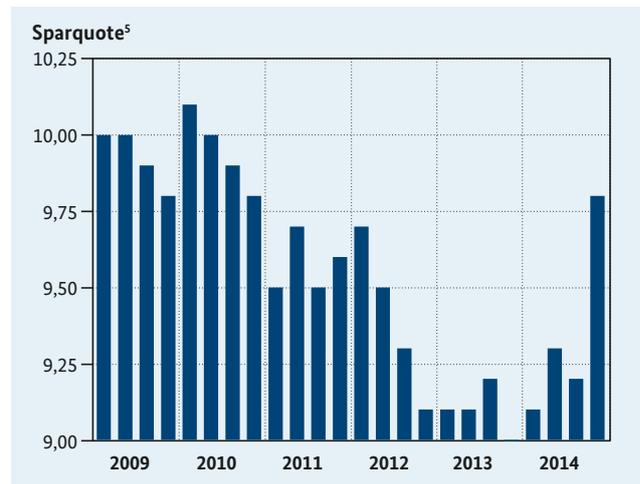
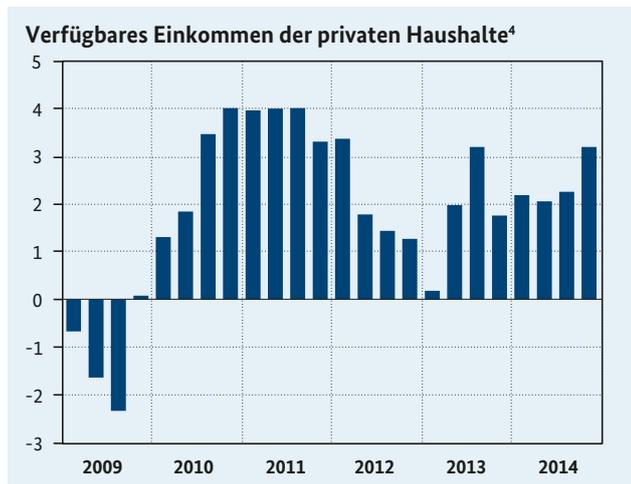


— Kettenindex (rechte Skala)  
■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

<sup>1</sup> Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen<sup>1</sup>



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Vorratsveränderungen ■ Außenbeitrag  
■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)  
— reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 1.6 Internationaler Vergleich

					2012		2013			2014				2015		
	2011	2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
<b>Bruttoinlandsprodukt<sup>1</sup></b>	<b>Veränderungen gegen Vorperiode in %</b>															
Deutschland	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1	+ 0,7	-
Eurozone (EZ 19) <sup>2</sup>	+ 1,6	- 0,8	- 0,5	+ 0,9	- 0,3	- 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	-
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	+ 1,7	- 0,5	0,0	+ 1,3	- 0,2	0,0	- 0,4	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	-
Japan	- 0,5	+ 1,8	+ 1,6	0,0	- 0,4	- 0,5	- 0,2	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,4	- 0,3	+ 1,3	- 1,6	- 0,7	+ 0,4	-
USA	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,4	+ 0,4	+ 0,6	0,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,9	- 0,5	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,5	-
China	+ 9,3	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,3

<b>Leistungsbilanzsaldo</b>	<b>in % des BIP<sup>4</sup></b>															
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+ 6,1	+ 6,9	+ 6,6	+ 7,8	+ 7,0	+ 7,4	+ 6,7	+ 6,4	+ 6,5	+ 6,0	+ 7,7	+ 7,5	+ 7,1	+ 8,4	+ 8,2	-
Eurozone (EZ 19) <sup>2</sup>	- 0,1	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,4	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,6	-
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	- 0,3	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	-
Japan	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	0,0	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	-
USA	- 2,9	- 2,8	- 2,3	-	- 3,0	- 2,8	- 2,6	- 2,6	- 2,6	- 2,4	- 2,0	- 2,4	- 2,2	- 2,2	- 2,6	-
China	+ 1,9	+ 2,6	+ 1,9	+ 2,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	-

				2014							2015					
	2012	2013	2014	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
<b>Arbeitslosenquoten<sup>5</sup></b>	<b>in %</b>															
Deutschland	5,4	5,2	5,0	5,1	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	4,9	4,9	4,9	4,8	4,8	4,8	-
Eurozone (EZ 19) <sup>2</sup>	11,3	12,0	11,6	11,7	11,7	11,6	11,6	11,6	11,6	11,6	11,5	11,5	11,4	11,4	11,3	-
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	10,5	10,9	10,2	10,4	10,3	10,3	10,2	10,2	10,1	10,1	10,1	10,0	9,9	9,9	9,8	-
Japan	4,3	4,0	3,6	3,6	3,6	3,6	3,7	3,7	3,5	3,6	3,5	3,5	3,4	3,6	3,5	-
USA	8,1	7,4	6,2	6,6	6,2	6,3	6,1	6,2	6,1	5,9	5,7	5,8	5,6	5,7	5,5	5,5
China	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	-	-	-

<b>Verbraucherpreise</b>	<b>Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %</b>															
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+ 2,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	- 0,5	- 0,1	+ 0,1
Eurozone (EZ 19) <sup>2</sup>	+ 2,5	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,6	- 0,3	- 0,1
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1	- 0,5	- 0,2	-
Japan	0,0	+ 0,4	+ 2,7	+ 1,6	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,2	-
USA	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 0,8	- 0,1	0,0	-
China	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,4

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

- 1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;
- 2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);
- 3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);
- 4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;
- 5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

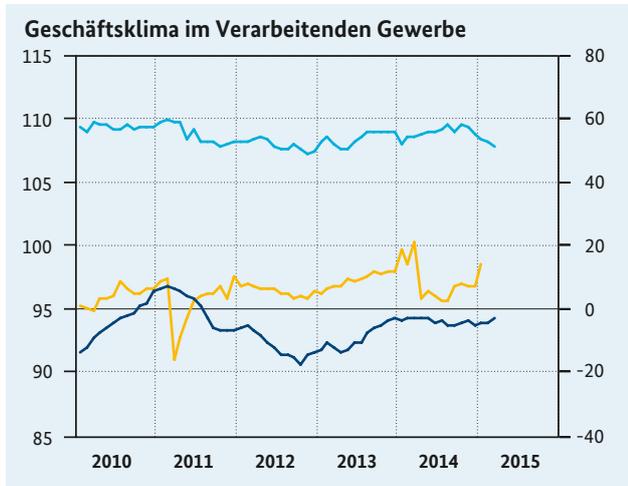
## 1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2014			2015	2014			2015		
	2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
<b>Welt</b>													
OECD & major six CLI <sup>1</sup>	99,8	100,0	99,9	99,9	99,8	99,8	-	99,8	99,8	99,8	99,8	-	-
CPB Welt Industrieproduktion <sup>2</sup>	119,4	122,3	126,3	125,8	126,5	127,8	-	127,7	128,5	128,1	-	-	-
CPB Welthandel <sup>2</sup>	128,1	131,5	135,7	134,1	136,7	138,4	-	137,7	139,4	137,4	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4938	4837	4642	5039	4759	3936	3047	3743	3233	2990	3184	2967	-
<b>Eurozone</b>													
Vertrauensindikator für die Industrie <sup>3</sup>	-11,6	-9,1	-3,9	-3,3	-4,6	-4,5	-4,0	-3,9	-5,0	-4,5	-4,6	-2,9	-
Industrieproduktion <sup>4</sup>	102,0	101,3	103,1	103,0	102,7	103,4	-	103,3	103,9	103,2	104,4	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	4,0	3,0	2,0	2,2	1,8	1,5	1,0	1,5	1,3	1,1	1,1	0,9	-
Konsumentenvertrauen <sup>5</sup>	-22,1	-18,6	-10,0	-7,7	-9,9	-11,2	-6,3	-11,6	-10,9	-8,5	-6,7	-3,7	-
<b>USA</b>													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe <sup>6</sup>	51,7	53,8	55,7	55,5	56,9	56,9	52,6	57,6	55,1	53,5	52,9	51,5	-
Industrieproduktion <sup>7</sup>	97,1	99,9	104,1	103,7	104,7	105,9	105,6	106,3	106,2	105,8	105,9	105,2	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,8	2,3	2,5	2,6	2,5	2,3	2,0	2,3	2,2	1,9	2,0	2,0	-
Konsumentenvertrauen <sup>8</sup>	67,1	73,2	86,9	83,4	90,9	92,7	101,3	91,0	93,1	103,8	98,8	101,3	-
<b>Japan</b>													
All-Industry-Activity-Index <sup>9</sup>	96,4	97,3	97,1	96,1	96,0	96,8	-	96,8	96,7	98,5	-	-	-
Industrieproduktion <sup>10</sup>	97,6	97,0	99,1	98,8	97,4	98,2	-	98,0	98,1	102,2	99,0	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,8	0,7	0,5	0,6	0,5	0,4	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3
Konsumentenvertrauen <sup>11</sup>	40,0	43,6	39,3	38,9	40,5	38,9	40,7	38,4	39,3	39,5	40,9	41,7	-
<b>China</b>													
Vertrauensindikator für die Industrie <sup>12</sup>	50,8	50,8	50,7	50,7	51,3	50,4	49,9	50,3	50,1	49,8	49,9	50,1	-
Industrieproduktion <sup>13</sup>	+10,8	+9,7	+8,3	+8,9	+8,0	+7,6	+6,2	+7,2	+7,9	-	+6,8	+5,6	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,5	3,9	4,2	4,2	4,2	3,7	3,5	3,5	3,6	3,5	3,4	3,6	-
Konsumentenvertrauen <sup>14</sup>	102,4	101,2	104,4	103,9	104,5	104,9	-	105,5	105,8	105,7	109,8	-	-

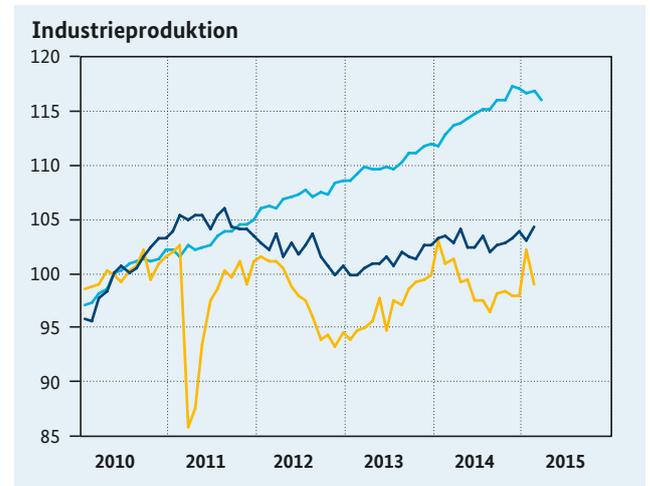
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

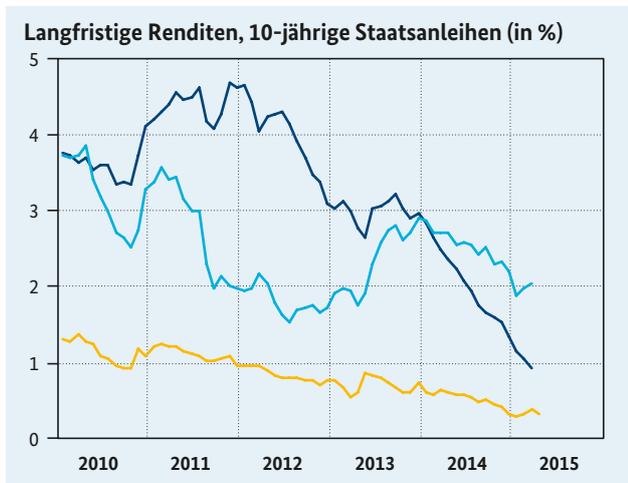
## 1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



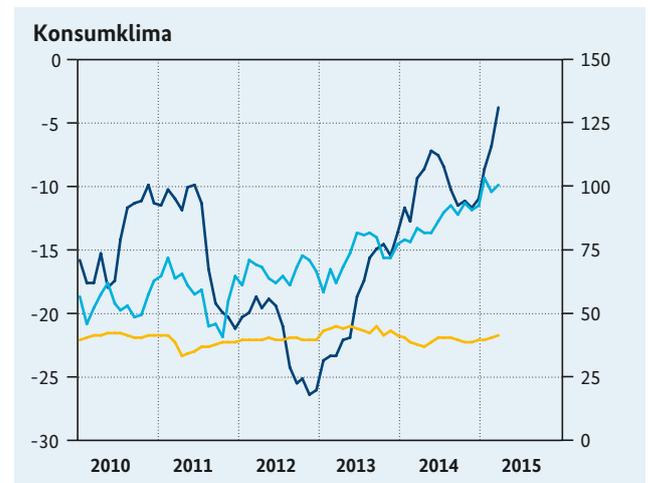
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)<sup>1</sup>  
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)<sup>2</sup>  
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)<sup>3</sup>



— Eurozone<sup>6</sup>  
 — USA<sup>4</sup>  
 — Japan<sup>5</sup>



— Eurozone  
 — USA  
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)<sup>9</sup>  
 — USA (rechte Skala)<sup>7</sup>  
 — Japan (rechte Skala)<sup>8</sup>  
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

## 2. Produzierendes Gewerbe

### 2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

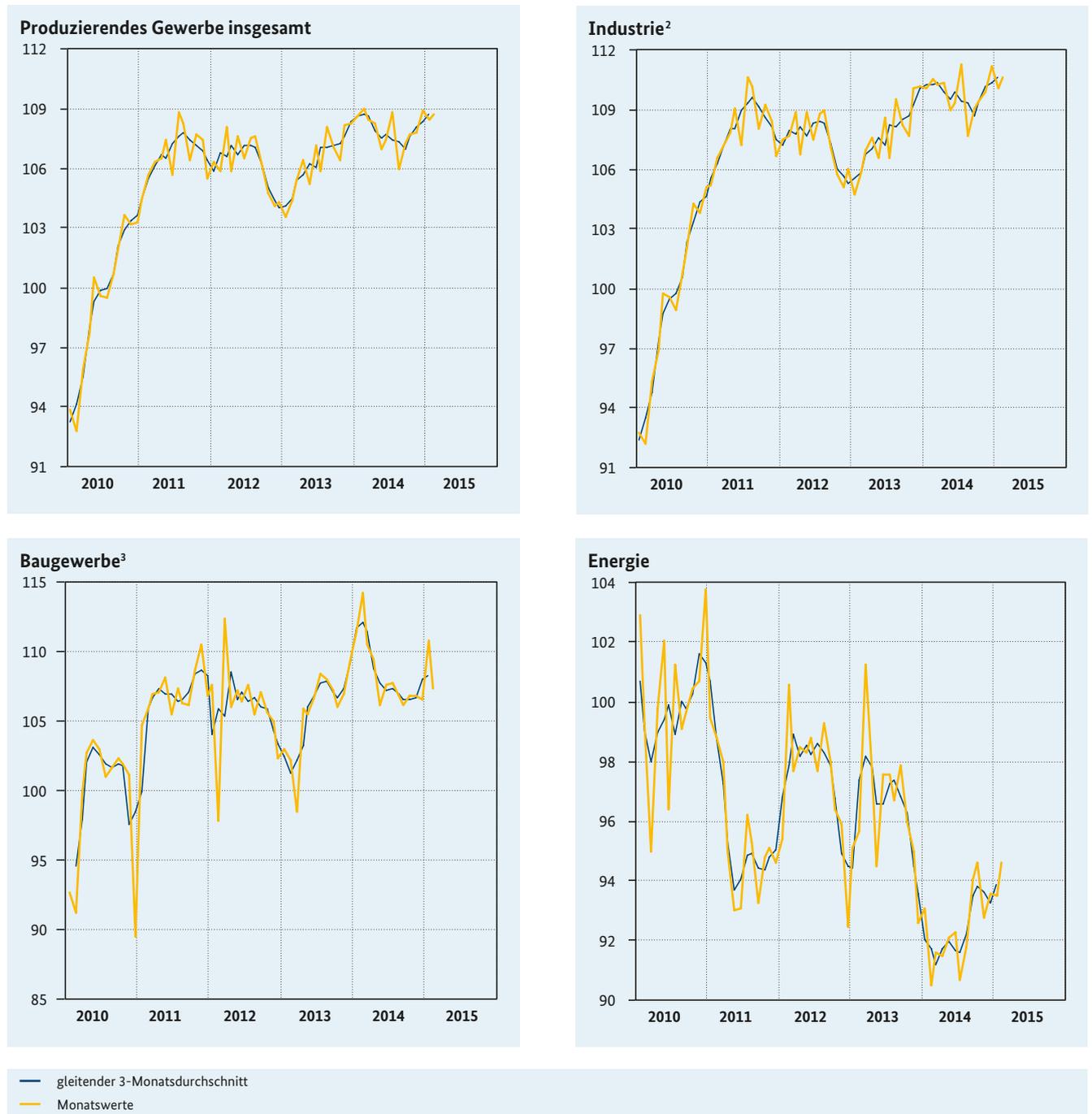
Bundesrepublik Deutschland

		2014			2014				2015					
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
<b>Produktion<sup>1</sup></b>														
<b>Produzierendes Gewerbe</b>	Index	106,2	106,4	107,9	108,7	107,6	107,4	108,1	107,3	107,7	107,8	108,9	108,5	108,7
	gg. Vp. in %	-0,5	0,2	1,4	1,0	-1,0	-0,2	0,7	1,2	0,4	0,1	1,0	-0,4	0,2
	gg. Vj. in %	-0,5	0,2	1,5	4,0	1,2	0,6	0,4	0,3	1,2	-0,3	0,5	0,0	-0,3
<b>Industrie<sup>2</sup></b>	Index	107,4	107,8	109,9	110,3	109,6	109,4	110,2	109,1	109,5	109,9	111,2	110,1	110,7
	gg. Vp. in %	-0,6	0,4	1,9	0,9	-0,6	-0,2	0,7	1,3	0,4	0,4	1,2	-1,0	0,5
	gg. Vj. in %	-0,6	0,3	1,9	4,0	1,8	1,4	0,7	0,8	1,5	-0,3	1,0	0,0	0,1
Vorleistungsgüter	Index	104,6	104,5	106,1	107,1	106,1	105,2	106,0	104,7	105,3	105,5	107,3	106,9	107,1
	gg. Vp. in %	-2,2	-0,1	1,5	0,9	-0,9	-0,8	0,8	0,0	0,6	0,2	1,7	-0,4	0,2
	gg. Vj. in %	-2,2	-0,2	1,6	3,9	1,8	0,8	-0,2	-0,1	-0,2	-0,6	0,3	0,2	-0,5
Investitionsgüter	Index	113,4	113,9	116,7	116,7	116,1	116,5	117,3	116,8	116,7	117,2	118,1	116,7	118,1
	gg. Vp. in %	1,4	0,4	2,5	1,0	-0,5	0,3	0,7	3,5	-0,1	0,4	0,8	-1,2	1,2
	gg. Vj. in %	1,3	0,6	2,4	4,7	1,8	1,9	1,3	1,6	3,0	-0,2	1,4	0,1	1,2
Konsumgüter	Index	99,9	100,6	102,3	102,6	102,2	101,7	102,6	100,7	101,8	102,3	103,6	101,6	101,3
	gg. Vp. in %	-1,9	0,7	1,7	0,9	-0,4	-0,5	0,9	-1,5	1,1	0,5	1,3	-1,9	-0,3
	gg. Vj. in %	-1,9	0,7	1,7	2,8	1,9	1,2	0,9	0,3	1,3	0,4	0,8	-0,7	-1,1
<b>Baugewerbe</b>	Index	105,9	105,7	108,4	112,1	107,8	106,9	106,8	106,2	106,8	106,9	106,6	110,8	107,4
	gg. Vp. in %	-1,0	-0,2	2,6	4,4	-3,8	-0,8	-0,1	-0,6	0,6	0,1	-0,3	3,9	-3,1
	gg. Vj. in %	-1,0	-0,3	2,7	14,3	1,7	-0,8	-0,7	-0,9	0,6	-0,2	-2,5	-0,8	-8,1
Bauhauptgewerbe <sup>3</sup>	Index	111,5	113,8	119,8	123,9	118,0	117,9	119,4	118,5	118,4	119,2	120,6	123,0	118,8
	gg. Vp. in %	-1,1	2,1	5,3	5,7	-4,8	-0,1	1,3	1,5	-0,1	0,7	1,2	2,0	-3,4
	gg. Vj. in %	-1,2	2,1	5,3	25,8	1,4	0,0	1,8	0,8	2,4	1,6	1,2	-0,5	-7,8
Ausbaugewerbe	Index	100,9	98,3	98,1	101,5	98,5	97,0	95,3	95,0	96,3	95,8	93,9	99,7	97,0
	gg. Vp. in %	-1,0	-2,6	-0,2	3,0	-3,0	-1,5	-1,8	-2,9	1,4	-0,5	-2,0	6,2	-2,7
	gg. Vj. in %	-1,0	-2,6	-0,2	3,9	2,0	-1,8	-2,8	-3,1	-1,4	-1,9	-4,8	-1,1	-8,4
<b>Energie<sup>4</sup></b>	Index	97,4	96,5	92,4	91,7	92,0	92,2	93,7	94,1	94,6	92,8	93,6	93,5	94,6
	gg. Vp. in %	1,9	-0,9	-4,2	-3,0	0,3	0,2	1,6	2,5	0,5	-1,9	0,9	-0,1	1,2
	gg. Vj. in %	1,8	-0,9	-4,1	-5,7	-4,8	-5,3	-0,9	-3,6	-1,2	-2,2	0,8	0,3	4,5
<b>Umsätze in der Industrie<sup>1</sup></b>														
<b>Industrie insgesamt</b>	Index	105,9	105,8	108,6	109,1	108,0	107,8	109,5	108,2	109,3	109,1	110,1	111,2	110,4
	gg. Vp. in %	-0,6	-0,1	2,6	1,5	-1,0	-0,2	1,6	2,3	1,0	-0,2	0,9	1,0	-0,7
	gg. Vj. in %	-0,7	0,0	2,6	4,7	2,4	2,0	1,7	1,5	2,7	0,5	2,1	0,8	1,5
Inland	Index	104,8	103,2	104,5	105,5	104,5	103,7	104,3	103,5	103,9	103,8	105,3	106,1	104,7
	gg. Vp. in %	-1,6	-1,5	1,3	1,2	-0,9	-0,8	0,6	1,8	0,4	-0,1	1,4	0,8	-1,3
	gg. Vj. in %	-1,6	-1,5	1,3	3,1	1,9	0,0	0,1	-0,7	0,4	-1,2	1,2	0,0	-0,3
darunter: Investitionsgüter	Index	109,5	107,6	111,0	111,2	110,2	110,3	112,3	110,1	111,3	112,9	112,8	115,4	112,8
	gg. Vp. in %	0,7	-1,7	3,2	2,1	-0,9	0,1	1,8	2,4	1,1	1,4	-0,1	2,3	-2,3
	gg. Vj. in %	0,6	-1,6	3,2	4,2	3,3	2,2	2,9	0,3	3,9	1,8	3,2	4,1	2,0
Ausland	Index	107,0	108,5	113,0	113,0	111,7	112,3	115,1	113,3	115,1	114,8	115,3	116,7	116,4
	gg. Vp. in %	0,5	1,4	4,1	1,7	-1,2	0,5	2,5	2,9	1,6	-0,3	0,4	1,2	-0,3
	gg. Vj. in %	0,4	1,4	4,1	6,4	2,7	4,0	3,5	3,9	5,3	2,3	3,0	1,7	3,2
darunter: Eurozone	Index	98,9	97,1	102,0	100,9	101,4	102,1	103,7	102,0	103,8	101,3	106,0	105,4	106,6
	gg. Vp. in %	-5,4	-1,8	5,0	1,4	0,5	0,7	1,6	-0,1	1,8	-2,4	4,6	-0,6	1,1
	gg. Vj. in %	-5,5	-1,7	5,0	5,2	5,3	5,5	4,2	4,7	6,8	1,4	4,6	4,5	5,2
		2012		2013			2014			2015				
<b>Kapazitäts- und Geräteauslastung<sup>5</sup></b>		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	84,7	84,1	82,8	81,9	82,4	81,7	82,9	83,7	84,0	83,9	83,8	84,2	84,6

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

## 2.2 Entwicklung der Produktion<sup>1</sup>



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

## 2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2014			2014				2015					
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
<b>Auftragseingang<sup>1</sup></b>														
<b>Industrie insgesamt</b>	Index	103,2	106,0	109,1	108,9	107,7	109,1	110,6	108,2	111,0	108,6	112,2	109,3	108,3
	gg. Vp. in %	-3,8	2,7	2,9	0,5	-1,1	1,3	1,4	1,6	2,6	-2,2	3,3	-2,6	-0,9
	gg. Vj. in %	-3,7	2,8	2,8	4,9	2,3	2,2	2,1	-0,6	3,0	-0,5	4,1	-0,3	-1,3
Inland	Index	100,8	101,8	103,4	104,6	103,4	101,8	103,9	100,0	105,5	101,2	105,0	103,2	103,2
	gg. Vp. in %	-5,6	1,0	1,6	1,9	-1,1	-1,5	2,1	-1,8	5,5	-4,1	3,8	-1,7	0,0
	gg. Vj. in %	-5,6	1,0	1,6	3,3	3,3	-1,3	1,0	-3,6	3,3	-3,6	3,8	-1,1	-1,3
Ausland	Index	105,1	109,5	113,7	112,4	111,3	115,0	116,1	114,8	115,5	114,7	118,1	114,3	112,5
	gg. Vp. in %	-2,3	4,2	3,8	-0,5	-1,0	3,3	1,0	4,1	0,6	-0,7	3,0	-3,2	-1,6
	gg. Vj. in %	-2,3	4,3	3,7	6,0	1,5	4,9	2,8	1,5	2,7	1,7	4,2	0,4	-1,3
Eurozone	Index	95,5	98,9	101,7	99,5	99,6	102,6	104,9	101,8	102,7	105,3	106,8	101,6	99,5
	gg. Vp. in %	-10,5	3,6	2,8	-3,5	0,1	3,0	2,2	2,3	0,9	2,5	1,4	-4,9	-2,1
	gg. Vj. in %	-10,4	3,8	2,6	3,8	0,7	4,6	1,9	-1,5	0,9	4,2	0,6	1,6	-4,9
Nicht-Eurozone	Index	111,7	116,8	122,1	121,4	119,4	123,7	123,9	123,8	124,5	121,3	126,0	123,2	121,6
	gg. Vp. in %	3,1	4,6	4,5	1,3	-1,6	3,6	0,2	5,1	0,6	-2,6	3,9	-2,2	-1,3
	gg. Vj. in %	3,2	4,6	4,4	7,3	1,9	5,1	3,5	3,3	3,7	0,3	6,4	-0,3	1,0
<b>Vorleistungsgüter</b>	Index	99,7	100,1	102,0	102,5	101,7	101,1	102,8	101,3	103,4	101,0	104,1	101,7	100,5
	gg. Vp. in %	-4,7	0,4	1,9	0,3	-0,8	-0,6	1,7	1,6	2,1	-2,3	3,1	-2,3	-1,2
	gg. Vj. in %	-4,7	0,3	2,0	3,5	2,9	0,9	0,6	0,5	-0,1	-1,4	3,9	-0,9	-2,2
Inland	Index	99,0	99,3	99,8	101,3	100,3	98,4	99,2	97,3	98,7	96,9	102,1	98,7	96,8
	gg. Vp. in %	-5,5	0,3	0,5	0,7	-1,0	-1,9	0,8	-0,6	1,4	-1,8	5,4	-3,3	-1,9
	gg. Vj. in %	-5,5	0,3	0,5	2,1	2,8	-1,5	-1,5	-3,4	-1,3	-4,5	1,7	-2,7	-5,1
Ausland	Index	100,6	100,9	104,7	104,0	103,3	104,2	107,1	106,0	109,0	105,9	106,4	105,2	104,9
	gg. Vp. in %	-3,6	0,3	3,8	-0,1	-0,7	0,9	2,8	4,0	2,8	-2,8	0,5	-1,1	-0,3
	gg. Vj. in %	-3,6	0,3	3,7	5,0	3,0	3,9	2,9	5,2	1,1	2,0	6,1	1,2	1,3
<b>Investitionsgüter</b>	Index	105,8	110,6	114,3	113,6	112,0	115,2	116,6	113,2	117,0	114,0	118,8	115,0	113,7
	gg. Vp. in %	-3,6	4,5	3,3	0,5	-1,4	2,9	1,2	1,9	3,4	-2,6	4,2	-3,2	-1,1
	gg. Vj. in %	-3,6	4,6	3,3	5,4	1,6	3,1	3,2	-1,4	5,2	0,1	4,5	0,6	-1,1
Inland	Index	103,3	104,9	107,8	108,9	107,0	105,8	109,3	103,1	113,5	106,0	108,5	108,1	110,2
	gg. Vp. in %	-5,8	1,5	2,8	3,1	-1,7	-1,1	3,3	-3,0	10,1	-6,6	2,4	-0,4	1,9
	gg. Vj. in %	-5,7	1,5	2,8	4,8	4,1	-1,3	3,4	-4,1	8,0	-2,9	5,7	0,4	2,2
Ausland	Index	107,3	114,1	118,4	116,5	115,0	121,0	121,1	119,5	119,1	119,0	125,1	119,3	115,8
	gg. Vp. in %	-2,3	6,3	3,8	-0,9	-1,3	5,2	0,1	4,7	-0,3	-0,1	5,1	-4,6	-2,9
	gg. Vj. in %	-2,2	6,4	3,6	5,7	0,2	5,6	3,1	0,2	3,5	1,8	3,9	0,8	-2,8
<b>Konsumgüter</b>	Index	101,8	103,5	107,3	107,5	107,8	106,4	107,5	106,7	107,3	108,6	106,5	106,9	110,0
	gg. Vp. in %	-0,9	1,7	3,7	0,8	0,3	-1,3	1,0	-0,6	0,6	1,2	-1,9	0,4	2,9
	gg. Vj. in %	-1,0	1,7	3,6	7,6	4,2	2,1	0,7	-0,7	1,2	-0,6	1,8	-3,7	1,0
Inland	Index	97,0	97,8	99,4	99,3	99,9	98,8	99,4	97,9	98,5	98,4	101,3	100,9	100,1
	gg. Vp. in %	-5,1	0,8	1,6	1,0	0,6	-1,1	0,6	-0,6	0,6	-0,1	2,9	-0,4	-0,8
	gg. Vj. in %	-5,1	0,8	1,5	2,2	1,6	1,3	0,9	-0,2	0,9	-2,1	4,5	0,6	1,0
Ausland	Index	106,0	108,4	114,1	114,4	114,5	112,9	114,4	114,2	114,9	117,4	110,9	112,0	118,4
	gg. Vp. in %	2,7	2,3	5,3	0,7	0,1	-1,4	1,3	-0,5	0,6	2,2	-5,5	1,0	5,7
	gg. Vj. in %	2,6	2,2	5,3	12,1	6,2	2,7	0,7	-1,1	1,4	0,4	0,1	-6,7	0,9
<b>Industrie ohne Großaufträge<sup>2</sup></b>	Index	103,4	105,0	108,4	108,6	107,2	107,6	110,4	107,5	110,7	109,3	111,3	110,0	109,4
	gg. Vp. in %	-2,8	1,5	3,2	1,8	-1,3	0,4	2,6	1,3	3,0	-1,3	1,8	-1,2	-0,5
	gg. Vj. in %	-2,6	1,4	3,2	5,3	2,6	1,6	3,5	0,8	4,1	1,6	5,0	0,5	0,6

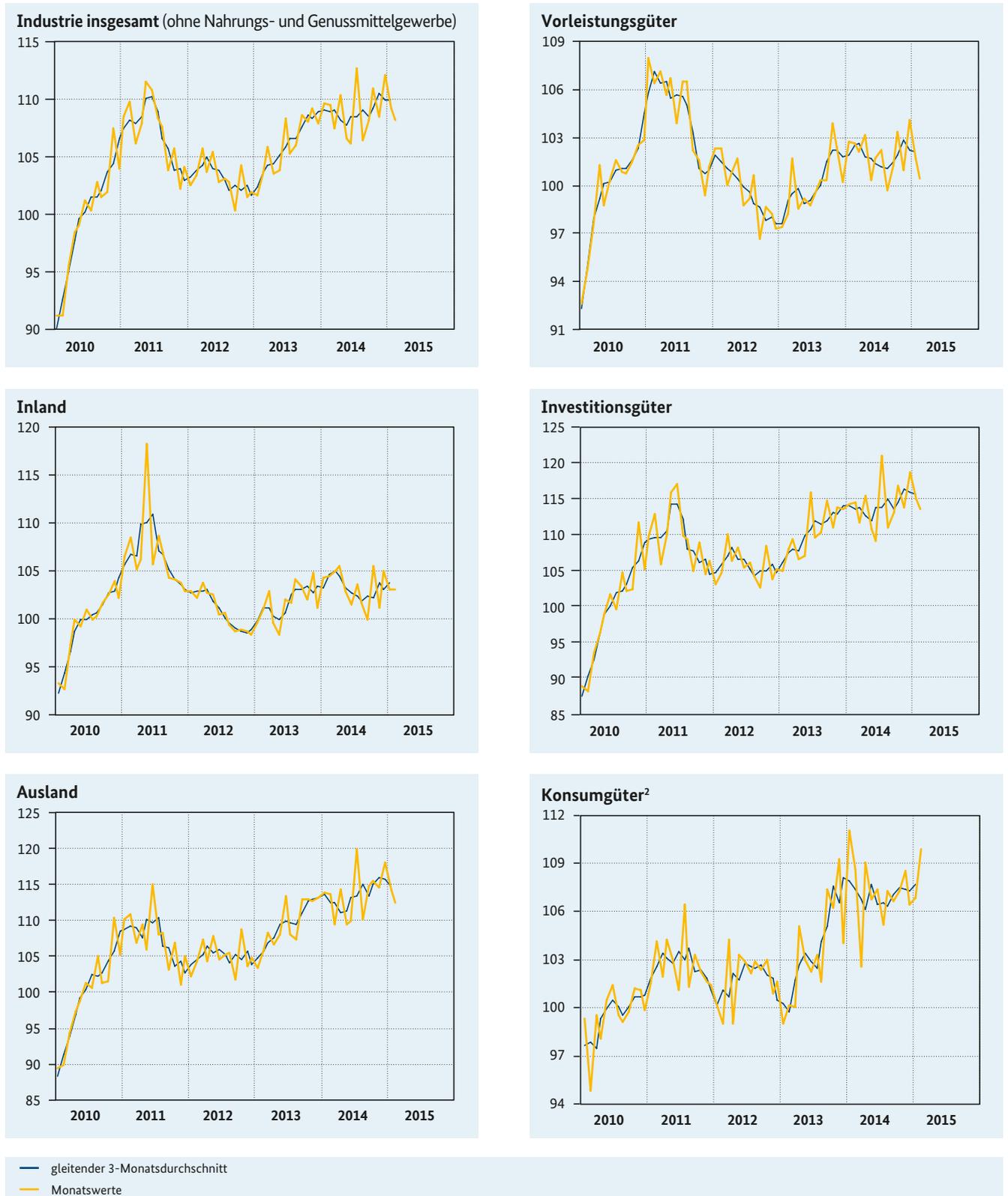
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

## 2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

## 2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

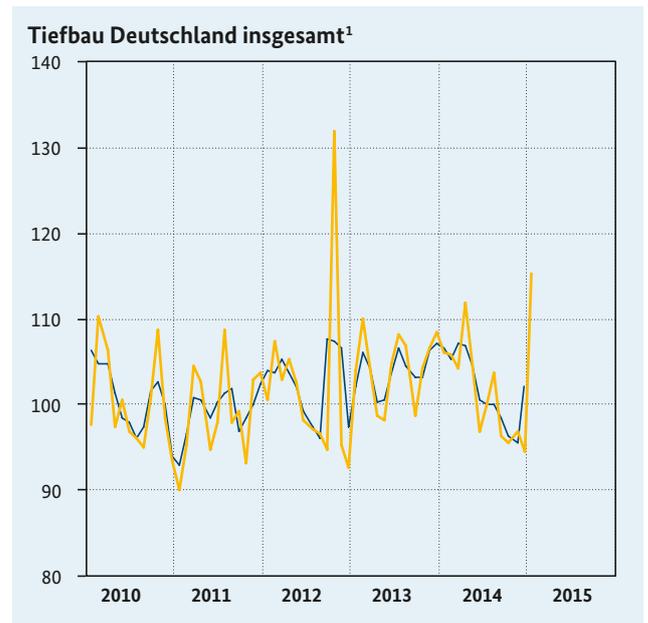
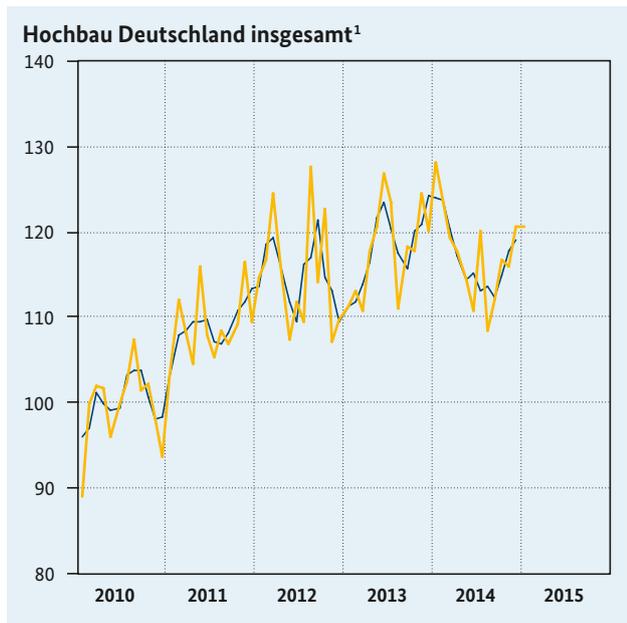
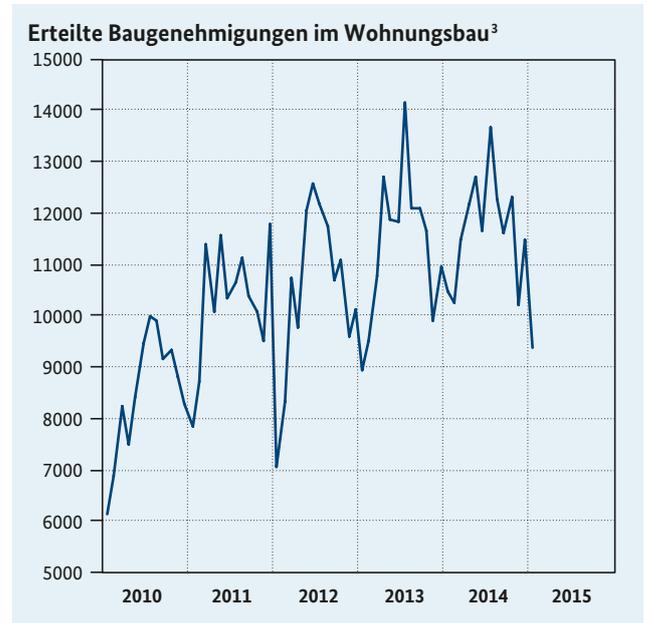
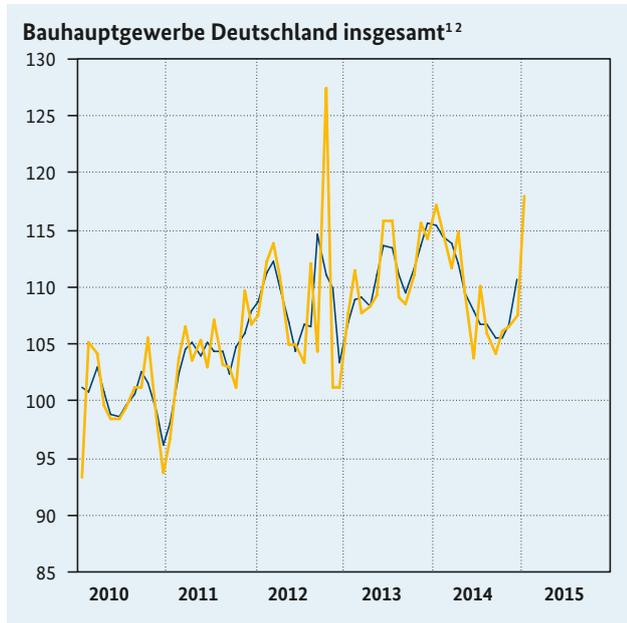
					2014				2014				2015		
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
<b>Auftragseingang<sup>1</sup></b>															
<b>Bauhauptgewerbe</b>		Index	108,7	111,3	109,4	114,6	109,5	106,9	106,8	106,1	104,3	106,2	107,6	118,1	
	gg. Vp. in %	4,3	2,4	-1,7	0,8	-4,5	-2,4	-0,1	-3,7	-1,7	1,8	0,3	1,0	9,8	
	gg. Vj. in %	4,2	2,2	-1,8	5,5	-1,6	-4,4	-5,9	-3,1	-4,5	-4,5	-7,9	-5,5	1,4	
Hochbau		Index	115,3	118,1	117,5	123,9	114,5	113,6	117,9	108,5	112,1	116,9	120,7	120,8	
	gg. Vp. in %	5,7	2,4	-0,5	2,5	-7,6	-0,8	3,8	-9,8	3,3	4,3	-0,8	4,1	0,1	
	gg. Vj. in %	5,7	2,4	-0,8	10,6	-5,9	-3,8	-2,5	-2,8	-5,6	-0,9	-6,8	0,4	-5,5	
Wohnungsbau		Index	126,1	131,0	135,1	141,1	134,9	122,7	141,6	115,1	129,0	138,9	135,1	148,8	
	gg. Vp. in %	7,5	3,9	3,1	7,1	-4,4	-9,0	15,4	-7,2	12,1	7,7	-2,7	11,6	-1,3	
	gg. Vj. in %	7,2	4,3	2,5	11,5	2,7	-9,3	7,3	-13,7	-4,1	5,9	4,7	11,3	7,3	
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	110,0	111,6	108,7	115,3	104,4	109,1	106,1	105,2	103,7	106,0	105,8	106,9	
	gg. Vp. in %	4,8	1,5	-2,6	-0,2	-9,5	4,5	-2,7	-11,1	-1,4	2,2	0,5	-0,7	1,0	
	gg. Vj. in %	5,1	1,4	-3,0	10,2	-10,9	-0,4	-7,8	4,0	-6,5	-4,7	-12,6	-6,3	-12,3	
Tiefbau		Index	102,2	104,5	101,4	105,4	104,5	100,1	95,7	103,7	96,5	95,5	97,0	115,4	
	gg. Vp. in %	2,9	2,3	-3,0	-0,9	-0,9	-4,2	-4,4	3,6	-6,9	-1,0	1,6	-2,5	22,0	
	gg. Vj. in %	2,5	2,0	-2,8	-0,1	3,3	-5,1	-10,3	-3,6	-3,3	-8,9	-9,3	-12,9	10,5	
Straßenbau		Index	98,2	103,4	99,6	109,8	100,8	95,3	92,3	94,1	88,9	91,2	93,9	96,9	
	gg. Vp. in %	1,9	5,3	-3,7	5,2	-8,2	-5,5	-3,1	-8,6	-5,5	2,6	3,0	-2,2	5,6	
	gg. Vj. in %	2,1	3,7	-3,3	1,8	0,2	-4,5	-12,3	-9,7	-6,4	-15,4	-6,4	-14,0	-0,4	
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	104,6	105,1	102,5	102,7	106,7	103,0	97,7	109,5	101,1	98,1	98,8	126,6	
	gg. Vp. in %	3,6	0,5	-2,5	-4,6	3,9	-3,5	-5,1	11,3	-7,7	-3,0	0,7	-2,5	31,5	
	gg. Vj. in %	2,9	1,0	-2,6	-1,1	5,5	-5,5	-9,3	0,5	-1,6	-4,8	-10,7	-12,5	14,3	
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	112,6	114,1	112,9	119,6	109,8	112,7	109,6	110,0	107,2	108,0	110,5	119,0	
	gg. Vp. in %	2,5	1,3	-1,1	0,4	-8,2	2,6	-2,8	-9,0	-2,5	0,7	2,2	0,1	7,7	
	gg. Vj. in %	2,8	1,2	-1,3	10,0	-6,0	0,0	-7,9	3,2	-6,7	-6,2	-12,5	-4,7	-6,7	
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	97,9	100,4	95,6	98,9	99,0	94,6	90,0	98,5	91,6	91,3	87,5	105,0	
	gg. Vp. in %	5,0	2,6	-4,8	-1,9	0,1	-4,4	-4,9	5,1	-7,0	-0,3	-0,2	-4,0	20,0	
	gg. Vj. in %	4,4	2,2	-4,5	-2,8	1,0	-6,6	-11,1	-4,5	-2,2	-8,3	-8,3	-17,0	11,3	
<b>Baugenehmigungen (Neubau)<sup>2</sup></b>															
<b>Hochbau (veranschlagte Kosten)</b>		Mio. €	70395	76490	78378	17832	20209	21008	19330	6859	6365	7056	5772	6501	5079
	gg. Vj. in %	3,2	8,7	2,5	7,2	4,4	-3,6	3,4	2,6	-8,0	2,8	2,9	4,4	-10,0	
Wohngebäude		Mio. €	39266	43680	46466	10414	12102	12507	11443	4096	3922	4114	3433	3897	3141
	gg. Vj. in %	5,3	11,2	6,4	13,3	5,5	1,2	7,4	6,5	0,0	8,5	3,3	10,1	-6,4	
Nichtwohngebäude		Mio. €	31129	32809	31913	7418	8107	8501	7887	2764	2443	2942	2340	2605	1938
	gg. Vj. in %	0,6	5,4	-2,7	-0,2	2,7	-9,9	-1,9	-2,6	-18,4	-4,1	2,5	-3,2	-15,1	
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	23531	23624	24145	5688	6064	6526	5868	2044	1908	2300	1740	1828	1399
	gg. Vj. in %	2,5	0,4	2,2	13,6	3,7	-4,1	-1,6	2,3	-15,2	6,8	1,1	-12,5	-15,6	
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	7598	9185	7768	1731	2044	1975	2019	720	535	642	600	776	539
	gg. Vj. in %	-4,7	20,9	-15,4	-28,7	-0,2	-25,0	-2,8	-14,4	-27,9	-29,8	6,8	29,4	-13,8	
Wohngebäude (Rauminhalt) <sup>3</sup>		Mio. m <sup>3</sup>	126	137	141	32,3	36,7	37,7	34,1	12,3	11,7	12,3	10,3	11,5	9,4
	gg. Vj. in %	2,0	8,5	2,8	10,2	0,4	-2,0	4,5	1,6	-4,0	5,5	3,2	4,8	-10,5	
	gg. Vp. in %	2,4	8,9	3,1	7,6	-2,9	-0,4	0,1	0,0	-3,5	4,0	-2,2	0,1	-0,4	
<b>ifo Konjunkturtest<sup>4</sup></b>															
<b>Kapazitäts- und Geräteauslastung</b>		Salden	71,7	71,8	73,8	75,0	78,6	77,7	62,5	78,9	78,1	76,1	66,8	59,3	61,5
<b>witterungsbedingte Baubehinderungen</b>		Salden	18,1	28,4	8,6	2,7	3,0	4,0	38,3	3,0	3,0	6,0	19,0	51,0	45,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

## 2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt  
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

## 2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2014			2015	2014			2015		
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
<b>ifo Konjunkturtest<sup>1</sup></b>														
<b>Gewerbliche Wirtschaft</b>														
Geschäftsklima	Salden	2,6	6,2	9,1	13,2	6,4	2,3	7,4	0,2	2,5	4,2	6,6	6,7	8,8
Geschäftslage	Salden	13,6	9,3	13,4	18,1	11,6	7,4	12,3	5,6	7,8	8,9	12,4	11,6	13,0
Geschäftserwartungen	Salden	-7,5	3,4	4,2	8,3	-0,6	-2,7	2,5	-5,1	-2,7	-0,4	1,0	1,9	4,7
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>														
Geschäftsklima	Salden	3,8	9,2	12,9	17,8	10,5	4,2	10,4	2,0	3,7	7,0	9,3	9,5	12,5
Geschäftslage	Salden	17,5	12,3	18,8	24,1	17,7	11,0	16,0	8,8	11,5	12,8	16,0	15,1	16,8
Geschäftserwartungen	Salden	-9,0	6,2	7,1	11,7	3,6	-2,4	5,1	-4,7	-3,8	1,4	2,8	4,1	8,4
<b>Vorleistungsgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	2,6	8,0	13,5	16,9	11,9	5,5	12,0	3,2	4,5	8,9	10,1	11,2	14,6
Geschäftslage	Salden	14,8	7,8	20,2	24,1	20,8	12,8	16,2	12,6	12,9	13,0	15,1	15,4	18,0
Geschäftserwartungen	Salden	-8,8	8,1	7,0	9,9	3,3	-1,5	7,8	-5,8	-3,5	4,9	5,2	7,1	11,2
<b>Investitionsgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	4,3	10,4	15,1	23,6	11,9	3,1	10,8	1,8	2,7	4,8	11,0	8,7	12,7
Geschäftslage	Salden	23,0	14,8	20,4	29,1	19,4	8,4	14,8	6,2	8,8	10,3	16,0	13,3	15,0
Geschäftserwartungen	Salden	-12,7	6,1	9,9	18,3	4,6	-2,1	7,0	-2,5	-3,3	-0,5	6,1	4,3	10,6
<b>Konsumgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	5,6	8,7	7,6	9,5	5,9	1,8	6,9	-1,2	1,6	5,1	4,9	6,4	9,5
Geschäftslage	Salden	13,3	16,3	14,4	17,1	11,1	10,5	17,3	4,6	12,3	14,7	14,9	16,2	20,8
Geschäftserwartungen	Salden	-1,9	1,4	1,1	2,2	0,9	-6,5	-3,0	-7,0	-8,5	-4,0	-4,7	-3,0	-1,2
<b>Bauhauptgewerbe</b>														
Geschäftsklima	Salden	-5,4	-1,2	-3,0	-4,5	-3,9	-3,8	-6,4	-3,1	-3,2	-5,1	-5,6	-5,8	-7,8
Geschäftslage	Salden	-4,2	0,1	-3,3	-3,0	-4,6	-4,5	-7,3	-3,4	-4,7	-5,4	-6,4	-6,2	-9,4
Geschäftserwartungen	Salden	-6,6	-2,3	-2,8	-6,0	-3,1	-3,1	-5,5	-2,7	-1,7	-4,9	-4,8	-5,4	-6,3
<b>Dienstleistungen</b>														
Geschäftsklima	Salden	16,9	16,7	22,6	23,4	20,9	22,9	23,5	23,8	19,0	25,9	24,7	22,8	23,1
Geschäftslage	Salden	28,2	22,9	32,4	34,7	31,4	31,3	30,4	33,5	27,8	32,5	32,1	27,3	31,7
Geschäftserwartungen	Salden	6,3	10,8	13,3	12,8	10,9	14,8	16,9	14,4	10,6	19,4	17,5	18,4	14,9
<b>ZEW-Konjunkturerwartungen<sup>2</sup></b>														
konjunkturelle Lage	Salden	24,8	16,9	40,0	63,1	43,8	5,5	41,0	3,2	3,3	10,0	22,4	45,5	55,1
Konjunkturerwartungen	Salden	-5,0	44,7	29,6	35,4	14,2	14,3	52,1	-3,6	11,5	34,9	48,4	53,0	54,8

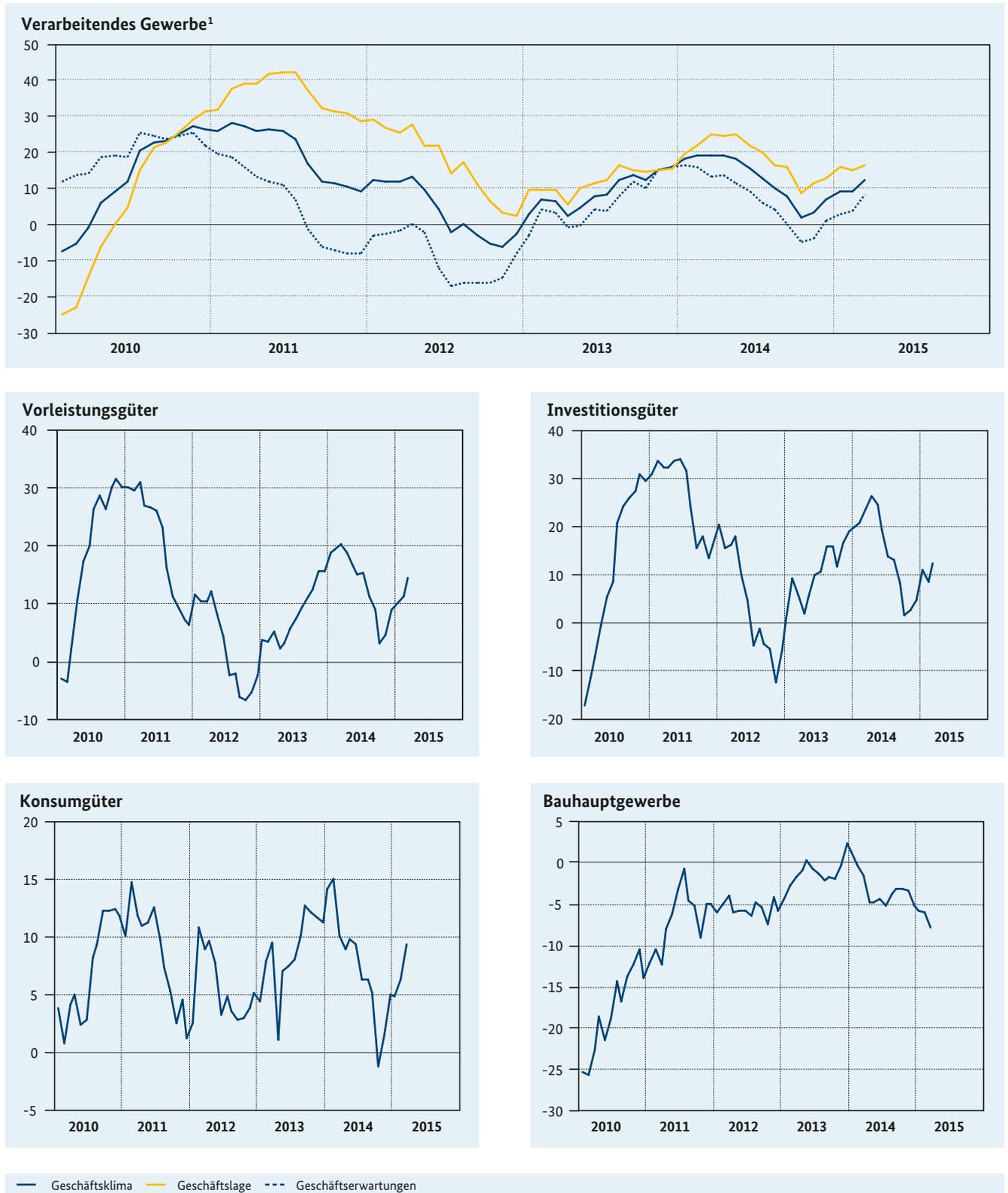
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

## 2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

<sup>1</sup> Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

### 3. Privater Konsum

#### 3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

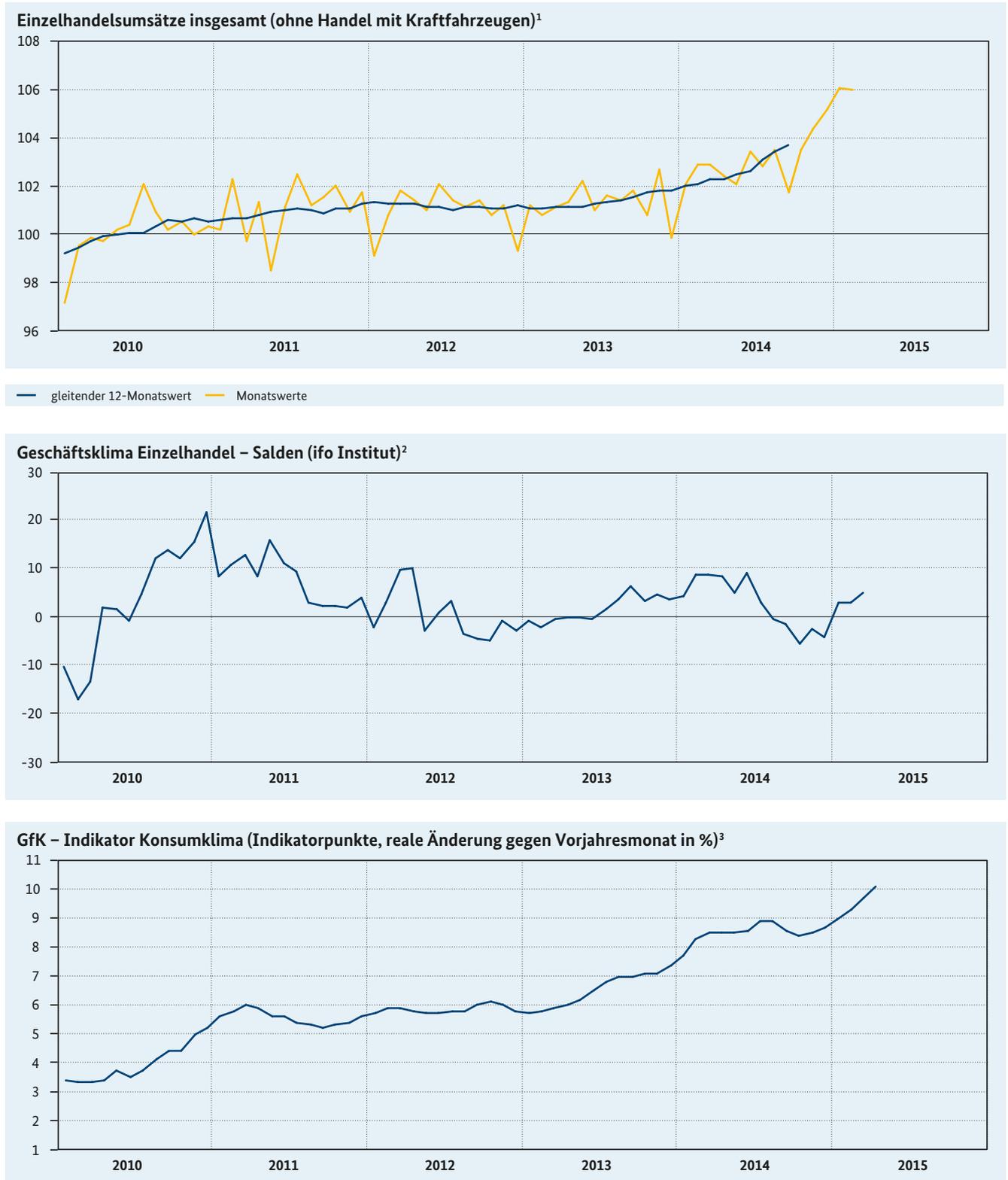
					2012		2013		2014					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung<sup>1</sup></b>														
Private Konsumausgaben <sup>1</sup>	Index	103,0	103,8	105,0	102,8	103,1	103,3	103,9	104,2	103,9	104,6	104,5	105,3	106,1
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	0,7	0,8	1,2	0,0	0,2	0,2	0,6	0,3	-0,3	0,6	0,0	0,8	0,8
	gg. Vj. in %	0,7	0,8	1,2	0,1	0,4	-0,4	1,0	2,0	0,7	1,0	0,8	1,1	1,7
Verfügbare Einkommen	in Mrd. €	1652	1681	1722	413	414	417	420	423	422	426	428	432	438
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	2,0	1,8	2,4	0,1	0,4	0,6	0,8	0,8	-0,3	1,0	0,3	1,1	1,3
	gg. Vj. in %	2,0	1,8	2,4	1,4	1,3	0,2	2,0	3,2	1,8	2,2	2,1	2,3	3,2
<b>Einzelhandelsumsätze<sup>1</sup></b>														
		2012	2013	2014	2014		2015		2014		2015			
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
<b>Einzelhandel</b>	Index	101,0	101,3	103,1	102,6	102,7	104,4	-	104,4	105,2	106,1	106,0	-	-
<b>(ohne Handel mit Kfz)</b>	gg. Vp. In %	-0,1	0,3	1,8	0,0	0,1	1,7	-	0,9	0,8	0,9	-0,1	-	-
	gg. Vj. in %	-0,1	0,4	1,8	1,1	1,0	3,2	-	1,7	5,3	4,0	3,3	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	100,3	101,3	102,6	102,9	102,2	103,3	-	103,2	103,5	105,4	103,5	-	-
	gg. Vp. In %	-0,1	1,0	1,3	0,9	-0,7	1,1	-	0,1	0,3	1,8	-1,8	-	-
	gg. Vj. in %	-0,2	1,0	1,4	2,3	0,5	2,2	-	0,6	4,2	4,2	1,6	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	99,0	98,8	99,9	99,3	99,7	98,1	-	99,5	98,5	102,1	106,9	-	-
	gg. Vp. In %	-1,6	-0,2	1,1	-3,3	0,4	-1,6	-	3,3	-1,0	3,7	4,7	-	-
	gg. Vj. in %	-1,5	-0,2	1,0	-0,7	-0,8	0,2	-	-1,4	3,2	0,9	3,9	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	115,7	117,5	122,2	120,8	122,6	127,7	-	128,4	128,4	130,0	128,1	-	-
	gg. Vp. In %	6,3	1,6	4,0	2,9	1,5	4,2	-	1,6	0,0	1,2	-1,5	-	-
	gg. Vj. in %	5,9	1,6	4,4	4,2	3,7	9,2	-	9,5	10,1	10,3	8,7	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	102,8	99,7	99,6	99,0	98,5	100,7	-	100,6	101,7	102,8	102,2	-	-
	gg. Vp. In %	-0,2	-3,0	-0,1	-1,2	-0,5	2,2	-	0,9	1,1	1,1	-0,6	-	-
	gg. Vj. in %	-0,3	-3,0	0,0	-1,9	-1,2	1,9	-	1,1	4,5	4,0	1,3	-	-
<b>Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur</b>	Index	103,3	102,1	104,7	103,9	104,2	105,3	-	104,5	106,6	108,4	-	-	-
	gg. Vp. In %	-2,1	-1,2	2,5	-1,3	0,3	1,1	-	-0,2	2,0	1,7	-	-	-
	gg. Vj. in %	-2,1	-1,2	2,4	1,6	1,8	0,6	-	-0,5	2,6	3,3	-	-	-
<b>Umsätze im Gastgewerbe<sup>1</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	102,2	100,7	102,0	100,9	102,3	102,6	-	103,7	101,1	103,6	-	-	-
	gg. Vp. In %	-0,2	-1,5	1,3	-1,2	1,4	0,3	-	0,6	-2,5	2,5	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,0	-1,6	1,3	0,9	0,8	1,6	-	2,1	0,9	1,7	-	-	-
<b>Pkw-Neuzulassungen<sup>2</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	in Tsd.	3083	2952	3037	827	743	755	758	250	230	211	223	323	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-4,2	2,9	-0,3	4,1	2,7	6,4	-1,8	6,7	2,6	6,6	9,0	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1176	1120	1099	313	273	254	255	82	77	66	74	116	-
	gg. Vj. in %	-7,7	-4,8	-1,9	-6,6	-2,5	-3,6	-1,3	-9,4	5,5	-9,1	-2,4	4,6	-
<b>Verbraucherpreise<sup>3</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	104,1	105,7	106,6	106,5	107,0	106,7	106,3	106,7	106,7	105,5	106,5	107,0	-
	gg. Vj. in %	2,0	1,5	0,9	1,1	0,8	0,5	0,0	0,6	0,2	-0,4	0,1	0,3	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	3,4	4,4	1,0	0,8	0,4	-0,2	-0,6	0,0	-1,2	-1,3	-0,4	-0,1	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,2	1,3	1,5	1,5	1,5	1,5	1,3	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	5,8	4,1	-0,9	-0,1	-0,8	-2,3	-4,8	-1,4	-3,8	-5,7	-4,6	-4,2	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	2,5	-0,5	-0,8	-0,1	-0,7	-1,5	-3,4	-0,8	-3,3	-4,5	-3,6	-2,0	-
<b>Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum</b>														
<b>ifo Geschäftsklima Einzelhandel<sup>4</sup></b>	Salden	0,6	1,8	2,9	7,7	0,4	-4,0	3,9	-2,3	-4,2	3,2	3,3	5,2	-
Geschäftslage	Salden	8,2	5,9	8,9	14,9	8,1	0,7	11,3	-1,0	4,2	11,4	10,8	11,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	-6,7	-2,3	-2,9	0,8	-7,0	-8,5	-3,3	-3,6	-12,3	-4,7	-3,9	-1,3	-
<b>GfK – Konsumklima<sup>5</sup></b>	Punkte	5,9	6,5	8,5	8,5	8,8	8,5	9,3	8,5	8,7	9,0	9,3	9,7	10,1
Anschaffungsneigung	Punkte	33,6	40,0	48,7	50,4	48,1	47,8	58,0	47,8	49,7	53,3	58,4	62,3	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

## 3.2 Entwicklung des privaten Konsums



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

## 4. Außenwirtschaft

### 4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

					2014				2014				2015	
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
<b>Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)<sup>1</sup></b>														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	189	187	227	54	51	61	60	20,5	22,3	17,3	20,9	21,3	20,3
	gg. Vp. in %	16,1	-1,4	21,7	-1,4	-4,5	18,8	-1,2	4,4	8,6	-22,4	20,9	2,1	-4,7
Warenhandel	in Mrd. €	198	210	231	54	55	60	62	19,9	22,1	18,4	21,8	19,7	19,9
	gg. Vp. in %	23,3	5,9	10,2	-1,9	1,8	8,9	3,9	5,5	11,2	-17,0	18,6	-9,3	1,0
Ausfuhr	in Mrd. €	1077	1088	1127	277	278	284	289	96,1	97,2	94,4	97,1	94,5	96,4
	gg. Vp. in %	5,0	1,0	3,6	0,1	0,4	2,3	1,6	4,4	1,2	-2,8	2,8	-2,7	2,0
Einfuhr	in Mrd. €	879	878	896	223	223	224	226	76,2	75,1	76,1	75,3	74,8	76,5
	gg. Vp. in %	1,6	-0,1	2,1	0,6	0,0	0,7	1,0	4,1	-1,4	1,3	-1,0	-0,8	2,3
Dienstleistungen	in Mrd. €	-35	-45	-39	-9	-9	-10	-12	-3,4	-4,1	-3,9	-3,7	-2,8	-2,9
	gg. Vp. in %	10,1	26,6	-11,6	-21,3	-0,5	16,0	15,0	-6,0	18,0	-3,2	-6,1	-24,7	4,0
Einnahmen	in Mrd. €	192	201	210	52	52	52	53	17,5	17,6	17,4	17,6	18,3	18,5
	gg. Vp. in %	7,2	4,5	4,2	2,4	0,5	-0,5	0,8	1,6	0,6	-1,0	1,3	3,5	1,3
Ausgaben	in Mrd. €	228	246	249	61	61	62	64	20,9	21,7	21,4	21,3	21,0	21,4
	gg. Vp. in %	7,7	7,9	1,4	-1,9	0,4	1,9	3,1	0,3	3,4	-1,4	-0,1	-1,4	1,6
Primäreinkommen	in Mrd. €	67	59	68	16	15	18	18	6,6	6,2	6,1	5,7	7,2	6,7
	gg. Vp. in %	-4,5	-12,0	15,2	-5,9	-5,5	19,3	-2,2	11,9	-6,1	-0,5	-7,3	27,2	-6,9
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-41	-38	-33	-8	-10	-7	-8	-2,5	-2,0	-3,3	-2,9	-2,9	-3,5
	gg. Vp. in %	13,4	-7,4	-12,8	16,6	33,3	-31,6	16,5	77,5	-22,2	67,9	-12,5	0,0	20,1

#### Außenhandel nach Ländern<sup>2</sup>

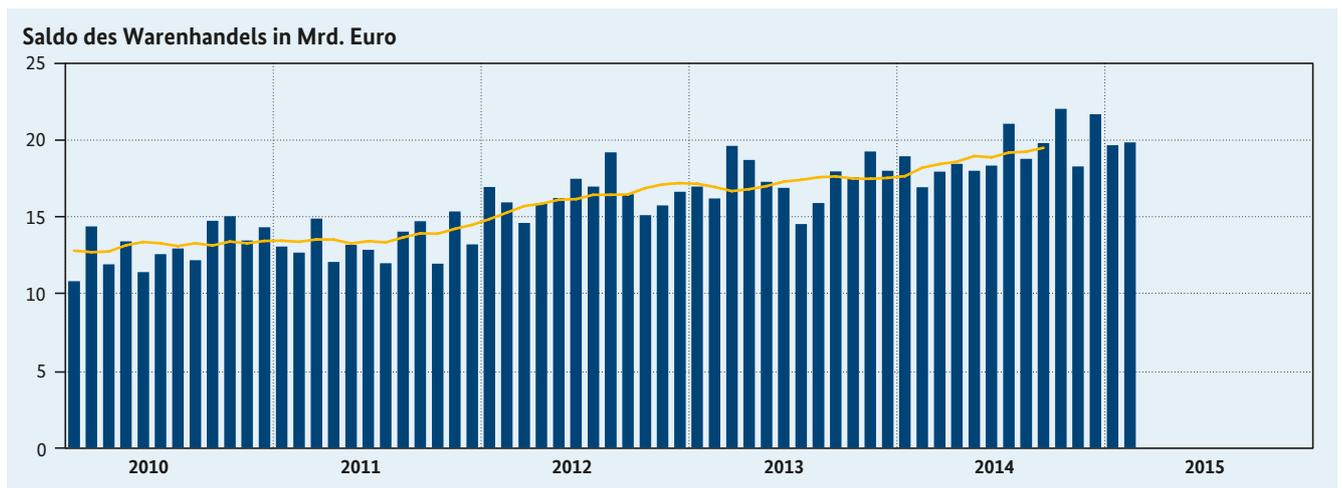
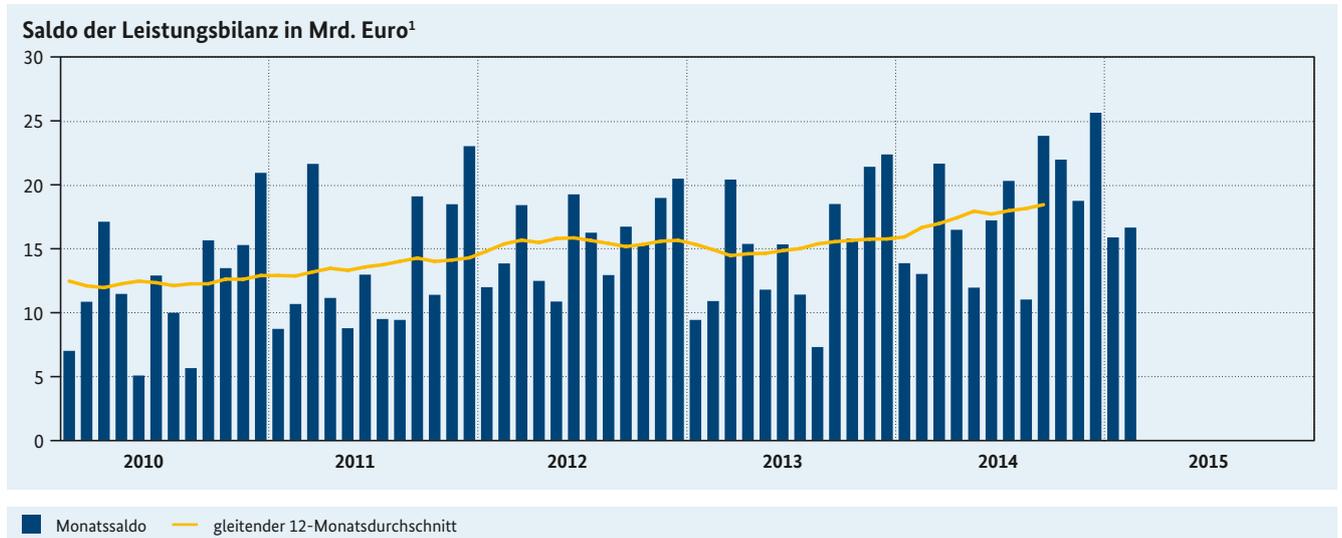
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1096	1093	1134	278	278	287	290	102,3	103,9	96,0	90,1	89,9	95,7
	gg. Vj. in %	3,3	-0,2	3,7	2,6	1,5	5,4	5,3	8,3	5,0	1,6	10,0	-0,6	3,9
EU-Länder	in Mrd. €	623	624	657	165	163	163	167	58,7	59,7	56,2	50,8	54,1	56,6
	gg. Vj. in %	-	0,2	5,4	5,0	4,2	6,4	6,0	7,1	4,0	5,1	9,5	-0,7	3,4
Eurozone <sup>1</sup>	in Mrd. €	407	403	417	106	104	102	105	36,7	37,7	35,3	32,1	34,2	35,6
	gg. Vj. in %	-	-0,8	3,3	2,6	2,8	4,2	3,6	4,1	2,3	2,7	6,3	-2,8	1,7
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	216	220	241	59	59	61	62	21,9	22,1	20,9	18,7	19,9	20,9
	gg. Vj. in %	-	2,0	9,3	9,5	6,8	10,4	10,3	12,6	7,1	9,4	15,5	3,2	6,4
Drittländer	in Mrd. €	473	469	476	114	116	124	123	43,6	44,2	39,8	39,3	35,8	39,2
	gg. Vj. in %	-	-0,8	1,5	-0,6	-2,1	4,1	4,4	10,0	6,3	-3,0	10,5	-0,5	4,6
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	906	898	917	231	227	228	231	80,3	81,9	78,1	71,2	74,1	76,5
	gg. Vj. in %	0,4	-0,9	2,1	3,5	0,5	2,1	2,2	8,0	0,8	1,9	4,1	-2,2	0,8
EU-Länder	in Mrd. €	573	579	600	151	150	147	152	52,3	54,0	51,5	46,4	47,0	50,7
	gg. Vj. in %	-	1,0	3,7	5,6	2,8	3,8	2,6	8,4	1,2	3,4	3,2	-2,6	0,9
Eurozone	in Mrd. €	402	402	413	104	104	101	104	35,8	36,8	35,2	31,9	32,2	34,8
	gg. Vj. in %	-	0,0	2,7	5,2	1,0	3,0	1,8	8,8	0,4	3,8	1,4	-4,4	0,5
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	171	177	187	46	47	46	48	16,5	17,2	16,3	14,6	14,8	15,9
	gg. Vj. in %	-	3,3	5,8	6,5	6,8	5,7	4,2	7,6	3,0	2,7	7,4	1,5	2,0
Drittländer	in Mrd. €	333	319	317	80	77	81	79	28,0	27,9	26,6	24,7	27,1	25,8
	gg. Vj. in %	-	-4,0	-0,9	-0,3	-3,6	-0,9	1,4	7,1	-0,1	-1,1	6,0	-1,5	0,6

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

## 4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungenbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 5. Arbeitsmarkt

### 5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

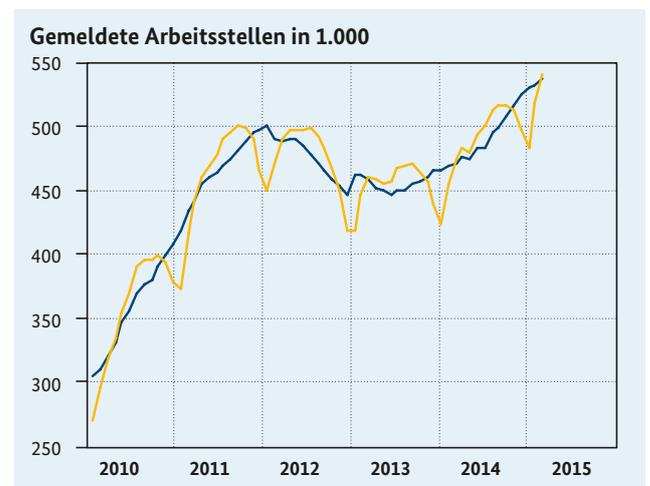
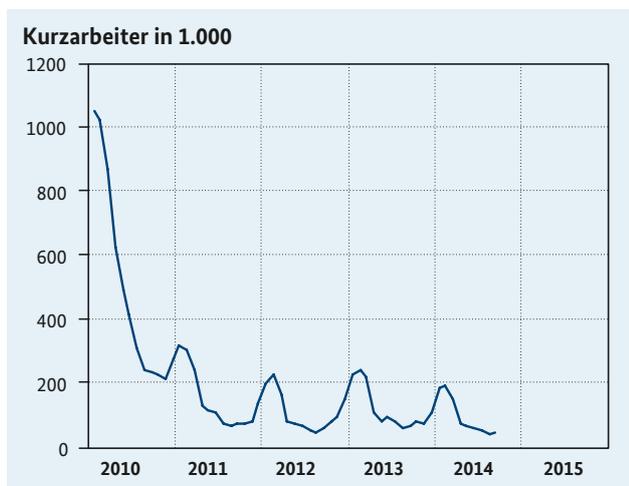
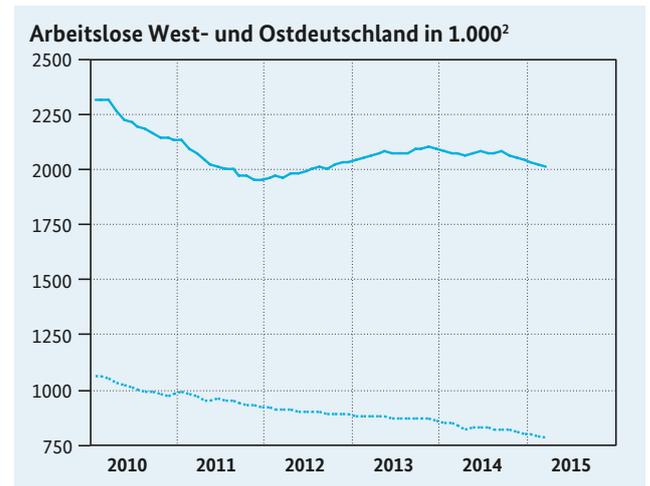
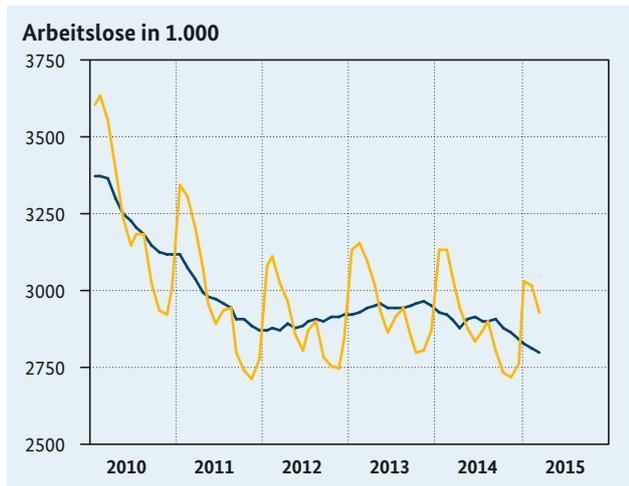
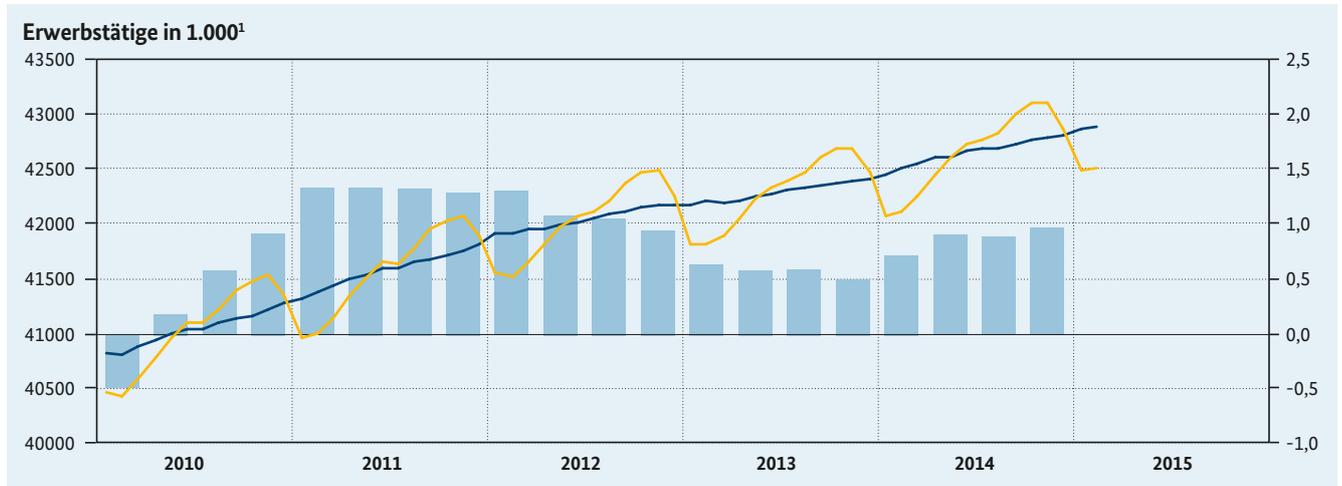
					2014			2015			2014			2015		
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März		
<b>Ursprungszahlen</b>																
Erwerbstätige <sup>1</sup>	in Tsd.	42033	42281	42652	42586	42858	43023	-	43100	43101	42867	42479	42494	-		
	gg. Vj. in Tsd.	+462	+248	+370	+387	+376	+412	-	+420	+411	+404	+408	+384	-		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	29361	29728	30230	30120	30365	30616	-	30684	30714	30451	30322	-	-		
	gg. Vj. in Tsd.	+642	+367	+502	+515	+497	+545	-	+503	+565	+566	+585	-	-		
Erwerbslose <sup>2</sup>	in Tsd.	2224	2182	2090	2048	2033	2012	-	2017	2106	1913	2063	2207	-		
	gg. Vj. in Tsd.	-175	-43	-92	-117	-81	-61	-	-84	+31	-130	-242	-59	-		
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	4,9	4,9	4,8	-	4,8	5,0	4,5	4,9	5,3	-		
Arbeitslose insgesamt <sup>3</sup>	in Tsd.	2897	2950	2898	2886	2860	2738	2993	2733	2717	2764	3032	3017	2932		
	gg. Vj. in Tsd.	-79	+53	-52	-55	-43	-89	-116	-68	-89	-110	-104	-121	-123		
SGB II	in Tsd.	1995	1981	1965	1986	1951	1892	1983	1896	1882	1897	1989	1983	1976		
	gg. Vj. in Tsd.	-89	-14	-16	-10	-18	-44	-49	-35	-43	-53	-43	-51	-52		
SGB III	in Tsd.	902	970	933	900	909	846	1011	836	834	867	1043	1034	955		
	gg. Vj. in Tsd.	+10	+67	-36	-45	-25	-46	-67	-33	-47	-57	-61	-70	-71		
Westdeutschland	in Tsd.	2000	2080	2075	2063	2073	1970	2137	1974	1957	1980	2160	2153	2097		
	gg. Vj. in Tsd.	-27	+80	-6	-5	-1	-39	-55	-24	-39	-54	-47	-57	-62		
Ostdeutschland	in Tsd.	897	870	824	823	788	767	856	758	760	783	871	864	834		
	gg. Vj. in Tsd.	-53	-27	-46	-49	-42	-50	-61	-45	-50	-56	-57	-64	-61		
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	6,6	6,6	6,3	6,9	6,3	6,3	6,4	7,0	6,9	6,8		
Westdeutschland	in %	5,9	6,1	5,9	5,9	5,9	5,6	6,1	5,6	5,6	5,7	6,2	6,2	6,0		
Ostdeutschland	in %	10,7	10,3	9,8	9,7	9,3	9,1	10,1	9,0	9,0	9,3	10,3	10,2	9,9		
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	648	637	586	641	635	679	666	612	626	773	631	634		
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	643	645	647	660	649	649	623	741	628	580	505	645	719		
Kurzarbeit <sup>4</sup>	in Tsd.	67	77	49	56	37	45	-	49	51	34	39	-	-		
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-34	+10	-28	-31	-20	-16	-	-21	-16	-11	-24	-	-		
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3928	3901	3803	3807	3735	3648	3857	3637	3636	3671	3864	3888	3818		
	gg. Vj. in Tsd.	-284	-27	-99	-102	-107	-129	-164	-114	-131	-143	-155	-173	-165		
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	478	457	490	487	512	510	515	517	515	498	485	519	542		
	gg. Vj. in Tsd.	+11	-21	+33	+28	+41	+55	+63	+51	+57	+57	+60	+63	+66		
<b>saisonbereinigte Angaben<sup>5</sup></b>																
Erwerbstätige <sup>1</sup>	gg. Vp. in Tsd.	+463	+248	+370	+128	+79	+88	-	+46	+14	+25	+43	+28	-		
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+643	+366	+501	+135	+110	+148	-	+36	+74	+54	+76	-	-		
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-184	-44	-84	-22	+4	-36	-	-13	-21	-24	-20	-15	-		
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	5,0	5,0	4,9	-	5,0	4,9	4,9	4,8	4,8	-		
Arbeitslose insgesamt <sup>3</sup>	gg. Vp. in Tsd.	-76	+53	-52	-19	+1	-38	-50	-24	-15	-26	-10	-20	-14		
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-91	-12	-16	-15	+1	-11	-24	-5	-6	-12	-5	-11	-4		
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	+15	+66	-37	-4	0	-27	-27	-18	-11	-13	-5	-9	-11		
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-24	+80	-6	-4	+7	-25	-30	-19	-10	-16	-5	-12	-8		
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-53	-27	-46	-15	-6	-13	-21	-4	-6	-10	-5	-8	-6		
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	6,7	6,7	6,6	6,5	6,6	6,6	6,5	6,5	6,5	6,4		
Westdeutschland	in %	5,9	6,0	5,9	5,9	5,9	5,9	5,8	5,9	5,9	5,8	5,8	5,8	5,8		
Ostdeutschland	in %	10,6	10,3	9,7	9,8	9,7	9,6	9,3	9,6	9,6	9,5	9,4	9,3	9,2		
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-282	-26	-99	-34	-25	-46	-51	-25	-19	-18	-14	-20	-15		
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+12	-21	+33	+9	+15	+24	+17	+8	+9	+9	+5	+2	+4		
<b>Indizes</b>																
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	107,0	106,1	106,8	106,8	106,5	106,4	107,7	107,2	105,2	106,7	108,1	106,8	108,1		
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	98,7	99,8	100,7	100,2	100,3	101,0	101,5	100,6	100,9	101,6	101,8	101,8	100,8		
BA-X Stellenindex	Index	166,3	158,9	168,8	164,7	169,0	177,3	183,0	175,0	176,0	181,0	182,0	183,0	184,0		

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)   
 — Ursprungswerte   
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA  
— Arbeitslose Westdeutschland   
 ⋯ Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 6. Preise

### 6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

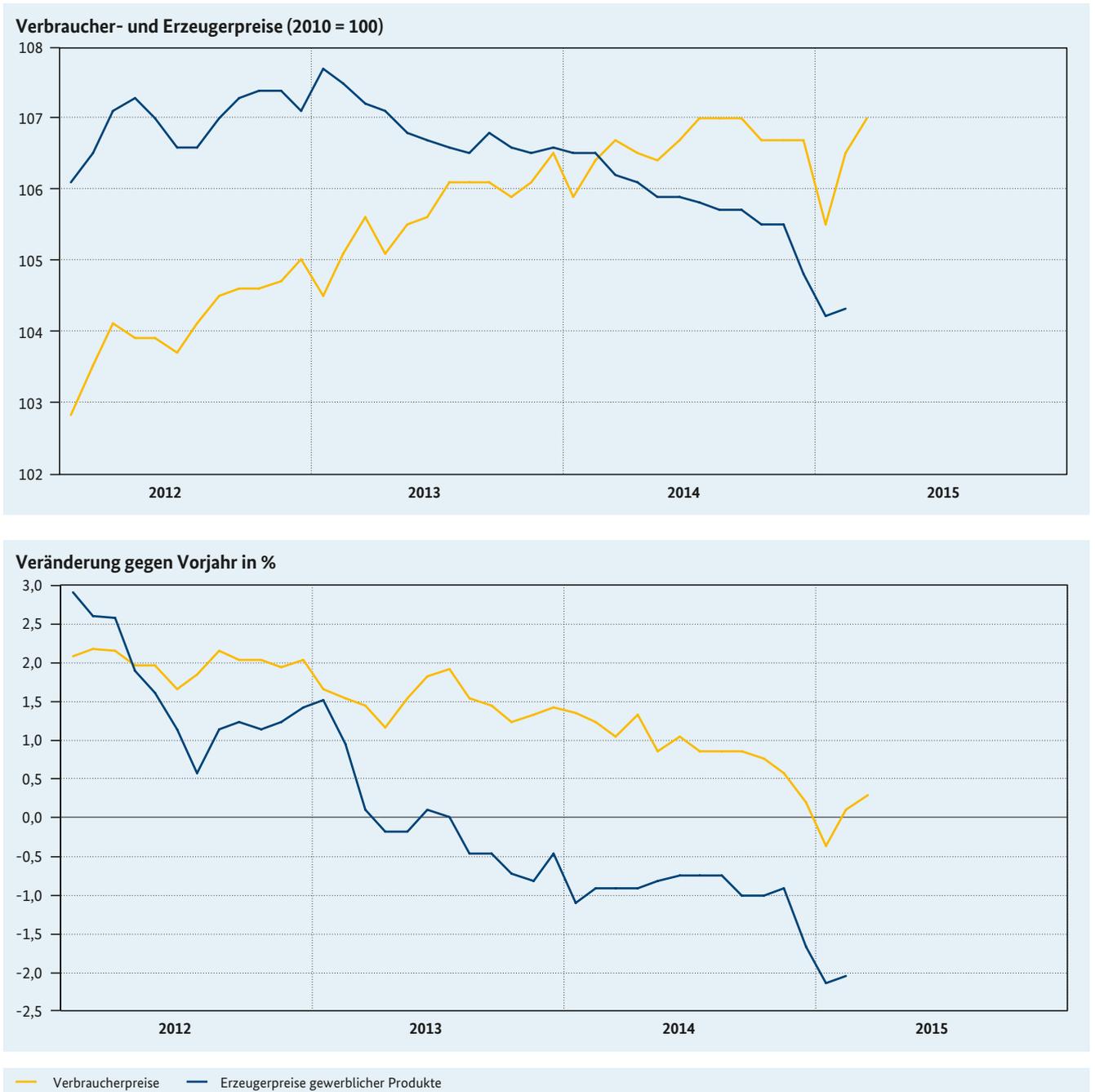
Bundesrepublik Deutschland

		2014			2015			2014			2015			
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
<b>Verbraucherpreise<sup>1</sup></b>														
<b>Insgesamt (Ursprungszahlen)</b>	Index	104,1	105,7	106,6	106,5	107,0	106,7	106,3	106,7	106,7	106,7	105,5	106,5	107,0
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+1,0	+0,8	+0,5	0,0	+0,8	+0,6	+0,2	-0,4	+0,1	+0,3
Waren	Index	105,9	107,7	107,9	108,2	108,0	107,5	106,4	108,0	107,7	106,7	105,5	106,4	107,4
	gg. Vj. in %	+2,7	+1,7	+0,2	+0,3	+0,2	-0,5	-1,4	-0,1	-0,2	-1,2	-2,0	-1,4	-0,8
Verbrauchsgüter	Index	109,0	111,5	111,7	112,1	112,1	110,8	109,7	111,6	111,1	109,7	108,7	109,9	110,4
	gg. Vj. in %	+3,9	+2,3	+0,2	+0,6	+0,2	-0,7	-2,1	+0,1	-0,2	-2,0	-2,9	-2,0	-1,3
darunter:	Index	105,7	110,4	111,5	111,7	110,9	110,7	112,0	110,9	110,4	110,8	111,4	112,3	112,2
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+3,4	+4,4	+1,0	+0,7	+0,4	-0,2	-0,5	+0,7	0,0	-1,2	-1,3	-0,4	-0,1
darunter:	Index	115,8	120,6	119,5	120,1	120,0	117,6	114,4	118,8	118,4	115,6	113,3	114,9	114,9
Haushaltsenergie <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	+5,9	+4,1	-0,9	-0,1	-0,7	-2,2	-4,8	-1,6	-1,4	-3,8	-5,7	-4,6	-4,2
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	102,7	104,1	104,8	105,3	103,9	106,1	104,2	106,1	106,4	105,7	102,6	103,3	106,6
	gg. Vj. in %	+1,8	+1,4	+0,7	+0,5	+0,8	+0,5	+0,2	0,0	+0,3	+1,1	+0,3	-0,3	+0,4
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	98,0	97,4	96,9	96,9	96,9	96,7	96,8	96,6	96,6	96,8	96,8	96,7	97,0
	gg. Vj. in %	-0,8	-0,6	-0,5	-0,7	-0,4	-0,5	-0,2	-0,7	-0,6	-0,4	-0,3	-0,3	+0,1
Dienstleistungen	Index	102,4	103,8	105,5	105,0	106,1	106,0	106,2	105,6	105,8	106,6	105,6	106,5	106,5
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,4	+1,6	+1,7	+1,5	+1,5	+1,3	+1,7	+1,4	+1,4	+1,2	+1,4	+1,2
darunter:	Index	102,5	103,8	105,4	105,2	105,5	105,9	106,2	105,8	105,9	106,0	106,1	106,2	106,3
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,2	+1,3	+1,5	+1,5	+1,4	+1,5	+1,3	+1,6	+1,4	+1,4	+1,3	+1,3	+1,3
<b>Insgesamt ohne Energie</b>	Index	102,6	104,2	105,6	105,3	105,9	106,0	106,2	105,8	105,9	106,4	105,5	106,3	106,7
	gg. Vj. in %	+1,5	+1,6	+1,3	+1,3	+1,3	+1,0	+1,0	+1,2	+1,0	+1,0	+0,8	+1,0	+1,0
Energie	Index	116,4	118,0	115,5	116,9	116,6	112,5	107,6	114,8	113,5	109,1	105,6	107,8	109,3
	gg. Vj. in %	+5,7	+1,4	-2,1	-0,8	-1,9	-3,8	-7,3	-2,3	-2,5	-6,6	-9,0	-7,3	-5,7
<b>Insgesamt (saisonbereinigt<sup>3</sup>)</b>	Index	104,1	105,7	106,6	106,6	106,9	106,6	106,4	106,8	106,7	106,3	105,9	106,5	106,7
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+0,9	+0,8	+0,6	0,0	+0,8	+0,6	+0,2	-0,4	+0,1	+0,3
<b>HVPI<sup>4</sup></b>	Index	113,5	115,3	116,2	116,1	116,6	116,2	115,7	116,2	116,2	116,3	114,8	115,9	116,5
	gg. Vj. in %	+2,2	+1,6	+0,8	+1,0	+0,8	+0,4	-0,2	+0,7	+0,5	+0,1	-0,5	-0,1	+0,1
<b>Erzeugerpreise gewerblicher Produkte<sup>5</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	107,0	106,9	105,8	106,0	105,7	105,3	-	105,5	105,5	104,8	104,2	104,3	-
	gg. Vj. in %	+1,6	-0,1	-1,0	-0,8	-0,8	-1,2	-	-1,0	-0,9	-1,7	-2,2	-2,1	-
Vorleistungsgüter	Index	105,8	104,6	103,5	103,5	103,6	103,4	-	103,6	103,4	103,1	102,7	102,4	-
	gg. Vj. in %	+0,2	-1,1	-1,1	-1,3	-0,4	-0,4	-	-0,3	-0,3	-0,6	-1,1	-1,3	-
Investitionsgüter	Index	102,2	103,0	103,5	103,4	103,5	103,7	-	103,7	103,7	103,7	103,9	103,9	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+0,8	+0,5	+0,5	+0,5	+0,6	-	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	-
Konsumgüter	Index	106,3	108,4	109,0	109,4	109,3	108,1	-	108,5	108,1	107,8	107,7	107,9	-
	gg. Vj. in %	+2,7	+2,0	+0,6	+1,2	+0,5	-0,8	-	-0,5	-0,8	-1,1	-1,3	-1,2	-
Gebrauchsgüter	Index	103,3	104,3	105,7	105,6	105,8	105,9	-	105,9	105,9	105,9	106,5	106,6	-
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,0	+1,3	+1,2	+1,3	+1,2	-	+1,2	+1,2	+1,2	+1,2	+1,1	-
Verbrauchsgüter	Index	106,8	109,0	109,5	109,9	109,8	108,4	-	108,9	108,4	108,0	107,8	108,1	-
	gg. Vj. in %	+2,9	+2,1	+0,5	+1,1	+0,3	-1,1	-	-0,6	-1,1	-1,5	-1,6	-1,5	-
Energie	Index	113,0	112,0	108,5	108,8	107,8	107,0	-	107,3	107,8	105,9	103,8	104,5	-
	gg. Vj. in %	+3,0	-0,9	-3,1	-2,7	-3,4	-3,9	-	-3,6	-3,1	-4,9	-6,3	-5,5	-
<b>Baupreise<sup>6</sup></b>														
Wohngebäude	Index	105,4	107,5	109,4	109,2	109,6	109,8	110,6	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,5	+2,0	+1,8	+1,7	+1,7	+1,6	+1,6	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	106,3	108,9	110,3	110,0	110,8	110,8	111,1	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+3,7	+2,4	+1,3	+1,2	+1,3	+1,1	+1,3	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2005 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

## 6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



## 6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

		2014			2015			2014			2015			
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
<b>Weltmarktpreise für Rohstoffe<sup>1</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	125,1	122,5	113,8	124,1	117,4	91,9	69,2	102,7	94,1	78,9	65,5	72,4	69,6
	gg. Vj. in %	-2,8	-2,0	-7,2	+5,4	-6,0	-24,9	-43,1	-16,6	-22,0	-36,1	-45,5	-40,9	-43,0
Nahrungs- und Genussmittel	Index	122,5	109,1	105,9	116,8	100,4	98,5	92,2	97,6	99,5	98,4	94,8	92,7	89,0
	gg. Vj. in %	-5,1	-10,9	-2,9	+3,0	-4,0	-2,7	-14,7	-3,9	-0,8	-3,2	-5,0	-14,3	-23,3
Industrie-Rohstoffe	Index	96,3	93,6	89,0	90,0	90,5	84,5	76,2	86,1	85,1	82,3	78,4	76,1	74,0
	gg. Vj. in %	-15,8	-2,7	-4,9	-1,6	-0,8	-9,1	-16,4	-7,2	-7,9	-12,3	-15,7	-16,5	-17,0
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	130,9	129,1	119,1	131,3	123,8	92,9	66,2	106,2	95,5	76,9	60,9	70,3	67,3
	gg. Vj. in %	-0,4	-1,4	-7,7	+6,6	-6,7	-28,3	-48,5	-18,7	-25,0	-41,2	-52,0	-45,8	-47,7
<b>Außenhandelspreise<sup>2</sup></b>														
<b>Einfuhrpreise insgesamt</b>	Index	108,7	105,9	103,6	103,9	103,6	102,4	-	103,5	102,7	101,0	100,2	101,6	-
	gg. Vj. in %	+2,2	-2,6	-2,2	-1,9	-1,7	-2,4	-	-1,2	-2,1	-3,7	-4,4	-3,0	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	111,6	112,6	111,9	112,2	111,1	111,3	-	111,3	111,0	111,5	112,8	113,6	-
	gg. Vj. in %	+3,8	+0,9	-0,6	-1,0	-0,4	-0,3	-	+0,3	0,0	-1,1	+0,3	+0,1	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	108,4	105,3	102,8	103,1	102,9	101,5	-	102,7	101,9	100,0	98,9	100,3	-
	gg. Vj. in %	+2,0	-2,9	-2,4	-2,0	-1,9	-2,5	-	-1,4	-2,2	-3,9	-4,9	-3,4	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	126,8	118,1	109,0	111,5	109,1	101,6	-	106,8	103,1	94,9	87,8	92,4	-
	gg. Vj. in %	+3,3	-6,9	-7,7	-4,6	-6,7	-11,9	-	-7,3	-10,5	-17,8	-23,5	-19,2	-
Fertigwaren	Index	102,7	101,3	100,9	100,4	100,9	101,5	-	101,4	101,5	101,5	102,4	102,8	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-1,4	-0,4	-1,0	-0,2	+0,7	-	+0,6	+0,7	+0,9	+1,7	+2,2	-
<b>Ausfuhrpreise insgesamt</b>	Index	104,9	104,3	104,0	103,9	104,2	104,1	-	104,2	104,2	103,9	104,4	104,7	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-0,6	-0,3	-0,5	0,0	+0,2	-	+0,3	+0,3	+0,1	+0,4	+0,7	-
<b>Terms of Trade</b>	Verhältnis	96,6	98,5	100,4	100,1	100,5	101,7	-	100,7	101,5	102,9	104,2	103,1	-
	gg. Vj. in %	-0,5	+2,0	+1,9	+1,5	+1,7	+2,7	-	+1,6	+2,5	+3,9	+5,0	+3,8	-
<b>Wechselkurs des Euro</b>														
in US-Dollar	Kurs	1,29	1,33	1,33	1,37	1,33	1,25	1,13	1,27	1,25	1,23	1,16	1,14	1,08
	gg. Vj. in %	-7,6	+3,3	+0,1	+4,9	0,0	-8,2	-17,7	-7,1	-7,6	-10,0	-14,6	-16,9	-21,6
in Yen	Kurs	102,6	129,7	140,4	140,0	137,7	143,0	134,2	136,9	145,0	147,1	137,5	134,7	130,4
	gg. Vj. in %	-7,6	+26,3	+8,3	+8,5	+5,1	+4,6	-4,7	+2,6	+7,5	+3,8	-2,8	-3,3	-7,8
in Pfund-Sterling	Kurs	0,81	0,85	0,81	0,81	0,79	0,79	0,74	0,79	0,79	0,79	0,77	0,74	0,72
	gg. Vj. in %	-6,5	+4,7	-5,0	-4,2	-7,1	-6,1	-10,2	-6,9	-5,6	-5,7	-7,3	-10,3	-13,0
<b>Effektive Wechselkurse des Euro<sup>3</sup></b>														
nominal	Index	98,0	101,7	102,3	103,9	101,7	99,6	93,8	99,6	99,6	99,7	95,9	94,0	91,4
	gg. Vj. in %	-5,3	+3,8	+0,6	+2,9	-0,3	-3,4	-9,8	-3,2	-3,0	-4,1	-7,3	-9,2	-12,8
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	95,8	99,2	98,9	100,5	98,2	96,1	90,4	96,1	96,1	96,0	92,3	90,7	88,2
	gg. Vj. in %	-5,1	+3,6	-0,3	+1,9	-1,3	-4,2	-10,4	-4,0	-3,7	-5,0	-8,2	-9,9	-13,2
<b>Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft<sup>4</sup></b>														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	96,1	98,5	98,6	99,0	98,4	97,8	95,2	97,7	97,8	97,7	95,9	95,4	94,4
	gg. Vj. in %	-2,3	+2,4	+0,1	+0,7	-0,2	-1,3	-4,1	-1,3	-1,1	-1,7	-3,4	-3,8	-5,0
56 Länder	Index	89,0	91,0	91,7	92,2	91,2	90,5	87,6	90,4	90,4	90,7	88,6	87,8	86,3
	gg. Vj. in %	-3,1	+2,3	+0,7	+2,0	-0,2	-1,7	-5,5	-1,5	-1,5	-2,0	-4,3	-5,1	-7,2

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

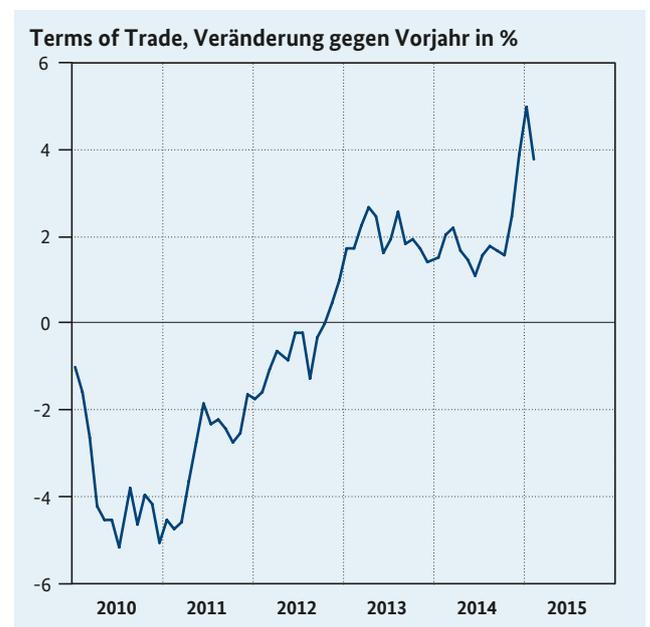
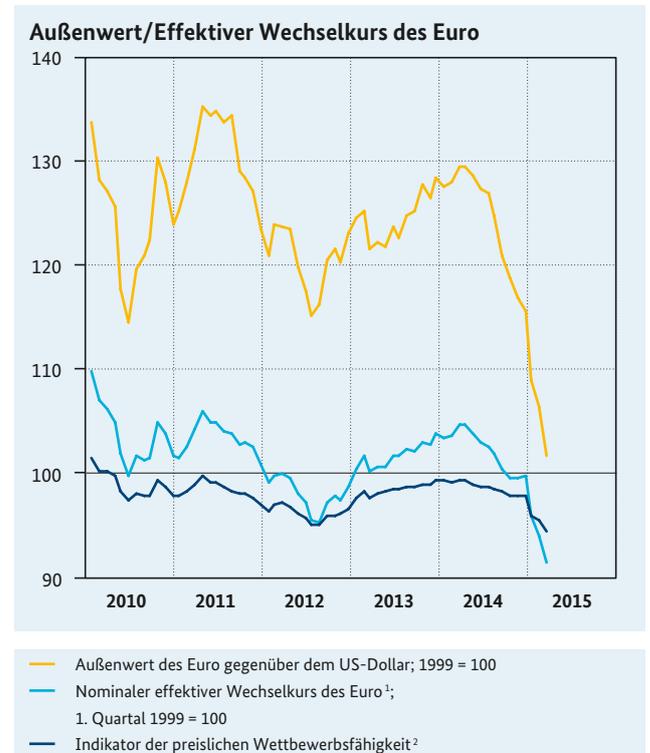
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010=100;

2 Index 2010=100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

## 6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

## 7. Monetäre Entwicklung

### 7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2014			2015	2014			2015		
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
<b>Geldmarktsätze, Umlaufrenditen</b> (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz <sup>1</sup>	Zinssatz	-	-	0,12	0,19	0,04	0,04	-0,05	0,02	0,04	0,06	-0,04	-0,04	-0,06
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,57	0,22	0,21	0,30	0,16	0,08	0,05	0,08	0,08	0,08	0,06	0,05	0,03
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,83	0,34	0,31	0,39	0,26	0,18	0,13	0,18	0,18	0,18	0,15	0,13	0,10
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,11	0,54	0,48	0,57	0,44	0,33	0,26	0,34	0,33	0,33	0,30	0,26	0,21
Differenz														
3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz <sup>1</sup>	Zinssatz	-	-	0,09	0,11	0,12	0,04	0,00	0,06	0,04	0,02	0,10	0,09	0,09
Umlaufrendite														
3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,36	0,41	0,22	0,29	0,12	0,02	-0,14	0,03	0,02	0,00	-0,08	-0,16	-0,17
Umlaufrendite														
5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,93	0,94	0,64	0,74	0,51	0,29	0,03	0,35	0,29	0,22	0,09	0,03	-0,02
Umlaufrendite														
9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,50	1,57	1,16	1,35	0,99	0,70	0,31	0,79	0,72	0,59	0,39	0,30	0,23
<b>Geldmenge</b>														
Wachstum der Geldmenge M1 <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	4,2	7,0	6,0	5,2	5,9	7,0	-	6,2	6,9	7,9	8,9	9,1	-
Wachstum der Geldmenge M2 <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	3,3	4,0	2,6	2,1	2,7	3,2	-	2,7	3,3	3,6	4,0	4,0	-
Wachstum der Geldmenge M3 <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	3,0	2,3	1,9	1,1	2,1	3,1	-	2,5	3,1	3,8	3,7	4,0	-
Wachstum der Geldmenge M3														
3-Monatsdurchschnitt <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	3,0	2,3	1,9	1,2	2,1	3,1	-	2,7	3,1	3,5	3,8	-	-
<b>Kredite</b>														
an den privaten Sektor im Euroraum <sup>3</sup>	gg. Vj. in %	-0,4	-0,9	-2,0	-2,6	-1,9	-1,2	-	-1,6	-1,5	-0,6	-0,3	-0,1	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	0,0	-1,2	-1,6	-2,0	-1,4	-0,8	-	-1,1	-1,0	-0,3	+0,1	+0,2	-
an den privaten Sektor in Deutschland <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	+1,0	+0,6	+0,9	+0,5	+1,4	+1,8	-	+1,5	+1,8	+2,0	+2,3	+2,6	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+2,1	+0,6	+0,7	+0,4	+1,1	+1,5	-	+1,3	+1,6	+1,6	+1,8	+2,0	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. <sup>3</sup>	gg. Vj. in %	+1,6	-0,7	-0,2	-0,1	+0,2	+0,1	-	+0,6	+0,9	-1,4	-0,8	-0,4	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	+1,3	-4,5	-2,9	-2,5	-2,1	-1,6	-	-2,8	-0,6	-1,5	+0,6	+1,5	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-0,6	-1,2	+1,1	+2,2	+0,9	+2,1	-	+2,6	+2,8	+0,9	+1,8	+1,1	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+2,1	+0,3	+0,3	+0,1	+0,7	+0,1	-	+1,1	+0,9	-1,8	-1,6	-1,1	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland <sup>3</sup>	gg. Vj. in %	+1,2	+1,0	+1,2	+1,1	+1,2	+1,4	-	+1,4	+1,4	+1,5	+1,6	+1,6	-
darunter:														
Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+1,4	+2,3	+2,2	+2,0	+2,1	+2,5	-	+2,3	+2,3	+2,9	+3,0	+3,0	-
<b>Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)</b>														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) <sup>4</sup>	Index	6857	8307	9537	9705	9555	9433	10962	8982	9490	9826	10123	10977	11785
	gg. Vp. in %	+3,9	+21,1	+14,8	+2,6	-1,5	-1,3	+16,2	-6,8	+5,7	+3,5	+3,0	+8,4	+7,4
Dow Jones Euro Stoxx (50) <sup>5</sup>	Index	2415	2793	3145	3213	3172	3106	3438	3030	3126	3162	3204	3454	3655
	gg. Vp. in %	-7,7	+15,6	+12,6	+3,9	-1,3	-2,1	+10,7	-6,3	+3,2	+1,1	+1,3	+7,8	+5,8
Standard & Poor's 500 <sup>5</sup>	Index	1379	1642	1931	1901	1976	2013	2064	1937	2046	2055	2029	2083	2080
	gg. Vp. in %	+8,7	+19,1	+17,6	+3,6	+4,0	+1,9	+2,5	-2,8	+5,6	+0,5	-1,3	+2,6	-0,1
Nikkei 225 <sup>5</sup>	Index	9114	13540	15475	14651	15564	16694	18173	15390	17150	17542	17287	18033	19198
	gg. Vp. in %	-3,5	+48,6	+14,3	-2,3	+6,2	+7,3	+8,9	-3,6	+11,4	+2,3	-1,5	+4,3	+6,5

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate

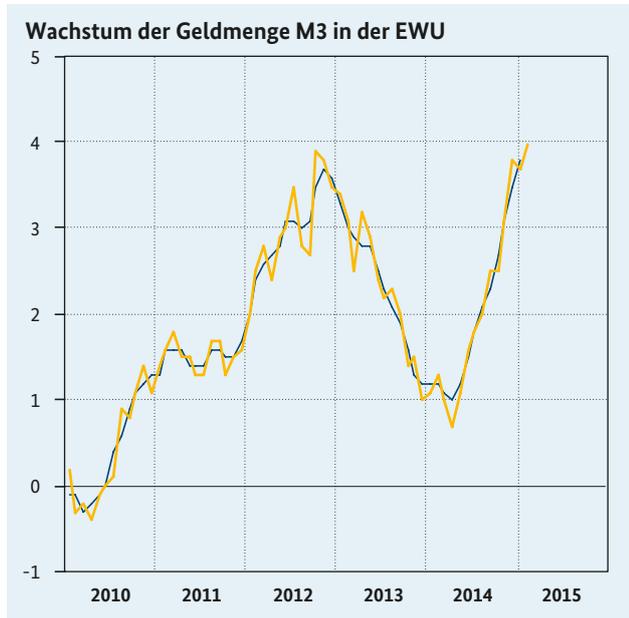
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

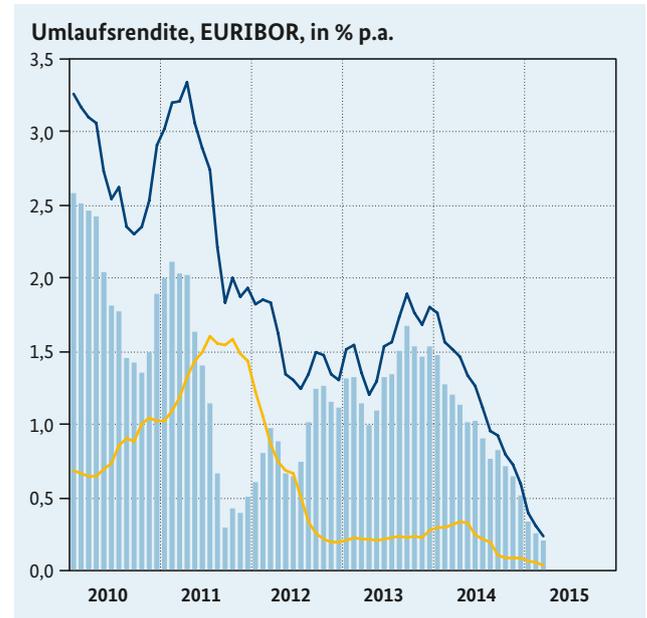
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

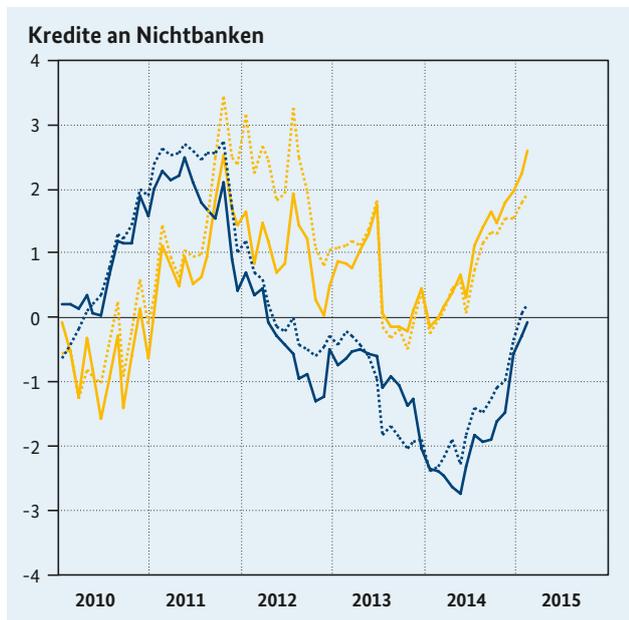
## 7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



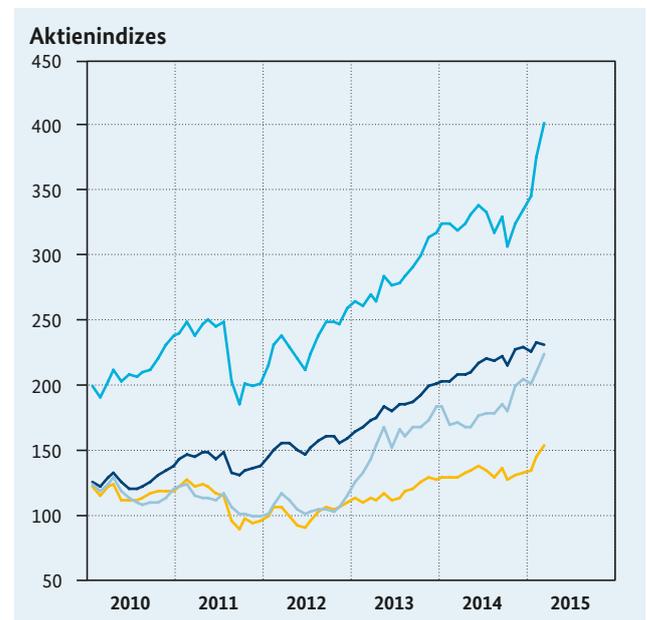
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %<sup>1</sup>  
 — monatlich  
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld<sup>2</sup>  
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit<sup>2</sup>  
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %  
 — Deutschland  
 — EWU  
 - - - Buchkredite Deutschland  
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100  
 — DAX 30<sup>3</sup>  
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)<sup>4</sup>  
 — Standard & Poor's 500<sup>4</sup>  
 — Nikkei 225<sup>4</sup>

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

## Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

#### **Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:**

Dr. Christhart Bork und Dr. Thomas Knaus  
(Frühjahrsprojektion 2015 der Bundesregierung:  
Deutsche Wirtschaft im Aufschwung)

Dr. Martin Meurers und Dr. Bastian Alm  
(Stärkung von Investitionen in Deutschland)

Dr. Bastian Alm  
(Online-Befragung zeigt großen kommunalen  
Investitionsbedarf)

Johannes Ziemendorff  
(Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Fokus)

Dr. Dorothee Schneider  
(Das Nationale Reformprogramm 2015)

Dietmar Schmitz  
(Expo Milano 2015)

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion  
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung  
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne  
an [sdw@bmwi.bund.de](mailto:sdw@bmwi.bund.de) richten.

# Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
<b>Mai 2014</b>	Frühjahrsprojektion der Bundesregierung: deutsche Wirtschaft – Aufschwung auf breitem Fundament Hintergründe zum deutschen Leistungsbilanzüberschuss Regionale Wirtschaftspolitik Bundeskabinett hat Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ verabschiedet KMU im Fokus der europäischen Forschungsförderung
<b>Juni 2014</b>	Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) – eine Vernunftpartnerschaft des 21. Jahrhunderts Internationale Forschungsk Kooperationen unterstützen Die unterschätzte Lücke: In Deutschland fehlen zunehmend nicht-akademische Fachkräfte
<b>Juli 2014</b>	Mehr Transparenz in der Rüstungsexportpolitik Außenwirtschaftsförderung im deutschen Interesse Energieeffiziente Informations- und Kommunikationstechnologien
<b>August 2014</b>	Wasserstoff auf die Mühlen der Energiewende Neue Technologien gehen uns alle an Fördercontrolling – Planung und Steuerung von Fördermaßnahmen vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen Start des EEG-Anlagenregisters
<b>September 2014</b>	Reform des EEG Wettbewerb in der privaten Krankenversicherung Mehr Transparenz in der Rohstoffwirtschaft
<b>Oktober 2014</b>	Zur Entwicklung der Immobilienpreise in Deutschland Kohlendioxid-speicherung – Quo vadis? Wie die Wirtschaft Geodaten nutzen kann
<b>November 2014</b>	Herbstprojektion der Bundesregierung: Binnenwirtschaft sichert Wachstum Wesentliche Fakten zur „Investitionsschwäche“ in Deutschland IT-Sicherheit für kleine und mittlere Unternehmen: Die Angebote der BMWi-Initiative „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ IT-Gipfel 2014: Digitalisierung in Deutschland gemeinsam mit allen betroffenen Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen Bundesministerium für Wirtschaft und Energie startet Technologiewettbewerb
<b>Dezember 2014</b>	Usability für den Mittelstand Witterungseffekte im Bausektor
<b>Januar 2015</b>	Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland – ein politischer Auftrag Rosetta und Philae – Mit deutscher Technik der Entstehungsgeschichte des Sonnensystems auf der Spur
<b>Februar 2015</b>	Der Jahreswirtschaftsbericht 2015 Effekt der kalten Progression: Eine wirtschaftspolitische Analyse Kompass der Energiewende

Ausgabe	Fachartikel
März 2015	Sinkende Arbeitslosigkeit ist nicht genug Neue Märkte in Subsahara-Afrika – Herausforderungen und Chancen Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Deutschland – eine Bestandsaufnahme Mehr Energieeffizienz bei Staubsaugern
April 2015	Das Momentum für mehr Weitblick in der Europapolitik nutzen Ausschreibung der Förderung erneuerbarer Energien beginnt Partner Indien – Perspektiven 2015 Auf dem Weg zu mehr Forschung und Innovation in Deutschland



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik  
finden Sie im Internet unter  
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>

---









